

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Sonderausschusses "Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg"

Sitzungsdatum: 17. Mai 2018
Sitzungsort: Hamburg, in Rathaus, Großer Festsaal
Sitzungsdauer: 16:40 Uhr bis 20:57 Uhr
Vorsitz: Abg. Milan Pein (SPD)
Schriftführung: Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/9805 Parlamentarische Aufarbeitung nach dem G20-Gipfel - Einsetzung eines Sonderausschusses -Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg - Dank an alle Einsatzkräfte - Härtefallfonds für Entschädigungen sofort verfügbar machen
(Antrag SPD, GRÜNE)

hier: Fortsetzung der inhaltlichen Aufarbeitung auf der Grundlage des in der Sitzung des Sonderausschusses am 31. August 2017 einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE beschlossenen Fahrplans unter Berücksichtigung von Teilen des vertagten Antrags der Fraktion DIE LINKE.

Einstieg in die Beratungen zu Phase 2 (Durchführung des Gipfels)

(Details im Fahrplan S. 5)

Fortführung Phase 2 (Durchführung des Gipfels)

- a) Aufarbeitung der Vorkommnisse am Freitagmorgen (7. Juli 2017) in Altona, insbesondere am Rondenbarg, an der Elbchaussee und in der Großen Bergstraße

- b) Einzelne Versammlungsverläufe und Anschlussgeschehen (tagweise);
hier: Demonstrationen am 7. Juli 2017 sowie Einstieg in die Aufarbeitung der Ausschreitungen am Freitagabend in der Sternschanze, insbesondere am Schulterblatt

- c) Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses am 31. Mai 2018 (Anhörung „Vor Ort“)

2. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Ksenija Bekeris (SPD)
Abg. Henriette von Enckevort (SPD)
Abg. Martina Friederichs (SPD)
Abg. Dennis Gladiator (CDU)
Abg. Carl-Edgar Jarchow (FDP)
Abg. Joachim Lenders (CDU)
Abg. Antje Möller (GRÜNE)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Daniel Oetzel (FDP)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. Jan Quast (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Sören Schumacher (SPD)
Abg. Juliane Timmermann (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)
Abg. Karl-Heinz Warnholz (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)
Abg. André Trepoll (CDU)

III. Weitere Abgeordnete

Sabine Boeddinghaus (Fraktion DIE LINKE)

IV. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Inneres und Sport

Senator Andy Grote
Staatsrat Bernd Krösser
Polizeipräsident Ralf Martin Meyer
LPD Hartmut Dudde
KD Jan Hieber
PD Joachim Ferk
SD Torsten Voß
RD Hartmut Licht

Bundespolizei

PD Norman Grossmann

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Dr. Jörn Rathje (bis 18:40 Uhr)

Frauke Bai

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 40 Personen.

Zu TOP 1

Vorsitzender: So, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann fangen wir jetzt an. Die Medienvertreter würde ich bitten, die Aufnahmen einzustellen. – Danke.

Ich bitte erst einmal um Nachsicht, dass wir noch ein, zwei Sachen klären mussten, aber das ist für die weitere Beratung sicherlich ganz sinnvoll, wenn man sich über Formalien noch einmal vorab verständigt und das haben wir auch getan. Zwei Dinge möchte ich vorab klären, den Hinweis darauf, dass ein Wortprotokoll geführt wird und dass ein Livestream im Internet läuft, sowie einen weiteren Hinweis darauf, dass Herr Warnholz in der vorletzten Sitzung eine Frage gestellt hatte, die zu Protokoll beantwortet werden sollte. Das ist dann mittlerweile auch geschehen. Herr Warnholz hat die Antwort bekommen und das wollen wir dann so im Protokoll hier vermerkt haben. Und das Weitere ist noch, dass mich eine Zuschrift von Frau Schneider erreicht hatte und da ging es um ein Zitat aus der letzten Sitzung, das sie aus einer Lagebeurteilung des Landeskriminalamts gebracht hatte vom 31. Mai. Daraufhin hatte Herr Hieber im weiteren Verlauf der Sitzung geantwortet, dass diese Lagebeurteilung noch weiterläuft, noch einen Weiterlauf hat. Da gab es ein paar Missverständnisse dann im Weiteren, ob jetzt von Frau Schneider dort vollständig zitiert worden ist oder nicht, und es hat sich mittlerweile geklärt, dass sowohl Frau Schneider vollständig zitiert hat als auch Herr Hieber, weil sie nämlich beide zwar aus der Lagebeurteilungen, aber nicht vom gleichen Tag zitiert haben. Und das wollten wir im Protokoll auch noch einmal vermerkt wissen, darum ist ausdrücklich gebeten worden.

So, und sodann, jetzt kommen wir zum Kern der Unterbrechung, hat Frau Schneider einen Antrag zur Geschäftsordnung. Frau Schneider, bitte.

Abg. Christiane Schneider: Mein Antrag zur Geschäftsordnung lautet, dass wir die heutige Sitzung vertagen und ich möchte das wie folgt begründen. Im Beschluss der Bürgerschaft zur Akteneinsicht im Sonderausschuss der Bürgerschaft heißt es, ich zitiere: "Der Senat möge der Hamburgischen Bürgerschaft unverzüglich, spätestens bis zum 30. September 2017 sämtliche Akten, Vorgänge, E-Mails, Video- und Audiodokumente, Gutachten, Lageerkennnisse, Einsatz- und Lagepläne, Einsatzberichte, Verträge und sonstige Unterlagen sämtlicher Behörden, Dienststellen, Gremien der Freien und Hansestadt Hamburg (...) vorlegen, die im Zusammenhang mit der Planung und der Umsetzung des Sicherheitskonzepts für den G20-Gipfel stehen." Das wurde im Protokoll der konstituierenden Sonderausschusssitzung durch die Obfrau der SPD-Fraktion, also einer Regierungsfraktion, Martina Friederichs bekräftigt. Ich zitiere: "Papierakten, E-Mails, Video-, Audiodateien, Lageerkennnisse, das sind alles Dinge, die wir benötigen, um die ganzen Zusammenhänge zu verstehen und auch unsere Schlüsse daraus ziehen zu können, was wir in Zukunft verändern möchten." Einschränkungen beziehungsweise Widersprüche aus der Behörde waren nicht zu vernehmen.

Aus der Bürgerschaftskanzlei wurde ... – Könnte das ein bisschen leiser sein neben mir? – Aus der Bürgerschaftskanzlei war uns vor etlichen Wochen mitgeteilt worden, dass man noch auch circa 1 000 angekündigte Videos aus der Behörde warte.

Jetzt teilt uns die Behörde in Antwort auf eine SKA beziehungsweise auf unsere schriftliche Nachfrage lapidar mit, ich zitiere: "Das Videomaterial ist in Gesamtheit(!) als Beweismittel in laufenden Ermittlungsverfahren oder als potenzielles Beweismittel in noch einzuleitenden Strafverfahren zu bewerten. Eine Veröffentlichung der Bild- und Videodateien würde den Ermittlungserfolg gefährden, sodass die Staatsanwaltschaft entschieden hat, dass eine Vorlage im Sonderausschuss bisher nicht möglich ist. Die Freigabe obliegt der Staatsanwaltschaft als Herrin der Ermittlungsverfahren."

Ob die Staatsanwaltschaft das so entschieden hat, sei dahingestellt. Dem Sonderausschuss wurde ein entsprechender Beschluss nicht vorgelegt. Erst auf Nachfrage erhielten wir die Mitteilung, dass der Senat Teile des Aktenvorlageersuchens unter den Tisch fallen lassen will. Die Vorlage der Polizeivideos ist keinesfalls gleichzusetzen mit einer Veröffentlichung. Die Videos werden im Aktenraum angesehen, die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterliegen einer strafbewährten Verschwiegenheitspflicht. Sofern Videos zusätzlich in einer Sitzung des Sonderausschusses gezeigt würden, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. In der Begründung der Behörde kommt ein Misstrauen zum Ausdruck, das ungerechtfertigt ist und den Sonderausschuss beleidigt.

Die Verweigerung der Videos bedeutet nicht nur formal die Missachtung des Bürgerschaftsbeschlusses durch den Senat. Sie bedeutet, dass uns Dokumente vorenthalten werden, die für die Aufklärung, so wie die Abgeordnete Friederichs es sagte, benötigt werden. Uns werden wesentliche Informationen vorenthalten, die der Behörde zur Verfügung stehen. Dadurch sind wir in erheblichem Maße von den Informationen oder besser Informationsbröckchen abhängig, die uns die Behörde hinwirft, ohne erkennen zu können, wie bröckchenhaft diese Informationen sind. Die Innenbehörde sichert sich so die Hoheit über die Darstellung der Ereignisse.

Und deshalb wollen wir beantragen erstens, dass die Polizeivideos unverzüglich, das heißt bis spätestens Anfang nächster Woche, dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden, zweitens damit zugleich ein übersichtliches Verzeichnis geliefert wird und drittens die Behandlung der heutigen Tagesordnungspunkte Altona, also Rondenbarg, Elbchaussee und die Demonstrationen am 7. Juli, für die die Kenntnis der Polizeivideos relevant sind, um mindestens drei Wochen vertagt wird, damit die Ausschussmitglieder Gelegenheit haben, die entsprechenden Polizeivideos anzuschauen.

Und das ist unser Geschäftsordnungsantrag, diese heutige Sitzung zu vertagen um mindestens drei Wochen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Schneider. Ein Antrag zur Geschäftsordnung wird begründet, das haben Sie eben getan. Es gibt eine Gegenrede dazu, dazu hat sich Frau Friederichs gerade gemeldet, und dann werden wir darüber abstimmen lassen. Und natürlich können wir dann in weiteren Diskussionen noch einmal auch die Frage streifen, die Sie inhaltlich hier aufgeworfen haben. Frau Friederichs, bitte.

Abg. Martina Friederichs: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Schneider, natürlich ist uns im Rahmen des rechtlich Möglichen alles vorzulegen, was wir für unsere Ausschussarbeit benötigen, und Sie haben mich zitiert, dazu stehe ich auch. Natürlich sind wir an der Aufklärung wie alle anderen Fraktionen sehr interessiert und es ist uns ein großes Anliegen. Aber es ist so, und das wissen Sie auch, dass das Akteneinsichtsrecht rechtlichen Beschränkungen unterliegt und insofern können wir hier Ihrem Antrag nicht folgen. Ich bin auch ... Ich frage mich auch, weshalb Sie diesen Einwand nicht schon bei der letzten Sitzung gebracht haben. Das kommt jetzt sehr, sehr plötzlich. Sie hatten uns über Ihren Vorstoß auch nicht im Rahmen der Obleuterunde informiert. Das finde ich jetzt nicht ganz einen schönen politischen Stil. Uns ist an der Aufklärung gelegen und insofern können wir hier nur

Ihren Antrag ablehnen und es tut dem Ausschuss, glaube ich, nicht gut, hier eine Zäsur zu setzen. Wir haben uns sehr, sehr lange mit den Vorbereitungen zu G20 beschäftigt und kommen jetzt zur Durchführung. Das ist das, was viele Menschen in Hamburg interessiert, die Durchführung, was der Senat, was die Bürgerinnen und Bürger in der nächsten öffentlichen Sitzung dazu sagen. Ich glaube nicht, dass wir hier Steine ins Getriebe werfen sollten. Wir sollten weiter mit der Ausschussarbeit fortfahren, so, wie wir das getan haben. Und ich glaube, ich bin sehr gespannt, was uns der Senat heute zum Rondenbarg und zur Elbchaussee berichten kann. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Friederichs. Dann würde ich jetzt gleich abstimmen lassen und danach noch etwas zu den weiteren Fragen, die Sie aufgeworfen haben, als Vorsitzender sagen. Zunächst einmal würde ich über den Tagesordnungsänderungsantrag, den Sie gemacht haben, abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Dann ist das mehrheitlich abgelehnt worden mit den Stimmen der GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP. So.

Und jetzt noch eine kurze Erklärung. Die inhaltlichen Fragen, die Sie mit Ihrem Geschäftsordnungsantrag aufgeworfen haben, würde ich bitten, dass wir die gemeinsam mit dem Senat noch einmal klären, denn es sind ja im Kern auch rechtliche Fragen, dass dann dem Ausschuss dazu noch einmal berichtet wird. Und wenn sich eine andere Beurteilung daraus ergeben würde im weiteren Verlauf, dann können wir Ihnen im Rahmen dieser Ausschussberatung zusagen, dass wir Fragen zu dem heutigen Komplex, zu dem heutigen Beratungsgegenstand, die dann neu sind, die Sie dann stellen werden, noch einmal im Laufe der Beratungen aufrufen werden. Aber für heute würden wir dann die Beratung wie geplant fortsetzen.

So, dann heißt es jetzt, ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 a) auf, Fortführung Phase 2 (Durchführung des Gipfels), Aufarbeitung der Vorkommnisse am Freitagmorgen (7. Juli 2017) in Altona, insbesondere am Rondenbarg, an der Elbchaussee und in der Großen Bergstraße. Üblicherweise stelle ich jetzt eine Frage an den Senator, dass er uns noch einmal berichtet, wie das am Morgen abgelaufen ist. Ich will aber jetzt noch einmal ganz kurz, weil Herr Nockemann sich auch gemeldet hatte, und auch noch einmal kurz Gelegenheit geben, bevor wir dem Senat das Wort geben, etwas zu sagen. Herr Nockemann.

Abg. Dirk Nockemann: Ja, vielen Dank. Ich habe mich dem Antrag der LINKEN angeschlossen, weil ich in diesem Ausschuss ganz allmählich den Eindruck bekomme, dass die Abgeordneten nicht mehr das Heft des Handelns in der Hand haben, dass wir vom Senat mit Informationspeanuts versorgt werden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich fühle mich nicht mehr ernst genommen mit geschwärzten Akten, ich fühle mich nicht ernst genommen, wenn ursprünglich zugesagtes Videomaterial hier nicht gezeigt wird. Das muss nicht öffentlich passieren, das soll sogar vertraulich passieren unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sicherlich muss man immer abwägen zwischen den berechtigten Belangen der Strafverfolgung, aber auch dem da vielleicht etwas entgegenstehenden Interesse dieses Ausschusses, die Wahrheit zutage zu bringen. Und da muss man sauber abwägen und ich glaube, hier wird gar nicht erst der Versuch dazu gemacht. Und da ich mich auf zwei Minuten beschränken wollte, werde ich jetzt enden, aber nachher vielleicht noch das eine oder andere dazu ergänzen.

Vorsitzender: Herr Jarchow, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Vielen Dank. Ich würde auch gern kurz erläutern, dass ich grundsätzlich die Bedenken, die Frau Schneider geäußert hat, teile, dass wir uns ebenso, wie ich das schon des Öfteren erwähnt habe, zum Teil schlecht informiert fühlen und auch nicht nachvollziehen können, warum Videomaterial, was zum Teil bereits in der Öffentlichkeit

war, uns als Ausschuss auch in nicht öffentlicher Form nicht zugänglich gemacht wird. Das verstehe ich nicht. Ich habe allerdings entschieden oder für mich entschieden, dass ich es unverhältnismäßig gefunden hätte, heute diese Sitzung ausfallen zu lassen nachdem wir alle hier sind, nachdem dieser Termin offiziell schon länger bekannt war. Aber ich habe auch den Vorsitzenden sehr gebeten, auf den Senat einzuwirken, dass man doch bitte etwas offensiver mit seiner Informationspolitik umgeht. Wenn man das nämlich nicht tut, hat man immer das Gefühl, man hätte etwas zu verbergen, und das finde ich eigentlich kein schönes Gefühl. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Gladiator. Herr Senator kriegt gleich ... Ich wollte nur einmal kurz zusammenfassen, ich denke einmal, das macht am meisten Sinn.

Abg. Dennis Gladiator: Es ist ja in der Tat so, dass von Anfang an die politische Unterstützung seitens des Senats an der Aufklärung äußerst zurückhaltend war, um es diplomatisch zu sagen. Wir haben es mit den Schwärzungen erlebt, wir erleben es jetzt mit den Videos, wir haben es an anderer Stelle erlebt. Wir erleben, dass wir hier in jeder Sitzung lange Vorträge bekommen zulasten der Fragemöglichkeiten der Abgeordneten. Da, wo es um politische Verantwortlichkeit geht, fallen Antworten dafür geradezu aus. Insofern verstehe ich voll und ganz und wir teilen die inhaltliche Kritik, haben heute dem Antrag auf Absetzung oder Vertagung der Sitzung nicht zugestimmt, weil, wir wollen vorankommen. Wir reden seit vielen, vielen Sitzungen über die Polizeieinsätze, wir wollen endlich zu den Verantwortlichen kommen für diese Gewalt, die wir erlebt haben, und ich glaube, wir sind es daher auch schuldig, die Arbeit fortzusetzen, aber damit der dringende Appell, den der Vorsitzende ja auch formuliert hat, dass geprüft wird, wann und wie uns diese Materialien ja auch nicht öffentlich zugänglich gemacht werden können und auch müssen, weil, ansonsten wird wirklich unsere Aufklärungsarbeit hier massiv behindert.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, ich möchte das unterstützen. Wir brauchen den Zugang zu Videomaterial, was ja teilweise auch schon öffentlich war, was wir gar nicht öffentlich nutzen wollen, was wir aber für die Aufklärung, die sich dieser Ausschuss ja auf die Fahnen geschrieben hat, und zwar Opposition wie Regierungskoalition. Um tatsächlich auch ernst genommen werden zu können mit unseren Ergebnissen, mit unseren Fragen, ist es notwendig, dass uns Material, was dazu beiträgt, die schriftlich vorgelegten Akten zu ergänzen, was viele Fragen schon vorab beantwortet, vielleicht auch neue auslöst, aber eigentlich unverzichtbar ist für unsere Aufklärungsarbeit, dass uns das zur Verfügung gestellt wird. Das ist aber nicht heute durch den LINKEN-Antrag zum ersten Mal Thema geworden, sondern das haben wir schon mehrfach besprochen, das ist in Obleutesitzungen schon besprochen worden und auch in Gesprächen mit dem Senat. Und deshalb würde ich das unterstützen, was der Vorsitzende gesagt hat, wir brauchen schon vom Senat einmal eine Aufklärung darüber, ob überhaupt Videomaterial noch uns zur Verfügung gestellt werden kann. Wenn nicht, dann müsste das vielleicht mithilfe der Staatsanwaltschaft noch einmal uns gegenüber auch erläutert werden. Und der andere bessere Weg meiner Meinung wäre, dass uns doch sehr kurzfristig zu den besonders herausgehobenen Situationen, über die wir hier ja ausführlich diskutieren wollen, Material zur Verfügung gestellt wird. Und ich schließe mich dann auch sozusagen dem Hinweis an, dass wir möglicherweise dann eben ein zweites Mal über den Rondenbarg oder über Vorgänge an der Elbchaussee hier diskutieren werden müssen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Also vielleicht noch einmal klarstellend, meine Erwartung, die Erwartung des Ausschusses ist, dass uns die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, die rechtlich zulässig sind, deren Zurverfügungstellung rechtlich zulässig ist, und dass uns das erläutert wird, was rechtlich zulässig ist und nicht, damit wir das auch selbst überprüfen kön-

nen. Meine Erwartungshaltung ist dann aber natürlich auch, dass man dann auch akzeptiert, dass es rechtliche Einschränkungen möglicherweise gibt. Und das werden wir dann noch klären lassen, damit wir das dann weiter bearbeiten können.

So, jetzt hatte sich Herr Senator Grote verständlicherweise auch zu Wort gemeldet. – Frau Schneider, ja, aber Sie haben natürlich Ihren Antrag schon (...). Machen Sie kurz, ja. Ja, machen Sie kurz und dann hat Herr Grote die Gelegenheit, kurz etwas dazu zu sagen. Das (...) hilfreich.

Abg. Christiane Schneider: Ja, ich wollte ich mich der Kritik, die an dem Informationsverhalten des Senats geübt worden ist in dieser Sitzung, der will ich mich ausdrücklich anschließen. Wir haben in der letzten Sitzung, ich weiß nicht, wie viele Stunden, über die Welcome-to-Hell-Demonstration gesprochen, über den Schwarzen Block, über die Straftat der Vermummung, die den Einsatz ausgelöst hat bei der Polizei, und jetzt hat vor zwei Tagen ein sächsischer Polizeibeamter in einem Hauptverfahren ausgesagt, dass er mit drei sächsischen Kollegen als Tatortbeobachter in diesem Schwarzen Block und vermummt war. Und das ist eine wesentliche Information, weil, diese Polizeibeamten haben damit eine Straftat begangen und sie haben andere ermuntert, sich dadurch weiter zu vermummen. Und das ist ein echtes Problem, wenn wir darüber reden, wenn über die Straftat der Vermummung gesprochen wird und nicht mitgeteilt wird, dass die Polizei durch Tatortbeobachter – und das sind jetzt nur vier, die bekannt geworden sind, das dürften ja wesentlich mehr gewesen sein –, wenn da nicht drüber berichtet wird. Und ich finde das wirklich einen Skandal, dass man so was nicht erfährt hier. Das finde ich wirklich einen Skandal.

Vorsitzender: Frau Schneider, es ist natürlich ... Also, dass Sie jetzt das, was wir besprochen haben unter den Obleuten nutzen, um ein ganz anderes Thema, ein ganz anderes Beispiel aufzurufen und hier hereinzubringen, finde ich nicht in Ordnung, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Ich lasse ja alle Leute ausreden, aber wir verständigen uns ...

– Ich möchte im Publikum bitten, Handzeichen beleidigender Art zu unterlassen. Ich bin da zwar nicht so ein bisschen komisch angefasst, aber wenn man mir einen Vogel zeigt, finde ich nicht in Ordnung. Lassen Sie es bitte. – Ja, auch so finde ich nicht gut. Ja, gut, machen Sie ruhig weiter, aber das führt doch zu nichts. Ich muss Sie bitten, das wirklich zu unterlassen, wenn ich das noch einmal feststellen sollte, auch gegenüber anderen Mitgliedern, müsste ich Sie bitten, den Raum zu verlassen. Das wollen wir doch nicht, das ist doch nicht notwendig. Sie wollen doch an den Beratungen teilnehmen. – Danke.

So, Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete. Ein bisschen verwundert bin ich schon, ehrlich gesagt. Der Senat unterstützt die Arbeit des Ausschusses nach Kräften mit einem enorm hohen Aufwand. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir für einen ähnlichen oder für einen anderen Ausschuss oder für einen anderen Aufklärungsvorgang jemals in diesem Umfang zugliefert hätten oder auch hier Rede und Antwort stehen. Die sämtlichen vorlagepflichtigen Akten sind vorgelegt worden, wir haben sämtliche Akten, nachdem wir sie einmal sehr schnell vorgelegt hatten, weil es auch die Aufforderung aus dem Ausschuss gab, noch einmal aufgrund der Kritik an zu weitreichenden Schwärzungen noch einmal komplett durchgesehen und haben die Akten noch einmal vorgelegt. Seitdem haben uns de facto praktisch, soweit ich weiß, keine Beschwerden mehr über geschwärzte Stellen erreicht. Wenn das jetzt noch einmal hier thematisiert wird, finde ich das überraschend, dann würde ich sozusagen bitten, das nicht nur vor Publikum zu tun, sondern uns dann konkret, wie wir es hier verabredet haben, auf die Stellen hinzuweisen, wo man sagt, da haben wir noch Schwierigkeiten, haben wir zugesagt, dann gehen wir da auch wieder rein.

Bei der Frage Videomaterial möchte ich darauf hinweisen, dass der Beschluss, also das Akteneinsichtsrecht, das Aktenvorlagerecht natürlich rechtlichen Grenzen unterworfen ist, die unter anderem auch in der Strafprozessordnung formuliert sind, dass meines Wissens auch schon der Beschluss der Bürgerschaft die Akteninhalte von der Vorlagepflicht ausnimmt, die als Beweismittel Gegenstand von laufenden oder zukünftigen Strafermittlungsverfahren sind. Und bei dem Videomaterial, über das wir hier reden, handelt es sich um solches Beweismaterial, zu anderen Zwecken ist dieses Material nicht angefertigt worden und wir haben auch kaum Möglichkeiten als Polizei, zu anderen Zwecken überhaupt Aufzeichnungen vorzunehmen. Es handelt sich hier um Beweisdokumentationsvideos, auch das Videomaterial, das in Portalen hochgeladen oder in einem Portal hochgeladen wurde – das möglicherweise auch an anderen Stellen im Netz zu sehen ist, darauf haben wir keinen Einfluss –, aber da, wo es uns zur Verfügung gestellt wird, dieses Portal ist ein kriminalpolizeiliches Ermittlungsinstrument und die Videos, die dort hochgeladen werden, dienen der Beweiserhebung in den Ermittlungsverfahren, die wir hier in großer Zahl zu führen haben. Und insofern obliegt es ... steht es uns nicht frei, diese Videos hier zur Verfügung zu stellen, sondern Herrin über dieses Verfahren ist die Staatsanwaltschaft. Und die Position, die wir hierzu einnehmen, dass von dem vorliegenden Videomaterial nichts freigegeben und zur Verfügung gestellt werden kann, ist die Haltung der Staatsanwaltschaft. Wir hätten uns an anderen Stellen auch schon einmal gewünscht, man könnte das eine oder andere zeigen, das ist aber nicht so und das ist dort die Position der Ermittlungsbehörden. Und ich glaube, dass auch viel dafür spricht, die Sichtung und Bewertung des Videomaterials den Strafermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden zu überlassen, weil es auch nicht ganz einfach ist, mit diesem Videomaterial umzugehen, das ja auch nicht für sich selbst spricht und sofort eine schlüssige Interpretation der jeweiligen Ereignisse zulässt. Es ist auch mitnichten so, dass da sämtliches Material scharf einzelnen Ereignissen zugeordnet werden kann, sondern wir sind ja selbst nur in der Lage, auch die Sonderkommission ist nur in der Lage, mit der Vielzahl des Materials durch spezielle Software überhaupt umzugehen, um auch bestimmte Zuordnungen vorzunehmen, und überhaupt das Material nutzen zu können. Wir sprechen hier über mehrere zehntausend Videos und Dateien, ein sehr, sehr großes Volumen, das auch nicht einfach in geordneter Form mit Verzeichnissen und so weiter zur Verfügung gestellt werden könnte, selbst wenn man sagen würde, da gibt es keine rechtlichen Hindernisse.

Wir sind gern bereit, da auch noch einmal mit der Staatsanwaltschaft in diese Diskussion hineinzugehen, aber ich will noch einmal ganz deutlich machen, wir und der Senat insgesamt hält hier kein Material zurück, es sei denn aus diesen genannten zwingenden Gründen. Und dann will ich aber schon sagen, Strafverfolgung und die Sicherung einer geordneten Strafverfolgung ist ein zwingender Grund und an den sehen wir uns auch weiter gebunden. Und ich kann mich auch nicht erinnern, dass es hier Zusagen zu einem anderen Verfahren gegeben hat, also die Aussage, es seien da tausend Videos zugesagt worden, die kenne ich nicht, der müssten wir jetzt einmal nachgehen. Soweit ich das hier in Erfahrung bringen konnte, hat es eine solche Zusage nicht gegeben, das würde mich auch sehr wundern.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Herr Senator. Ich möchte an dieser Stelle nur noch einmal eins ergänzen, was ich selbst bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder gesagt habe, das Akteneinsichtersuchen dieses Ausschusses unterliegt denselben Einschränkungen, nämlich gesetzlicher Art, wie in jedem anderen Ausschuss auch, selbst in einem Untersuchungsausschuss. Und damit müssen wir einfach umgehen, dass wir über die Grenzen, die rechtlichen Grenzen streiten, weil es offene und ausfüllungsbedürftige Rechtsbegriffe sind, ist natürlich, aber dass wir grundsätzlich anerkennen, dass es diese gesetzlichen Grenzen gibt, das müssen wir uns alle vergegenwärtigen, wenn wir den Vorwurf erheben, es würde nicht alles vorgelegt werden. Das ist also ganz schwierig. Und dass die Akten, die uns vorge-

legt werden, einen enormen Umfang haben und das mit enormen Belastungen für die Polizei im Zusammenhang steht, das wissen wir alle und insofern wissen wir auch alle, dass das ein schwieriges Thema ist. Und ich bin ganz dankbar, dass Sie das jetzt eben noch einmal ausgeführt haben und uns auch noch einmal zugesagt haben, dass wir dort auch noch einmal eine Klärung erreichen werden.

Und dann können wir jetzt wirklich mit den Beratungen beginnen, und zwar nämlich mit den Vorkommnissen am Freitagvormittag. Uns ist allen klar, dass die Polizeieinsätze auch noch die Nacht von Donnerstag bis Freitag andauerten. Ich halte es aber für sinnvoll, wenn wir jetzt anfangen, wie wir uns das vorgenommen haben, mit den Ereignissen Freitagvormittag und möchte den Senator bitten, vielleicht einmal darzustellen, wann die polizeilichen Einsätze am Freitagmorgen begonnen haben, welchen Schwerpunkt sie hatten. Ich gehe einmal davon aus, dass es insbesondere mit der Beobachtung des Camps am Volkspark, der erste polizeiliche Schwerpunkt am Freitagmorgen war. Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Wir sind uns natürlich dessen bewusst, dass der Freitagmorgen ein gewisser Schlüsselmoment im Gesamtgeschehensablauf dieses Gipfels und des begleitenden Polizeieinsatzes war und dass die Wahrnehmung, dass hier Dinge nicht ordentlich gelaufen sind, sich auch an diesem Freitagmorgen stark festmachen. Und es ist natürlich auch so, dass wir dort nicht immer die Sicherheit in der Stadt so aufrechterhalten konnten, wie wir uns das vorgenommen haben und wie es unser Anspruch ist. Deswegen ist es, glaube ich, wichtig, dass wir uns jetzt noch einmal sehr genau und sorgfältig mit den Abläufen beschäftigen und sagen, was ist da tatsächlich passiert und wie ist der polizeiliche Umgang gewesen und warum war er so. Deswegen sollten wir oder wäre unser Vorschlag, dass wir damit einsteigen, dass wir einmal ein bisschen ... dass wir darstellen, wo standen wir am Freitagmorgen um 6 Uhr. Also was war das, was wir für den Tag erwartet hatten? Wo, also aus welcher Lage kamen wir aus der Donnerstagnacht? Was war die erwartete Lage am Freitag und wie haben wir uns polizeilich drauf eingestellt? Das würde der Polizeipräsident darstellen. Und dann sozusagen ein bisschen den Geschehensablauf, wie hat sich das an diesem Freitag entwickelt und dann kämen wir eben zu den Vorgängen, das sich Lösen der Finger aus dem Camp. Und dann sind wir sehr schnell chronologisch bei dem Thema Rondenbarg. Die Geschehen, den Geschehensablauf würde Herr Dudde insgesamt vorstellen. Und zum Rondenbarg würde Herr Hieber einfach das, was wir jetzt als ermittelten Ablauf haben durch die Arbeit der SoKo Schwarzer Block, darstellen. Das ist, glaube ich, das präziseste und sachlichste Bild, was wir da gewinnen können, und wir werden trotzdem versuchen, diese Ausführungen in den drei Blöcken einigermaßen kompakt zu halten.

Vorsitzender: Genau, kompakt und kurz und Verweise auf die Sondersitzung des Innenausschusses sind auch zulässig. Herr Meyer, bitte.

(Redaktionelle Anmerkung: Die folgenden Ausführungen wurden mit an der Leinwand gezeigten Bildern unterlegt, welche diesem Protokoll als Anlage 1 beigelegt sind.)

Ralf Martin Meyer: Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, ich beschränke mich auf die Informationen, die ich für Ihr Verständnis wichtig erachte. Die Ausschreitungen vom Tag zuvor, also vom 6. Juli, haben im Ergebnis zu Verletzten aufseiten der Polizei geführt, aber auch zu Verletzten aufseiten der Störer. Und für diese Verletzten hat man sich, so unsere Erkenntnislage, vorgenommen sich zu revanchieren. Die Polizeikräfte ... also am nächsten Tag zu revanchieren oder an den nächsten Tagen zu revanchieren an Polizeikräften. Die Polizeikräfte waren größtenteils durchgehend im Einsatz, jedenfalls hatten sie, soweit das möglich war, nur kurze Ruhepausen. Es gab oder es war der Tag des massenhaften zivilen Ungehorsams, es sollte durch eine organisierte Massenaktion in mehreren Fingern aus allen Richtungen die Orte des Gipfels erreichen und auf die zugeströmt

werden, dadurch sollten Hindernisse überwunden werden und Polizeiketten durchflossen werden. Der öffentliche Raum sollte sich angeeignet werden und Leerstand sollte sich angeeignet werden, um damit den Ablauf des Gipfels zu stören.

Dadurch ergeben sich fünf verschiedene Ziele der Störer aus Sicht der Polizei. Nur kurz zur Erinnerung: Der Ablauf des Gipfels stören, den Ablauf des Gipfels stören. Colour the Red Zone, also die Messe stören, die Messe angreifen. Die Strecken blockieren. Die Hotels angreifen, die Hotels blockieren und die Elbphilharmonie attackieren. Die Logistik und Ströme, das ist der zweite Bereich, des Hafens sollten unterbrochen werden. Die Produktion sollte gestört werden, Wege im Hafen, Wege zum Hafen sollten blockiert beziehungsweise attackiert werden. Gegen Terroranschläge war Vorsorge zu treffen. Wir hatten keine konkreten Hinweise, aber es war eine hohe abstrakte Gefährdung sowie für Terrorangriffe, für den Fall, waren Reaktionskräfte bereitzuhalten. Wir mussten mit Angriffen auf jegliche Gebäude rechnen, die wir als sogenannte Reizobjekte sehen, also Großkonzerne und Ähnliches, Logistik der Bundeswehr, der Polizei und die Gefangenenensammelstelle in Harburg und es waren dezentrale Störungen jedweder Art einzukalkulieren.

Die Ziele werden konkret hinterlegt mit entsprechenden Erkenntnissen, die Ihnen auch vorliegen. Es gibt konkrete Hinweise auf Finger. Finger, die teilweise aus dem Camp starten, teilweise von anderswo. Finger, die im Hafen starten beziehungsweise durch den Hafen gehen. Es sind Lagehinweise auf Störungen durch Dritte außerhalb der Finger einzukalkulieren, weil man davon ausgehen muss, dass den entsprechenden Diensten nicht alles zugänglich wird, was sich in der Planung befindet. Es gibt den Hinweis auf den Bahnhof Stellingen. Der militanteste Teil soll sich am Bahnhof Stellingen treffen. Und es gibt, wie gesagt, keine konkreten Hinweise auf Terror.

Daraus ergibt sich folgende Aufstellung der Kräfte, die Sie auch per Video gleich sehen werden. Es wird eine Hundertschaft am Camp oder in der Nähe vom Camp, Vorhornweg positioniert, und zwar dort, weil wir den Hinweis auf Stellingen dort haben, das ist eine Hundertschaft aus Bayern, aus dem Einsatzabschnitt Eingreifkräfte. Wir haben weiterhin den Einsatzabschnitt Eingreifkräfte positioniert ab 4 Uhr, etwa die Hundertschaft aus Bayern ab 5.07 Uhr. Die Eingreifkräfte ab 5 Uhr entlang dem Korridor, dem entsprechenden Korridor, in dem sich die Politiker bewegen, etwa 13 Hundertschaften sind dort postiert. Dann haben wir im Bereich Einsatzabschnitt Gegenveranstaltung im Hafen die Landesbereitschaftspolizei Hamburg postiert, das sind vier Hundertschaften, und es besteht ein kleiner, den sehen Sie rechts aufgeworfen, ein kleiner Streckenschutz, ein Raum- und Streckenschutz für die Kolonnen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr zahlreich sind. Deswegen ist der sehr schwach, der wächst später auf. Und wir haben gut 600 Mann, Spezialeinheiten oben rechts mit SE 623 ausgeworfen. Veranstaltungsorte, 17 Hundertschaften, die entsprechenden Hinweise sehen Sie, und wir haben an allen Polizeirevieren, das sind die Sternchen, über die ganze Stadt verteilt Funkstreifenwagen postiert, zu denen ich gleich noch etwas sagen werde. Es gibt die taktische Grundentscheidung vom Polizeiführer, bis auf die bayrische Hundertschaft in Stellingen, das Prinzip, die Finger dort zu erwarten, wo sie hingehen wollen, also in den Bereich der Tagung, in den Bereich, in dem sich die Politiker bewegen, dort sollen die Störer beziehungsweise die Finger erwartet werden. Eine andere Aufstellung, also ein Begleiten wird nicht für zielführend erachtet, da die erwarteten Orte, an denen die Störungen angekündigt wurden, damit zu sehr entblößt worden wären, obwohl mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, ja gerade dort mit Störungen zu rechnen war. Und, ich sage es noch einmal, weitere unbekannte Störer schlichtweg einzukalkulieren waren, wir konnten uns nicht nur auf die Finger konzentrieren.

Ich erinnere noch einmal, ein zweiter wichtiger Punkt ist der Grundsatz der Auftragstaktik, das heißt, der Polizeieinsatzleiter war nicht in der Lage, und ist auch in so einem großen Einsatz nicht in der Lage, die einzelnen Kräfte selbst zu positionieren, sondern es war so, dass dieser Grundsatz besagt, dass die Einsatzabschnittsleiter selbstständig im Rahmen ihres Auftrages, im Rahmen des Ziels, was sie verfolgen, Maßnahmen treffen und entsprechend dann reagieren. Der Polizeiführer greift bei grundsätzlichen Dingen und Aspekten ein.

Der letzte Punkt, den ich anführen möchte, ist die sogenannte Silvesterregelung. Die Reviere sind besonders stark, anders als sonst im Alltag, mit Funkstreifenwagen besetzt, um bei Störungen durch Kleingruppen reagieren zu können. Man sieht, dass relativ viele Streifenwagen im Einsatz sind. Man kann davon ausgehen oder Sie können davon ausgehen, dass morgens um 5 Uhr eher die Zahl 3 gilt, um einmal ein Revier im Norden, in Langenhorn zu nehmen, und im Laufe des Vormittags dann auf vier Streifenwagen aufgestockt wurde. Im Bereich Altona gilt die Zahl 5 FustW, das ist ja das Revier, was am nächsten später zur Elbchaussee zumindest gelegen ist, das heißt, also eine sehr große Anzahl. Die Streifenwagen werden eingesetzt durch die Einsatzzentrale, in der die Bürgeranrufe eingehen, und sind nicht Teil der besonderen Aufbauorganisation, sondern werden eben über diese Einsätze gesteuert. Man hat grundsätzlich vor, mit diesen Streifenwagen nicht große Gruppen, sondern eben Störungen durch Kleingruppen zu unterbinden oder dem Erstmaßnahmen entgegen zu bringen. Das ist die Grundaufstellung, so wie sie morgens 5 Uhr, auch noch bis 6 Uhr war. Und alles Weitere folgt jetzt. Vielen Dank.

Hartmut Dudde: Ja, verehrter Vorsitzender, verehrte Abgeordnete, ich würde jetzt weitermachen, wie sich denn die Finger im Bereich Camp bewegten und was wir am Hafenanrand und in Wilhelmsburg erlebt haben bei der grundsätzlichen Lage. Ich würde einmal um die nächste Folie bitten. Hier haben wir versucht, einmal das Stadtgebiet und das Gebiet, wo die Allgemeinverfügung galt darzustellen, oben das Camp. Wir hatten eine Luftaufklärung. Wir hatten auch Aufklärungskräfte um das Camp herum positioniert und haben ab ungefähr 5.30 Uhr festgestellt, ja, es ist Bewegung im Camp, man formiert sich zu Aufzügen und man wird wohl abmarschieren. Der Präsident hat es eben schon gesagt, da wir Hinweise hatten auf einen Sammelpunkt von den Autonomen im Bereich Stellingen, einen USK in diesem Bereich positioniert. Wir hatten auch einen kleinen, damit fange ich einmal an, roten Finger – der ist bitte nicht zu verwechseln mit dem roten Finger, den Sie noch im Bereich Berliner Tor sehen –, der sich formiert hat und mit circa 200 Personen so gegen 6 Uhr von dort losmarschiert ist und nach Stellingen gegangen ist. Die sind da auch angekommen, dann sind sie auch in die S-Bahn gestiegen. Die S-Bahn wurde von der Bundespolizei angehalten, dann gab es logischerweise einen kleinen Bruch, also in der Anfahrt. Im Endeffekt sind Teile dieses roten Fingers in Wilhelmsburg bei den Versammlungen gegen das Kapital im Hafen aufgelaufen zum Schluss, störungsfrei.

Es hat sich um 6 Uhr ein grüner Finger gebildet, der, also grün waren immer die farblichen Markierungen, man hatte sich da mit grünen Kitteln ... also, um einfach eine farbliche Abgrenzung zu haben, ist losmarschiert und kurz danach auch noch ein blauer Finger. Auf den schwarzen Finger würde ich ganz zum Schluss kommen. Diese Finger sind gemäß dem Konzept, was Herr Meyer eben gerade beschrieben hat, also erst einmal, also taktisch wollten wir die Versammlungen und Aufzüge Richtung Örtlichkeiten gehen lassen und an taktisch günstiger Gelegenheit sozusagen für einen geordneten Verlauf sorgen. Also keine Versammlung ohne Anmelder, welcher Marschweg soll gegangen werden, wo geht es hin. Das machen wir aus taktischen Gründen, weil, also sich in Grünanlagen Aufzügen entgegen zu stellen und zu hoffen, dass man die kanalisieren kann, bewährt sich nicht, sondern wir brauchen einen Bereich, wo wir links und rechts einen Anhalt haben, also Bebauung, um Aufzüge aufzustoppen. Bitte? So. Insofern sind Aufzug Grün und Aufzug Blau losgegangen, für uns

von der Bewertung störungsfrei, also nicht im Sinne von ... es gab ja keine Hinweise auf Gewalt oder Sachbeschädigungen entlang der Marschstrecke. Und wenn Sie jetzt die schwarzen Punkte, das ist einmal Schützenstraße und einmal ein bisschen oberhalb, diese schwarzen Kugeln sehen, das sind die Örtlichkeiten, wo aus dem EA Eingreifkräfte den Aufzügen Kräfte entgegengestellt wurden und die Aufzüge aufgestoppt wurden. Beim Aufstoppen gab es jedes Mal Reibereien mit uns, aber Sie können sehen, beide Finger bewegen sich danach weiter. Nachdem man klären konnte, wer ist Versammlungsleiter und wo es hingehet, sind diese Aufzüge weitergegangen. Sie können auch sehen, wo die sich vereinen, also Grün trifft dann wieder Blau und wo sie zum Schluss angekommen sind.

Zeitgleich hatten wir im Bereich Hafenanrand zwei Aufzüge, die geplant waren. Einmal einen Weißen, der mit 200 Teilnehmern avisiert war und einen, ja, lilafarbenen, da ging es um einen feministischen Block. In diesem Bereich ungefähr 1 000 Personen, die auch einen Aufzug bildeten und auf die Ludwig-Erhard-Straße gegangen sind, Sie können auch da die dunklen Punkte sehen. Da gab es beim lila Block ein auftreffen auf Polizeikräfte, das war so gegen 7 Uhr. Das führte dazu, dass der lila Aufzug sich auflöste und über Herrengraben, Grünanlagen sozusagen erst einmal in der Peripherie verschwand, um dann, das können Sie danach sehen, im Bereich der Binnenalster wieder aufzutauchen und entlang der Binnenalster und um die Binnenalster herum den Versuch unternommen hat, an die Hotels der zu schützenden Personen heranzukommen oder auf die Marschstrecke. Also Sofitel, wo der türkische Ministerpräsident war, war ein Ziel, konnte immer wieder verhindert werden, hat aber Polizeikräfte gebunden. Der weiße Aufzug ist im Enddefekt in dem feministischen Aufzug mit aufgegangen und war danach nicht mehr auffällig.

Parallel dazu der rote Finger, den Sie jetzt sehen, die haben sich am Berliner Tor getroffen und sind dann als Aufzug in den Bereich Außenalster gegangen. Da gab es Sitzblockaden zu einer Zeit, das war so gegen 7 Uhr, wo wir aufgrund der Lage, die wir im Bereich Camps hatten und der Lage, die wir im Hafen hatten, bereits begonnen hatten, die Kräfte aus dem Bereich des Hafens, wo das Kapital angegriffen werden sollte, zurückzubeordern in die Innenstadt, um sich in Teilen dieser Aufzüge anzunehmen. Das kann nachher aus dem EA Gegenveranstaltung Herr Ferk noch einmal erklären, weil die auf den roten Aufzug getroffen sind.

Komplett anders verhalten hat sich von Anfang an der uns nicht avisierte schwarze Aufzug, der ebenfalls gegen 6 Uhr aus dem ...

(Senator Andy Grote: Entschuldigung, da muss ich einmal kurz dazwischenfragen. Aufzug heißt in diesem Kontext Versammlung oder heißt eine sich geschlossene, bewegende Gruppierung von ...)

– Also, Aufzug heißt für mich immer generell, also feministisch, Blau und Grün, ein geschlossener Abmarsch der entsprechenden Farben.

Also, der Bereich dieses schwarzen Abmarsches hat sich von Anfang an anders dargestellt, weil, in diesem Bereich hatten wir von Anfang an Delikte. Das würde Herr Hieber aber jetzt aus der Jetzt-Sicht erzählen, was wir da für Erkenntnisse haben.

Jan Hieber: Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das möchte ich gern tun. Ich weiß natürlich, dass die Ereignisse dort ja schon mehrfach auch Gegenstand medialer Berichterstattung waren. Nichtsdestotrotz haben wir auch hier dieses Spannungsfeld, das ja hier schon auch diskutiert wurde, da möchte ich nur zu Beginn darauf hinweisen, es handelt sich um laufende Ermittlungsverfahren und auch ein nicht abgeschlossenes gerichtliches Verfahren ist dort noch zu berücksichtigen, wo das richterliche Urteil noch aussteht. Insofern kann es sein, dass ich nicht zu allen Fragen, die später kom-

men, wirklich den aktuellen Stand konkret beantworten kann, aber ich will Ihnen das natürlich so plastisch darstellen wie möglich.

Also, den blauen und grünen Fingern folgten vom Camp Vorhornweg im geringen zeitlichen Abstand gegen 6 Uhr etwa 200 Personen, die, bis auf wenige Ausnahmen, einheitlich dunkel beziehungsweise Schwarz gekleidet waren, daher kommt auch die Bezeichnung schwarzer Finger. Auch dieser Finger war nicht angemeldet nach dem Versammlungsgesetz so wie die anderen auch. Alle Finger überquerten dann nach dem Verlassen des Camps den Parkplatz Rot am Volksparkstadion oder HSV-Stadion und der – Sie können es dann sehen – dann trennten sich ein bisschen die Wege. Die Teilnehmer des schwarzen Fingers gingen dann über die Sylvesterallee und waren zu diesem Zeitpunkt bereits vielfach teilvermummt. Sie trugen also Kopfbedeckungen, über das Gesicht gezogene Schals und Sonnenbrillen. Dabei gab es einen besonderen Dresscode, der immer wieder ein bisschen aufgefallen ist im Zusammenhang mit den G20-Ausschreitungen, schwarze, faltbare Sommerhüte, sogenannte Anglerhüte, in identischer Ausführung mit herausgetrennten Markenetiketten und schwarze Turnschuhe mit weißer Sohle derselben Marke und entsprechend dann auch die dunkle Kleidung.

Dieser schwarze Finger marschierte dann weiter in Richtung Schnackenburgallee, es wurden zwei Transparente vorangetragen und Sprechchöre skandiert. Der schwarze Finger marschierte zügigen Schrittes als geschlossene Formation die Schnackenburgallee in Richtung Holstenkamp, Bornkampsweg hinunter. Einzelne Personen scherten immer wieder aus dieser Gruppierung aus, sie sondierten die Umgebung und reihten sich wieder ein, also es wurde ganz offenbar sehr planmäßig Gegenaufklärung für polizeiliche Maßnahmen betrieben. Und die Anzahl der vermummten Personen nahm nach dem Eindruck der polizeilichen Aufklärer auf diesem Weg immer weiter zu. In der Schnackenburgallee zogen dann die Teilnehmer Baustellenbaken, Metallzaunelemente und Verkehrsschilder als Barrikaden, als Hindernisse auf die Straße. Dadurch gab es natürlich auch Verkehrsgefährdungen. Teilnehmer sprühten Graffiti auf den Gehweg, ein Teilnehmer warf ein Verkehrsschild gegen einen auf der Mittelinsel installierten Werbeträger aus Glas. Im Bereich der Autobahn, A7-Brücke, zündete ein Teilnehmer eine schwarze Rauchgranate, einen sogenannten Nebeltopf. Und um 6.18 Uhr bekam dann die Beweis- und Festnahmehundertschaft Blumberg den Auftrag, zu den Personen Kontakt aufzunehmen und die Maßnahmen zu treffen, dass von dieser Gruppe keine Gefahr mehr ausgeht.

Nach Passieren der Anschlussstelle Volkspark, der A7, scherten fünf Personen aus dem Block aus, beschädigten Fassaden von Firmengebäuden durch Graffiti. Und ein Bürger, der sich in seinem Fahrzeug hinter dem Schwarzen Block befand, der beobachtete die Beschädigungen, also die Entglasung zweier Bushaltestellen auf diesem Marschweg. Auf der Wegstrecke zwischen Sylvesterallee und Rondenbarg hinterließen die Aufzugsteilnehmer Steine, zerbrochene Gehwegplatten auf der Fahrbahn und auf den Geh- und Radwegen. Videoaufnahmen eines Zeugen belegen, dass einige Personen aus dem Schwarzen Block Teer- und Bitumenbrocken auf den Gehweg warfen und sie dadurch zerkleinerten und dann auch immer wieder in die Hand nahmen und sich dann wieder dem Schwarzen Block anschlossen. Also man munitionierte sich mit Wurfgeschossen auf, das ist entsprechend belegt.

Im Kreuzungsbereich Schnackenburgallee, Rondenbarg traf der schwarze Finger dann auf eine Fahrzeugkolonne der ersten Einsatzhundertschaft Eutin. Diese Polizeikräfte parkten als Kolonne ab und verließen ihre Fahrzeuge, um ihre Körperschutzausrüstung anzuziehen, die sie zu dem Zeitpunkt noch nicht angelegt hatten. Diese Fahrzeugkolonne wurde dann sofort aus dem schwarzen Finger heraus mit Steinen, durchbrochenen Gehwegplatten und Pyrotechnik beworfen, aber nicht getroffen. Nach diesem kurzen, aber heftigen Bewurf bog der

schwarze Finger in den Rondenberg ein und kam dann um 6.28 Uhr in Höhe der Hausnummer 20 in Sichtweite, der sich aus südlicher Richtung nähernden Beweis- und Festnahme-hundertschaft der Bundespolizei Blumberg, die entsprechend beauftragt waren, den Kontakt herzustellen. Die Beamten dieser Hundertschaft sperren dann mit ihren Fahrzeugen in einer Entfernung von etwa 50 Metern zum schwarzen Finger die Straße und verließen dann zügig ihre Fahrzeuge, um sich auf der Höhe des vordersten Fahrzeugs zu sammeln. Die Teilnehmer des Schwarzen Blocks marschierten bis zu diesem Zeitpunkt dicht aneinandergereiht, zügigen Schrittes in Richtung der Polizeibeamten. Die ersten Reihen des Schwarzen Blocks waren fast ausnahmslos verummmt. Der Schwarze Block kam nun in einer Entfernung von etwa 30 Metern vor den Polizeibeamten zum Stehen und es wurde eine Rauchfackel gezündet und dann wurde ein sogenannter erster Bengalo geworfen und Sekunden später drei weitere pyrotechnische Gegenstände, also Blitz-, Knall- und Rauchkörper sowie mindestens acht überwiegend faustgroße Steine in Richtung der Beamten. Die waren immer noch abwartend an dem vordersten Einsatzfahrzeug und sammelten sich und die Wurfgeschosse schlugen vor den Polizeibeamten ein.

Etwa 15 Sekunden nach Beginn des Bewurfes näherten sich dann die Polizeibeamten nur in ihrer Körperschutzausrüstung im Laufschrift dem Schwarzen Block, um diese Straftaten zu unterbinden. Von hinten rückten an den Schwarzen Block zeitgleich zwei Wasserwerfer der Bundespolizeiabteilung Hünfeld heran und die wurden begleitet von der

1. Einsatzhundertschaft Eutin, die sich sozusagen dann im Rücken des Schwarzen Blocks befanden. Auf die heranlaufenden Beamten Blumberg wurden dann noch mindestens sechs weitere Steine geworfen, aber der Schwarze Block begann sich schon zu zerstreuen. Viele Straftäter versuchten, den Polizeikräften nach links und rechts auszuweichen. Gegen die noch vor Ort befindlichen Straftäter wurden die Wasserwerfer eingesetzt und die Polizeikräfte der 1. Einsatzhundertschaft Eutin sperren mit einer Polizeikette von hinten dann die Straße, um Fluchtversuche zu unterbinden. Ein Teil der Straftäter versuchte, östlich eine angrenzende Böschung als Fluchtweg zu nutzen, das wurde durch die Polizeibeamten in Teilen verhindert. Etwa 80 bis 100 Straftäter versuchten, über ein angrenzendes Firmengelände zu entkommen und wollten dabei ein an den Gehweg angrenzendes ...

Vorsitzender: Ja, entschuldigen Sie, Herr Hieber, da kam gerade eine musikalische Untermalung her. Jetzt ist es vorbei.

Jan Hieber: Genau ... ein den Gehweg angrenzendes Gelände überwinden, was zu einem 2 Meter tiefer gelegenen Parkplatz führte. Und durch dieses gleichzeitige Besteigen des Geländers brach ein Segment auf der ganzen Länge aus der Verankerung des Betonsockels und mindestens 14 Personen stürzten auf den Parkplatz und verletzten sich. Es wurden Rettungskräfte angefordert und die schlossen dann im weiteren Verlauf bei 14 Personen die Verwahrfähigkeit aus. Diese Personen wurden dann vor Ort behandelt und in das Universitätsklinikum Eppendorf beziehungsweise die Asklepios Klinik in Altona transportiert, von wo aus sich wiederum elf Personen selbst entließen.

59 Personen wurden dann am Tatort und im Tatortumfeld vorläufig festgenommen wegen Landfriedensbruchs in einem besonders schweren Fall. Die flüchtenden Straftäter entkamen in größeren Gruppen über ...

(Zuruf)

... Straftäter ... entkamen in größeren Gruppen über angrenzende Firmengelände. Und auf Videoaufnahmen ist dann auch zum Teil ganz gut erkennbar, wie Verummung abgelegt wird und sehr schnell auch die Kleidung gewechselt wird.

Um 6.52 Uhr gab es im weiteren Einsatzverlauf Hinweise darauf, dass geflüchtete Personen des ursprünglichen schwarzen Fingers in andere Finger einsickerten. Das dürfte dann, wenn Sie auf die Karte einmal schauen, dort sein, wo der blaue Finger insbesondere mit diesem schwarzen Kullerpunkt sein Zusammentreffen mit der Polizei hat unterhalb des Rondenbargs, wo es das entsprechende Ereignis gab, was wir hier gerade beschreiben.

Durch die Beamten der Beweis- und Festnahmehundertschaft Blumberg wurden dann umfangreich Beweismaterialien aufgefunden und sichergestellt. Und das kann ich einmal kurz hier referieren, Sie alle kennen ja, glaube ich, die Bilder dazu. Es ging um 37 Steine, eine Präzisionsschleuder, verschiedene Werkzeuge, ein Zimmermannshammer, Fäustel, Meißel, Seitenschneider, Schraubendreher, Gartenschaufel, Feuerlöscher, Krähenfüße, Drahtseile, Karabinerhaken, diverse Vorhängeschlösser, diverse pyrotechnische Gegenstände, Spraydosen, Gegenstände zur Passivbewaffnung wie Gesichts- und Mundschutz, Vermummungsgegenstände, unter anderem 41 schwarze Sturmhauben, 52 schwarze Hüte, 28 Paar Handschuhe und weitere Beweismittel.

Ja, diese 59 Personen wurden dann in die GeSa verbracht, der sachleitende Staatsanwalt entschied nach der Videosichtung, dass sich alle gemeinschaftlich eines schweren Landfriedensbruchs nach Paragraph 125 a StGB strafbar gemacht haben, und damit wurde dann die Zuführung zur Untersuchungshaftanstalt geprüft. Für 55 Beschuldigte wurde dann eine Zuführung zum Amtsgericht durchgeführt. Vier Personen wurden aufgrund ihres jugendlichen Alters aus dem polizeilichen Gewahrsam vorher entlassen. Es wurden dann tatsächlich zwölf Haftbefehle erlassen und die anderen 43 Personen wurden richterlich bestätigt längerfristig in Gewahrsam genommen.

Vielleicht noch ganz kurz einige Besonderheiten, die hier aber auch schon einmal erwähnt wurden, aber der Vollständigkeit halber: Unter den Verletzten befand sich auch die Führungsfigur des sogenannten Roten Aufbau Hamburg, der ja auch eine maßgebliche Rolle bei der Planung und Organisation des Camps Vorhornweg gespielt hat. Der größte Teil der bisher identifizierten 85 Straftäter, und das ist doch recht bemerkenswert, stammt aus Süddeutschland, insbesondere Stuttgart und Bonn sind hier Schwerpunkte. Nur fünf dieser Personen von den bisher 85 identifizierten stammen aus Hamburg. Dazu kommen einige ausländische Aktivisten aus Italien und der Schweiz. Und unter anderem war unter den Festgenommenen auch der Anmieter des Sonderzuges aus Basel, den wir hier auch schon einmal angesprochen hatten. Dieser Zug brachte ja viele Aktivisten nach Hamburg und offensichtlich ja auch Straftäter aus der Schweiz und Süddeutschland dann auch in das Camp am Volkspark. Und unter den Festgenommenen waren auch zwei Personen, die bei einer Grenzkontrolle dieses Sonderzuges mit 33 anderen Personen nicht ..., denen wurde die Einreise nach Deutschland nicht gestattet, aber die hatten es offensichtlich auf anderen Wegen dorthin geschafft.

Damit wäre mein Bericht hier zu dem Thema erst einmal zu Ende.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann würde ich jetzt mit den Fragen zum Rondenbarg hier beginnen. Herr Gladiator hatte sich gemeldet.

Abg. Dennis Gladiator: Ja, vielen Dank. Wir sind ja an einem sehr spannenden Punkt, weil, obwohl die Taktiken, Sie haben es ja auch noch einmal ausgeführt, bekannt waren, es wurde vorher angekündigt, in der gesamten Stadt die Polizei müde zu spielen, die Out-of-Control-Taktik, und es ja auch Hinweise auf Altona in diesen Karten gab, wir haben das ja schon einmal thematisiert, und obwohl es ja, das haben wir auch in der letzten oder in einer der Sitzungen thematisiert, Hinweise aus dem Bereich Verfassungsschutz gab und jetzt wohl, das ist dann auch gleich eine Frage, auch über diesen Funkspruch in den Medien berichtet wird, gab es ja faktisch diesen Kontrollverlust, der die Stadt massiv erschüttert hat, weil wirk-

lich über einen längeren Zeitraum diese Banden Altona in Schutt und Asche gelegt haben, wo viele auch wirklich Angst empfunden haben und das nicht nur um ihr Eigentum, sondern auch um ihre Gesundheit. Insofern ist die erste Frage, die sich mir stellt, vielleicht können Sie noch einmal darstellen, mit den zwei Hinweisen, die wir ja eigentlich schon thematisiert hatten, am Vorabend des Freitags und jetzt das, was in der "Bild-Zeitung" zu lesen war, der Funkspruch, über den es Hinweise gab auf das, was dort gestartet werden sollte aus dem Camp, welchen Inhalt die konkret hatten und wie damit umgegangen wurde, weil man ja trotzdem feststellen musste, man war nicht ausreichend vorbereitet. Und das ist dann auch die zweite Frage. Wenn man sich anschaut, ich habe es, glaube ich richtig gehört, vor dem Camp, von dem Sie ausgegangen sind, dass ja wirklich von dort auch Straftaten begangen werden, das war die Begründung, um die anderen Camps zu verbieten, war eine Hundertschaft, zur Sicherung der Routen 13 Hundertschaften, warum man entsprechend nicht besser aufgestellt war, um aus dem, was vorhergesagt war, erwartbar war, entsprechend auch begegnen zu können. Also war die Polizei überhaupt in der Lage, das was der Erste Bürgermeister versprochen hat, überall in der Stadt für Sicherheit sorgen zu können? Vielleicht mit diesen drei Fragen beginnend.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielleicht einfürend noch einmal, falls das in dem, was wir dargestellt haben ..., vielleicht war es doch ein bisschen zu knapp. Ich dachte, wir hätten es eigentlich erläutert. Die konzeptionelle Ausgangssituation für die Polizei war ja so, dass wir gesagt haben, wir haben ein Gesamtszenario, in dem sich Finger in Richtung von Aktionsorten bewegen, an denen sie dann Störaktionen durchführen wollen. Dieses Szenario ist auch eingetreten und insofern waren die Kräfte, die damit befasst waren, auch alle am richtigen Ort. Und wir hatten einen Finger, der sich aus dem Camp gelöst hat, der sich anders verhalten hatte, nicht das Ziel hatte, an einem bestimmten ..., oder nach jetziger Einschätzung nicht das Ziel hatte, an einem bestimmten Ort anzukommen, um dort aktiv zu werden, sondern der von Anfang an militant war. Aber auch der ist ja direkt nach dem Verlassen des Camps aufgenommen worden durch Aufklärung der Polizei, also auch begleitet worden, eingeschätzt worden und dann ist eine geordnete Kontaktaufnahme erfolgt. Insofern kann hier von einem Out-of-Control nicht die Rede sein, sondern dieser Finger ist die ganze Zeit entsprechend begleitet worden und sehr erfolgreich aufgenommen worden, wenn wir einmal die Zahl der Festnahmen, die Zahl der Sicherstellungen, die Zahl der Ingewahrsamnahmen sehen, das ist durchaus etwas, was wir ja nicht regelmäßig so haben. Insofern würde ich das für diesen Geschehenskomplex einmal in der Darstellung nicht so teilen, wie Sie das gerade hier vorgetragen haben. Wir kommen ja noch zu einem weiteren Teil der Ereignisse, den müssen wir, glaube ich, ein bisschen anders einordnen, aber zu dem, wo wir jetzt sind, und so verstehe ich die Beratung, dass wir jetzt über Rondenbarg sprechen, würde ich das anders bewerten.

Ich würde jetzt aber doch noch einmal auch zur weiteren Erläuterung, waren wir richtig aufgestellt und sind wir damit ordentlich umgegangen, zu diesem Komplex Rondenbarg, und wie sind da auch Hinweise zu Treffpunkten und Weiterem einzuordnen, noch einmal Herrn Dudde bitten, das darzustellen. – Ja, würde ich vorschlagen.

Hartmut Dudde: Die ... Genau, also nur noch einmal sprachlich, wir müssen das natürlich trennen. Es gab die Elbchaussee, einen Schwarzen Block, und es gab am Rondenbarg einen Schwarzen Block. Und im Rondenbarg ist das dann so gelaufen, wie wir uns das auch vorgestellt hatten. Wir haben ja mit dem EA Eingreifkräfte und auch im Hafen die beweglichsten Polizeieinheiten eingesetzt, die wir hatten, also eine sehr ortskundige eigene Landesbereitschaftspolizei und eine sehr gut, also sehr schnell verlastete Gruppe von Eingreif-

kräften Festnahmehundertschaften. Nachdem wir gemerkt haben, weil, Aufklärung war ja immer dran und die Lageeinschätzung war schon so, nicht am Camp wird es krawallig, sondern die werden von da aus erst einmal geordnet losgehen, weil sie in den Bereich der Messe wollen oder in den Bereich des Hafens, um das Kapital dort zu schädigen. Das hat auch bei Blau und Grün, hat das genauso stattgefunden, wie wir das erwartet hatten. Der einzige Finger, der sich anders benommen hat, das war dieser schwarze Finger, und dahin haben wir unmittelbar Festnahmekräfte entsandt. Es war sehr schnell die erste Einsatzmannschaft aus Schleswig-Holstein in der Nähe, die ja auch dann gleich beworfen wurden, und dann hat sich unmittelbar die erste Einheit, die wir aus dem Innenstadtbereich entsandt haben, diesem Aufzug entgegengestellt und dann das getan, was wir üblicherweise tun, die Störung beendet.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, Also in der Tat, Herr Gladiator hat das eben gerade auch gesagt, wir sind jetzt am Rondenbarg. Und da vermischte sich jetzt eben etwas. Wir machen das ja gleich noch einmal im Laufe der Sitzung. Jetzt sind wir beim Rondenbarg und Frau Möller hat das Wort.

Abg. Antje Möller: Ja, vielen Dank. In der Kompaktheit, wie Sie das dargestellt haben, erscheint sozusagen diese Gruppe von Menschen, dieser Aufzug, ja sehr homogen. Im Nachhinein betrachtet und in dem, was man also sozusagen an Äußerungen in den Medien hören konnte, gab es aber verschiedene Gruppen, die an diesem Aufzug teilgenommen haben. Und deshalb würde ich gern noch einmal genau nachfragen wollen ... Ach so, und ergänzen möchte ich noch, also die ..., man konnte das in Videos sehen, diese Gruppe hatte Fahnen und es waren Megafone, durch die es Durchsagen gab, und es gab auch ein Fronttransparent, zumindest noch zum Zeitpunkt des Polizeieinsatzes. Also ich würde einmal gern noch die Frage stellen, warum Sie tatsächlich ..., oder ob Sie vielleicht doch ... Was ist mit der Frage nach dem Anmelder einer Versammlung, nach der Klärung, findet hier ..., soll hier eine Versammlung stattfinden oder nicht? Sie haben das ja für die anderen Finger berichtet, dass Sie das durchaus, also dass Sie die aufgestoppt haben und genau diese Frage geklärt haben und nachdem es dann einen Anmelder gab, konnte weitergelaufen werden. Das wäre mein erster Punkt, das habe ich einfach noch nicht nachvollziehen können.

Dann der zweite Punkt. Also in der Gruppe befand sich ja, das weiß man ja im Nachhinein, zum Beispiel eine Gruppe der ver.di-Jugend Bonn, die mit einem eigenen Megafon, von zwei Frauen mitgeführt, die auch jeweils, so wie sie, wie die Frauen das aussagen, sich auf G20-kritische Durchsagen beschränkt haben. Also konnten Sie die wahrnehmen? Waren die erkennbar in dieser Gruppe? Das ist sozusagen die eine Frage. Und die andere Frage, die ich habe, ist Ihnen, also haben Sie auch wahrgenommen, dass es zum Beispiel bei dem Demolieren der Bushaltestellen deutlichen, wie soll ich sagen, Protest oder Widerstand aus dieser Gruppe gab, dass die Leute zurechtgewiesen wurden unter dem Motto, lasst das, also nicht in diesen netten Worten, glaube ich, sondern noch anders. Konnten Sie solche unterschiedlichen Bewegungen in dieser Gruppe feststellen? So weit erst einmal.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also das Bild, was wir bisher an der Stelle und jetzt aus der Schilderung von Herrn Hieber haben, ist ja, dass sich dieser Finger schon dadurch von den anderen unterschied, dass er in einer geschlossenen gemeinsamen Formation unterwegs war, von der von Anfang an Straftaten ausgingen, von Anfang an teilvermummt, immer stärker sich vermummend, Bewaffnung aufnehmend, Straftaten begehend und das schon sehr prägend war, auch die Zahl, dass ... Also es ist ja auch nicht anschließend nur vereinzelt Vermummungsmaterial und Bewaffnung gefunden worden, sondern schon sehr, sehr umfangreich, sodass wir zu keinem Zeitpunkt den Eindruck hatten, hier handelt es sich um eine friedliche

und das heißt grundrechtlich geschützte Versammlung, sondern um eine gemeinsam sich bewegende militante Gruppe. Und dann wird natürlich ..., entsteht der Grundrechtsschutz auch nicht durch das Tragen eines Transparentes. Das ist sozusagen das Bild, was wir jetzt an der Stelle haben, aber noch besser oder ergänzend vielleicht Herr Hieber.

Jan Hieber: Ja, ich will es gern versuchen, das noch darzustellen und Ihre Fragen zu beantworten. Also tatsächlich muss ich aber sagen, um auf das zu kommen, was ich eingangs gesagt hatte, genau diese Fragen sind natürlich auch Gegenstand eines laufenden gerichtlichen Verfahrens, in dem geklärt werden soll zur rechtlichen Bewertung, genau, wie Sie das auch sagen, wo waren bestimmte Unterschiede zu sehen und Ähnliches. Ich kann das leider im Detail wirklich nicht tun, da fühle ich mich auch gebunden an den Schutz sozusagen des Verfahrens und auch an den Respekt dann natürlich vor dem Gericht.

Aber was ich vielleicht sagen kann, ist, dass der Hundertschaftsführer der Blumberger, der auch ausgesagt hat schon in einer öffentlichen Verhandlung, sich da sehr klar geäußert hat und gesagt hat, der Eindruck, den er hatte von dieser Gruppe, war, dass die ganz klar entschlossen waren, die Konfrontation mit der Polizei zu suchen. Und das hat sich ja sofort aus deren Sicht auch bewahrheitet, also sie haben einmal ja die Einsatzkräfte aus Eutin sofort ohne Vorwarnung oder eine, ich sage einmal, wie auch immer geartete Provokation, die wollten gerade ihre Schutzausrüstung anziehen, die Kollegen, die waren ja nicht einmal aufgestellt sozusagen, die haben auch die Straße nicht gesperrt, sondern die haben als Kolonne abgeparkt und erst einmal versucht, überhaupt sich da ins Spiel zu bringen, wenn ich das einmal so ausdrücken darf, und die wurden sofort beworfen. Und dann stand die Einheit Blumberg ja einer, wie gesagt, geschlossen dicht Reihe an Reihe gefassten Formation gegenüber, die alle schwarz ver mummt waren und auch wirkten so in dem Augenblick. Natürlich kann man, wenn man diese Videos stundenlang, das gebe ich durchaus zu, anguckt, auch sehen, da gibt es auch einmal jemanden, der trägt eine Bluejeans und da ist auch einmal jemand nicht ver mummt. Das ist richtig. Das will ich aber nicht weiter ausführen, weil das tatsächlich dann Gegenstand auch der Beweiserhebung ist. Aber dann war ja, wie gesagt, dieser Eindruck der geschlossenen, völlig ver mummten Masse dieses Schwarzen Blocks das eine und das andere, es sind sofort Steine geflogen, es sind sofort pyrotechnische Gegenstände geflogen. Und da reden wir ja auch von illegaler Pyrotechnik, also das macht erhebliche Schäden gegebenenfalls auch im Gehör und ähnliche Dinge. Das ist natürlich keine schöne Situation und es ist wahrscheinlich, also so schätze ich das ein, dass ich Schwierigkeiten hätte, dort dann nach einem Anmelder zu fragen und zu klären, ob wir uns einmal über Versammlungsrecht unterhalten können jetzt. Denn tatsächlich ist meine Einschätzung, und dazu habe ich mich ja auch schon öffentlich geäußert, dass wir es hier eben nicht mit einer Versammlung im Sinne des Grundgesetzes zu tun hatten, sondern mit einer gewalttätigen Menge, ich habe das auch zugespitzt einmal als ein gewalttätiger Mob. Und dazu stehe ich dann auch. Das ist der Eindruck, der dort, glaube ich, den Kollegen entstanden ist.

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass natürlich jetzt im Laufe der weiteren Ermittlungen, wenn man sich das Beweismaterial anguckt, auch ein differenzierterer Eindruck entsteht. Das ist gar keine Frage. Das sieht man dann auch später, wenn man sich natürlich die festgenommenen Personen anguckt, das sind ja nicht alles, sage ich einmal, hochkriminelle Extremisten, sondern das sind ganz, ganz ..., das ist auch durchaus eine heterogene Veranstaltung. Aber es ist in dem Augenblick, in dem es darum geht, Kontakt und Fühlung aufzunehmen zu dem Block, natürlich überhaupt nicht erkennbar. Und ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt weitere Dinge, also wie die sich zusammengesetzt haben und ähnliche Dinge, die natürlich Gegenstand der Ermittlungen und der Beweiserhebung vor Gericht sind, leider jetzt nicht hier ausbreiten kann.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, ich habe nicht gemeint, dass Sie in dem Moment, wo es sozusagen eine eskalierende oder schon eskalierte Situation gegeben hat, dass Sie da einmal freundlich fragen, so, wie Sie das eben dargestellt haben, dass Sie da einmal freundlich fragen sollen, ob es vielleicht hier eine Versammlung ist oder so. Das war nicht meine Intention. Sie haben, nach dem, was man im EPSweb nachverfolgen konnte in den Unterlagen, ja über eine halbe Stunde lang schon sozusagen den Weg dieser und das sich Weiterentwickeln dieser Versammlung überprüft. Also ich ... Meine Frage hat darauf hingezielt, dass in einer Situation, die noch ... Also hätte es eine Situation gegeben im Nachhinein, wo es sozusagen aus Ihrer Sicht, in Anführungsstrichen, verantwortbar gewesen wäre, diese Frage zu stellen, ist das hier eine Versammlung und soll die angemeldet werden? Das wollte ich gefragt haben. Aber sonst vielen Dank, habe ich die Ausführungen ... Also, es ist klar, Sie können nur das sagen, was Sie hier sagen können.

Vorsitzender: Okay. Frau Friederichs.

Abg. Martina Friederichs: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte noch einmal auf die verschiedenfarbigen Finger eingehen und würde gern wissen, inwieweit bekannt war, dass diese vier Finger entstehen, ob Sie dazu was sagen können. Der Polizeipräsident hatte gesagt, dass die Finger grundsätzlich da erwartet wurden an bestimmten Orten, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die eben nicht permanent begleitet wurden. Das ist im Unterschied, haben wir ja erfahren, zum schwarzen Finger der Fall gewesen. Und inwieweit man dann vor Ort oder vorab die Unterscheidung treffen konnte, das würde mich interessieren und ob das halt ganz schnell ging oder ob man bestimmte Erwartungen schon in der Nacht treffen konnte, mit welcher Gewalt man an manchen Stellen rechnen konnte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Also vielleicht noch einmal vorweg, es gibt heute ein etwas anderes erweitertes Bild zur Gesamtsituation, was aber dann erst eine Rolle spielt, wenn wir zum Thema Elbchaussee kommen. Also man darf jetzt nicht im alten Denken bleiben. Was aber im alten Denken ist in dem, was Sie auch wahrscheinlich nachgelesen haben, es gab relativ dezidierte Hinweise auf die verschiedenen Finger, die teilweise aus dem Camp am Vorhornweg losgegangen sind, die sich durch ihre Kleidung tatsächlich farblich so unterschieden haben voneinander, für die es, je nachdem, ob sie im Camp losgegangen sind oder ob sie im Hafen entstanden sind, keinerlei Grundannahme von der Lageeinschätzung gab, dass sie dort, wo sie losgehen, Gewalt ausüben, Schaden anrichten. So hat man sich aufgrund der Gesamtkomplexität des Einsatzes, die Messe zu schützen, ganz viele Kräfte zu brauchen für Objektschutz, hat man sich dafür entschieden, diese Finger grundsätzlich in der Nähe des Korridors zu erwarten, weil, dort war eigentlich mit ihren Blockaden zu rechnen, dort war eigentlich nach ihren Planungen mit Aktionen zu rechnen gegen jedwede den Gipfel bezogene Örtlichkeit oder Aktivität. Wenn es nicht diesen einen Hinweis gegeben hätte auf den militantesten Teil der Szene am Bahnhof Stellingen, hätte man dort am Bahnhof Stellingen auch niemanden postieren müssen, sondern man hätte auch dort das Prinzip des ..., wir erwarten die Teilnehmer dort, wo es sozusagen für den Gipfel relevant wird, am Korridor, hätte man dem folgen können. Es gab aber diesen Hinweis. Ob jetzt diese Gruppe, die diesen Hinweis ausgemacht hat, jemals am Bahnhof Stellingen angekommen ist, können wir nicht sagen. Auf jeden Fall hat es einen einzigen Finger gegeben, von dem wir gerade berichtet haben, der in einer ganz anderen Militanz aufgetreten ist und mit dieser Ausrüstung aufgetreten ist im Gegensatz zu den anderen Fingern. Die anderen Finger haben sich störungsfrei verhalten bis sie auf Polizeikräfte in der Nähe des Korridors jeweils getroffen sind, die sie dann ange-

sprochen haben, um zu klären, ob sie einen Leiter haben ihrer Versammlung, weil sie erst einmal optisch durchaus ein Bild geboten haben, wo man von einem Aufzug ausgehen konnte. Und dann ist es zu unterschiedlichen Situationen gekommen. Teilweise hat man versucht, die Polizeikräfte zu überrennen, was den grünen Finger angeht, und der blaue Finger war auch nicht ganz ohne, um dann quasi aber doch im einigermaßen, ja, Geordneten weiterzugehen, so wie Herr Dudde das erklärt hat.

Es gibt also einen Unterschied zwischen allen anderen Fingern, dem Rondenbarg-Finger und dem, was wir dann noch für die Elbchaussee, dem besonders militanten Bereich, hören werden.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ja, nachdem wir ja bisher in diesem Ausschuss uns eigentlich in erster Linie um das Sicherheitskonzept, Einsatzstrategie der Polizei und Ähnliches gekümmert haben, und das auch sicherlich zu Recht, finde ich es doch, ist es jetzt langsam der richtige Zeitpunkt, und das ging ja eben aus Ihren Schilderungen auch schon vor, sich auch mit dem zu befassen, was ja auch Teil unseres Auftrages ist, nämlich der ganzheitlichen Betrachtung von Tat, Täter und Unterstützungsstrukturen. Das heißt, uns interessiert ja nicht nur immer das, was auf der Seite der Polizei passiert ist, sondern auch das, was eigentlich auf der anderen Seite passiert ist. Und da habe ich eine Nachfrage zu dem, was Sie gesagt haben seitens des Senates. Ich habe das so verstanden, dass der Großteil der Leute, die in dem Rondenbarg beteiligt waren, alle aus dem Camp am Vorhornweg kamen. Und da würde mich interessieren, inwieweit die Polizei Kenntnis hatte, welche Personen mit welchem Hintergrund, mit welchem Potenzial, auch mit welchem zerstörerischen Potenzial, sich dort in diesem Camp aufgehalten haben. – Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Zur Frage, welche Erkenntnisse wir, bevor es zu diesen Ereignissen kam, zu denjenigen, die sich im Camp Vorhornweg aufgehalten haben, könnte vermutlich einmal Herr Hieber, aber wahrscheinlich auch dann Herr Voß was sagen. Ich weiß nicht, wer zuerst ... Vielleicht starten wir einmal mit Herrn Voß.

Torsten Voß: Ja, also die ... Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Die Erkenntnisse haben wir ja schon umfangreich in den vorherigen Ausschüssen, was das Camp betrifft, beleuchtet. Wir hatten aber natürlich genau die Kenntnisse, die die Polizei auch, wie schon dargestellt, in der Einsatzplanung genauso umgestellt wurde, wir hatten nämlich die Kenntnisse, dass insgesamt mindestens drei oder vier Finger aus dem Camp starten wollten. Und wir hatten eben weiter die Kenntnisse, aber das ist eben auch deutlich geworden, dass der militanteste Teil, eben 1 000 Autonome, sich im Bereich Stellingen treffen wollte. Und dann hatten wir eben noch weitere Erkenntnisse aus dem Camp, dass weitere Finger sich in dem Bereich Hamburg, Berliner Tor, Veddel treffen wollten, aber nicht aus dem Camp losgehen wollten. Also es ist so eingetreten, wie wir es prognostiziert haben, das war schon der Verabredungsort für die Aktionen für den 7. Juli, startend aus dem Camp, aber auch offensichtlich, ich sage einmal, Verbindungsbeamte aus der autonomen Szene, die dann in anderen Bereichen Hamburgs starten wollten, was die Verabredung der Blockade in Hamburg anging.

Senator Andy Grote: Können wir das noch ergänzen? Ich erinnere mich aus vorangegangenen Sitzungen, dass wir die Personen aus dem Sonderzug aus der Schweiz dem Camp deutlich zuordnen konnten und auch andere einzelne Gruppierungen mit einem gewissen Militanzgraden im Zelt verortet werden können. Herr Hieber vielleicht.

Jan Hieber: Also tatsächlich haben wir über dieses Thema schon gesprochen, deshalb kann ich hier noch einmal zurückgreifen auf das, was ich mir da notiert hatte. Also zunächst einmal global völlig richtig, was Herr Voß sagte. Es wurde uns aus verschiedenen Quellen, unter anderem auch vom LfV, mitgeteilt, dass dort unterschiedliche Protestformen sich realisieren sollten, darunter auch ausdrücklich militante Gewaltanwendungen. Ein Thema war, dass man eine Anlaufstelle sein wollte für Aktivisten, insbesondere natürlich auch ausländische. Und das, haben wir ja gerade eben jetzt auch gehört, wurde ja auch so in dieser Form genau umgesetzt.

Den Sonderzug aus Basel hatten wir angesprochen. Von 630 Personen, die etwa angekommen sind in Hamburg, haben sich 500 geschlossen in das Camp Vorhornweg begeben. Also es ging darum, sich mit lokalen linksextremistischen Aktivisten zu vernetzen, um dann sozusagen den Protest in unterschiedlichen Formen auf die Straße zu bringen.

Grundsätzlich ist ja die Finger-Taktik eine Form, das war ja auch Tag des zivilen Ungehorsams, so war es ja eigentlich gedacht, hatte ja als Ziel eigentlich, in Verbotszonen zu gelangen und dort beispielsweise mit Sitzblockaden dann sehr pressewirksam Polizeikräfte zu binden, die die dann mühsam dort entfernen müssen. Und, wenn ich das einmal so sagen darf, der Witz an dieser Finger-Taktik ist ja das Umfließen, dieses Unkontrollierbarseins für Polizeikräfte, die immer in Bewegung halten, immer wieder neue Routen wählen, wenn man auf Polizeikräfte trifft, entweder die Linien durchbrechen oder sich weiter aufteilen bis die Linien zu schwach sind und man dann sozusagen zum Ort des Geschehens kommt, wo man eigentlich hinmöchte. Das ist eigentlich die Taktik. Und massive Militanz, so in der Form, wie wir sie vom schwarzen Finger gesehen haben, ist eigentlich untypisch, allerdings ermöglicht diese Fingertaktik grundsätzlich immer wieder, ob man das nun in Kauf nimmt oder auch möchte, militanten Gruppen, im Umfeld zu agieren, das heißt, die sind dann in der Regel schwarz gekleidet unterwegs, können aber immer wieder in diese Finger einsickern, sich umziehen und dann auch durchaus unter dem Schutz des Versammlungsrechtes auch aussickern. Das ist so der Grundsatz.

Zu dem Camp selbst, während das Ganze lief, hat ja die Polizei nur von außen sozusagen draufgucken können. Wir hatten keinerlei konkrete Anhaltspunkte, auch das ist hier schon diskutiert worden, die gerechtfertigt hätten, dass man ins Camp hineingeht, Durchsuchungen macht, Personenüberprüfungen oder Ähnliches. Es hat ums Camp herum Personenüberprüfungen gegeben. Ich kann noch einmal ganz kurz draufschauen. Also von 880 polizeilich überprüften Personen, die aus dem Camp kamen oder Bezug hatten zum Camp, hatten 177 einschlägige polizeiliche Vorerkenntnisse aus dem Bereich PMK-links. Das macht natürlich schon deutlich den Charakter, der hier mehrfach angesprochen wurde. So weit vielleicht?

Vorsitzender: Eine Nachfrage von Herrn Jarchow? Ach so, waren Sie fertig? – Ja. Dann Herr Jarchow, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Hatte sich jetzt erledigt, nachdem Herr Hieber noch die Ausführungen gemacht hat.

Vorsitzender: Alles klar. Herr Lenders, bitte.

Abg. Joachim Lenders: Ja, vielen Dank. Die Gewaltbereitschaft, die ja aus diesen einzelnen Fingern, vor allem von dem schwarzen Finger, ausgegangen ist, ist ja noch einmal hier eben sehr deutlich dokumentiert worden anhand der Fotos, was dort alles an Gegenständen mitgebracht worden ist. Das sind ja, ich will es einmal so formulieren, zumindest aus dem schwarzen Finger heraus nicht unbedingt nur ziviler Ungehorsam, der dort das Umfließen von bestimmten Polizeiabsperrungen zur Folge hatte, sondern eine ganz klare Gewaltmilitanz, die in ihrer Brutalität nicht zu überbieten war. Was mich an dieser Stelle einfach noch

einmal interessiert, die verschiedenen Finger, ich habe verstanden, die polizeitaktische Vorgehensweise war, sie zu erwarten in dem erwarteten Bereich, wo sie dann letztendlich ein-treffen wollen, das heißt, die Polizeitaktik nicht so aufzustellen, sie vom Camp aus zu beglei-ten, sondern sie da zu erwarten, wo sie vermutlich dann, ich sage einmal, enden werden. Ich unterstelle oder vermute aber, dass ja an dem Camp auch zivile Aufklärung der Polizei un-abhängig von einer massiven Begleitung eines solchen Fingers an diesen Fingern dran ge-wesen ist, um möglicherweise den Kontrollverlust, ob er denn entsteht oder nicht, aus diesen Fingern zu beobachten, weil, es ist letztendlich ja nicht gewährleistet, dass er auch tatsäch-lich dort ankommt, wo man ihn erwartet hat, insbesondere zu dem Aspekt, zu dem wir ja später noch kommen werden, Elbchaussee, auch Lageerkenntnisse zu gewinnen, ob aus diesen Fingern heraus, ich unterstelle einmal, die sind nicht verumumt im Camp losgegan-gen, weil, dann hätte die Polizei sie nicht laufen lassen, sondern die Frage, wo sie sich dann umgezogen haben, wo sie sich verumumt haben, wo sie die entsprechenden Gegenstände aufgenommen haben, wie dort die Lageerkenntnis gewesen ist und ob sie dort, ich sage einmal, seitens der Polizei observiert oder beobachtet worden sind. Wenn ich es richtig vor-hin verstanden habe, ich glaube Herr Hieber hat die Ausführungen gemacht, dann haben wir ja im Rondenbarg insgesamt 55 Personen, die hinterher zugeführt worden sind wegen des Verdachts der Straftat des schweren Landfriedensbruches, und wenn ich Sie richtig verstan-den habe, sind 14 durch das Beklettern oder Aufklettern auf dieses Gerüst verletzt worden, die dann ins Krankenhaus kamen. Diese 14 Personen, 11 hätten sich selbst entlassen, wenn ich es richtig im Kopf habe, gehe ich davon aus, dass sie aber, alle 14, ja auch im Verdacht standen, eine schwere Straftat, einen schweren Landfriedensbruch begangen zu haben. Frage von mir nur: Sind diese Personen hinterher, nach dem Krankenhausaufenthalt, weil, Sie sprachen davon, selbst zu entlassen, sind die ..., ist dort nicht der Versuch gemacht worden, diese zuzuführen? Und dabei will ich es erst einmal bewenden lassen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Zu dem ersten Teil der Frage, das kann man, glaube ich, kurz bestäti-gen. Es ist genauso, wie Sie es dargestellt haben. Wenn wir sagen, wir haben uns denen nicht von Anfang an jetzt mit geschlossenen Einheiten entgegengestellt, auch aus, glaube ich, nachvollziehbaren taktischen Gründen, heißt es natürlich nicht, dass die unbeobachtet in der Gegend herumgelaufen sind, sondern natürlich durch Aufklärung begleitet wurden. Man wusste, wo sie sind und was sie machen, und dadurch ist ja auch dann frühzeitig aufgefallen, dass der schwarze Finger, der dann am Rondenbarg gestoppt wurde, sich eben anders ver-hält, abweichend verhält und darauf ist ja auch polizeilich reagiert worden.

Zum zweiten Teil, wie ist insgesamt vielleicht mit den Personen im Kontext Rondenbarg in der weiteren Strafverfolgung umgegangen worden, auch speziell noch einmal die, die dann zwischenzeitlich im Krankenhaus behandelt wurden, Herr Hieber.

Jan Hieber: Vielleicht noch einmal die Darstellung, sag ich 'mal. Ich war nicht vor Ort, aber ich habe natürlich diese Situation begleitet aus dem Einsatzabschnitt Kriminalpolizeiliche Maßnahmen heraus. Und das stellt sich dann natürlich so dar, dass dann ein leitender Notarzt dort vor Ort ist. Da wird ja ein, sag ich 'mal, die Rettungskräfte, das ist nicht nur ein einzelner RTW, sondern das ist ja ein Massenansturm von Verletzten an der Stelle gewesen. Es war ja von vornherein noch gar nicht klar, wie viele sich genau verletzt hatten. Und wenn der Arzt dort vor Ort, dann der leitende Arzt feststellt, es ist keine Verwahrfähigkeit gegeben, dann besteht noch die Möglichkeit, gegebenenfalls ins Krankenhaus zu begleiten und zu bewachen, aber das ist in der Situation dann nicht möglich gewesen, weil eben das entsprechend Kräfte gebunden hätte. Ich glaube, ich muss das jetzt nicht näher ausführen, aber man kann sich ungefähr vorstellen, bei 14, die auf verschiedene Krankenhäuser verteilt

werden, hätten wir, wären wir nicht mit ein oder zwei Zügen, glaube ich, ausgekommen, die da unterstützt hätten. Die standen in dem Augenblick nicht zur Verfügung. Die Identitäten standen fest. Und damit, sag ich 'mal, mussten wir entsprechend mit dieser Entscheidung des leitenden Arztes umgehen.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Vielen Dank. Ich habe selbst auch zwei Fragen. Sie hatten vorhin dargestellt, Herr Hieber, dass, als es zu diesem Zusammenstoß dann am Rondenbarg selbst gekommen ist, die Polizei dann auf die Demonstranten, nenne ich sie jetzt erst einmal, oder Straftäter besser zugerückt ist, um diejenigen, die die Polizei angegriffen hatten, festzunehmen. Was war vor diesem Angriff – gab es ja auch schon einen Angriff auf eine andere Hundertschaft, hatten Sie dargestellt, und andere Straftaten, die von der Gruppe ausgegangen ist –, was war vor diesem Angriff der Auftrag oder das Konzept der Polizei, wie man mit dieser Gruppe umgeht? Und wer hat letztendlich die Entscheidung getroffen? Also es gab ja vorher schon einen Angriff der Polizei. Dann sind die in den Rondenbarg hineingegangen. Dann gab es einen erneuten Angriff. Dann hat man zugegriffen. Aber es war vorher der Angriff. Und wann ist die Entscheidung getroffen worden und von wem?

Senator Andy Grote: Da wäre, glaube ich, Hartmut Dudde derjenige, der das besser beantworten kann.

Hartmut Dudde: Also wie schon ausgeführt, die haben sich von Anfang an komplett anders verhalten, als Straftäter gezeigt. Insofern ging an die EA Eingreifkräfte, Auftragstaktik der Auftrag, grob anhalten, aufstoppen und Straftaten beenden. Und das ist dann über den EA Eingreifkräfte durch Herrn Grossmann und dann namentlich eben durch den betroffenen Hundertschaftsführer durchgesetzt worden vor Ort, der dann auch die taktische Entscheidung treffen muss, wie mache ich das, wo mache ich das und wie kann ich es beenden.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Und dann als Nachfrage. Also der Anlass, dann sofort hinaufzugehen, war, dass in dem Augenblick, wo man aufgestockt hat, man wieder angegriffen worden ist von den Demonstranten. Habe ich das richtig verstanden? Weil, Herr Hieber hatte dann auch von den 15 Sekunden gesprochen. Ich nehme einmal an, das wissen Sie anhand der Videoaufzeichnungen, wie das genau war, aber (...).

Senator Andy Grote: Herr Dudde und möglicherweise zu den 15 Sekunden noch einmal Herr Hieber dann ergänzend.

Hartmut Dudde: Nur von der polizeilichen Taktik, die wir in jeder Situation so machen würden. Wenn ich mich einem Straftäter annähere und ich werde beworfen, dann hat Stehenbleiben keinen Sinn, weil, dann werde ich getroffen. Man kann dann nur die Steinwürfe unterlaufen. Das heißt, man muss an die Störer ran. Und genau das haben die Blumberger sozusagen sofort umgesetzt.

Jan Hieber: Vielleicht als Ergänzung noch, warum haben diese 15 Sekunden abgewartet. Nach meinem Eindruck war das einfach notwendig, weil die ihre Fahrzeuge komplett verlassen mussten und sich einmal sammeln mussten. Das hätte natürlich wenig, wenn ich das so sagen darf, Sinn ergeben, wenn jetzt zwei, drei nach vorn gelaufen wären. Das wäre dann nicht das polizeiliche Vorgehen gewesen, sondern man wollte ja geschlossen das als Formation sozusagen dann auch eingreifen.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Das habe ich verstanden. Danke. Zweite Frage: Haben Sie vorher, weil es ja vorher auch schon einen Angriff auf Polizeibeamte gab, gesehen, dass sich Teile von Demonstranten, nenne ich sie jetzt einmal, aus der Gruppe der Straftäter abgesondert haben, also diese verlassen haben, oder ist so was nicht beobachtet worden

oder können Sie das nicht beantworten, weil es Gegenstand von gerichtlichen Verfahren noch ist?

Senator Andy Grote: Haben wir dazu Erkenntnisse? Herr Hieber?

Jan Hieber: Sie haben völlig Recht. Das ist Gegenstand von gerichtlichen Verfahren. Ich kann Ihnen nur eine Sache schildern, die für mich sehr eindrucksvoll war. Der leitende Oberstaatsanwalt in der Gefangenenensammelstelle hat sich dieses Video angeschaut und hat dann sehr deutlich gemacht, dass sozusagen in dem Augenblick, als der Bewurf erkennbar wurde – und zu dem Zeitpunkt war eigentlich dieser erste Angriff noch gar nicht aktenkundig und klar, das hat sich erst später ergeben –, dass jeder, der sich dort nicht entfernt hatte, sozusagen nach seiner Auffassung Verdacht des schweren Landfriedensbruchs, gemeinschaftlich begangen, im Raum stehen würde, aber das ist jetzt wie gesagt einerseits eine tatsächliche Frage, die in der Beweiserhebung geklärt wird, aber, ich glaube auch, eine schwierige rechtliche Frage, die durch Gerichte geklärt werden muss.

Vorsitzender/Abg. Milan Pein: Mir ging es auch vielmehr um die Frage, ob sich Personen, die dort sich in einem gewalttätigen Aufzug wiederfinden und das vielleicht nicht beabsichtigt haben, sich dann von dieser Gruppe entfernen, nachdem sie feststellen, dass diese Gewalttaten verübt, aber die Antwort habe ich verstanden, ja.

Jan Hieber: Vielleicht nur noch einmal als Ergänzung, weil das ja doch wichtig ist. Die Aufklärer hatten in der ganzen Zeit die Wahrnehmung, dass das eine geschlossene Formation war, dass es auch keinen Zulauf gab und keinen Abfluss, sondern nur diejenigen, die sozusagen Gegenaufklärung betrieben haben – deshalb habe ich das hier auch so dargestellt –, die Gruppe verlassen haben und wieder zurückgekommen sind.

Senator Andy Grote: Aber wenn ich das einmal ergänzen darf, die Frage ist natürlich schon naheliegend, weil, wenn wir uns jetzt damit beschäftigen, hat es innerhalb dieser Gesamtgruppe vielleicht Untergruppen gegeben, die gar nicht hätten militant sein wollen, dann drängt sich bei dem Gesamtablauf schon der Eindruck auf, dass, nachdem etwa eine halbe Stunde vergangen war, mit fortgesetzter Begehung von Straftaten es durchaus Gelegenheit gegeben hätte, sich aus dieser Gruppe zu entfernen. Wer sich zum Zeitpunkt des Zusammenstoßes mit der Einheit Blumberg noch in diesem Block befand, der konnte keinen Zweifel mehr darüber haben, welchen Gesamtcharakter diese Gruppierung hat und in welcher Weise man dort auch in die Konfrontation mit Polizeikräften hineingehen wollte. Also die Argumentation, wir waren eigentlich mit dem gewalttätigen Verlauf gar nicht einverstanden und konnten uns nur innerhalb der Gruppe nicht durchsetzen, ist nicht ohne Weiteres plausibel, wenn man sich den Gesamtverlauf anguckt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Schumacher?

Abg. Sören Schumacher: In der Tat beschäftigen wir uns heute mit einem Bereich, den sehr viele Hamburger und Hamburgerinnen interessiert, wo auch sehr, sehr viel Unverständnis ist, wie ein solches Geschehen hier in Hamburg ... Und wir kommen ja im Laufe des Tages, nicht des Tages, sondern des Abends dann zur Elbchaussee. Und man kann hier wahrlich nicht von einem Tag des zivilen Ungehorsams sprechen, sondern hier wurde ja noch einmal eindrucksvoll geschildert, dass der schwarze Finger – ist ja auch ein niedlicher Begriff eigentlich – nur ein Ziel hatte, schon von Beginn an aus dem Vorhornweg heraus Straftaten zu begehen und eben nicht, so wie vermutet worden ist, bei der Fingertaktik, die Sie dargestellt haben, an bestimmten Zielen Aktionen oder so was Ähnliches durchzuführen.

Ich habe aber noch einmal eine Frage, weil Herr Voß ja das eben einmal erwähnt hat, dass man Erkenntnisse hatte, dass es einen Sammelpunkt wohl in Stellingen geben sollte, wo

sich Gewalttäter treffen. Ist man davon ausgegangen, dass sie eben aus dem Vorhornweg dann nach Stellingen kommen, oder gab es da erst einmal keinen Zusammenhang? Konnte man den vorher herstellen oder erst jetzt aus der Retrospektive? Und mich interessiert auch noch einmal – vielleicht können Sie das einmal noch einmal sagen, das ist ja schon auch jetzt wieder länger her –, um wie viel Personen es sich insgesamt eigentlich handelte, die mit allen Fingerfarben aus dem Camp losmarschiert sind, weil die 200 schwarzer Finger, die haben wir jetzt sehr präsent, aber wenn ich das richtig ... Ich habe jetzt nicht mit addiert, aber es ist ja doch eine enorme Zahl an Personen, die sich morgens um 6 auf den Weg gemacht hat.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Also der Hinweis aus dem Bereich des Verfassungsschutzes, der militanteste Teil trifft sich in Stellingen, ist sozusagen, der steht erst einmal so für sich. Wir können höchstens Herrn Hieber noch einmal fragen, ob wir da drumherum noch weitere Erkenntnisse also aus den Ermittlungen jetzt haben.

Jan Hieber: Also wir haben keine belegbaren Erkenntnisse, was die genaue Intention dieses schwarzen Fingers oder Schwarzen Blocks war, wo sie hinwollten. Wir dürfen natürlich davon ausgehen ... Vielleicht können wir die Karte noch einmal zeigen. Ich kann das ja selbst machen, glaube ich, genau. Ich glaube, dass sie keine Intention hatten, im Rondenbarg sozusagen – wie soll ich das sagen? – auf Polizei zu treffen und dort dann zerstreut zu werden. Es besteht eine Hypothese – so will ich sie einmal nennen –, die ich für belastbar halte, dass dieser schwarze Finger tatsächlich das Ziel Stellingen hatte.

Wenn man einmal schaut auf den Weg, hatte er einen anderen Weg genommen als die anderen Finger. Und tatsächlich wäre es so gewesen, dass er zum S-Bahnhof Stellingen – ich hoffe, das können Sie da oben erkennen – hingekommen wäre durch kurzes Einbiegen auf der Schnackenburgallee und dann einen kurzen Weg, den inoffiziell genannten Uwe-Seeler-Weg, den kennt man vielleicht –, der zur Lederkehre, also zum S-Bahnhof Stellingen führt. Wenn wir uns jetzt vorstellen, dass dieser Aufzug oder diese Gruppe planmäßig Gegenaufklärung betrieben hat, dann dürfen wir davon ausgehen, dass die Aufklärer gemeldet haben, dass dort starke Polizeikräfte eines USK Bayern am S-Bahnhof Stellingen stehen.

Wenn wir einmal auf die Zeitabläufe gucken ... Ich erlaube mir jetzt einfach einmal, das weiterzuspinnen, weil wir schon einmal diese Frage hatten, was ist denn mit dieser komischen Durchsage, die jetzt im Augenblick durch die Medien geistert. Um 6 Uhr sind die losgegangen. Dann kommen sie dort über die Sylvesterallee und biegen in die Schnackenburgallee ein spätestens zu diesem Zeitpunkt, sag ich 'mal, zehn Minuten nach sechs. Wenn man sich das ungefähr so vorstellt, vielleicht ein, zwei Minuten auch länger, kommt dann diese Information, Stellingen geht nicht. Kann man sich ja gut vorstellen, dass dort dann eine Durchsage erfolgt ist, Treffpunkt ist Bahnhof Altona. Das ist Gegenstand einer EPSweb-Meldung von 6.18 Uhr gewesen, die ja jetzt auch möglicherweise dann noch im weiteren Verlauf Gegenstand der Nachfragen wird.

Wir wissen, die haben ein Megafon bei sich geführt, und das haben wir sichergestellt. Also in dieser Meldung um 6.18 Uhr wird ausgeführt, aus einer Gruppe Vermummter, die Durchsage, nächster Treffpunkt Bahnhof Altona. Dazu muss man wissen, dass eine Meldung des LfV auch sagte, es gibt noch weitere mögliche Treffpunkte. Ich kann das noch einmal vielleicht vorlesen. Ich versuche einmal, das jetzt hier zu finden. Einen Augenblick. Gelingt mir jetzt gerade nicht optimal. Da ist die Meldung, der militanteste Teil der Szene trifft sich am S-Bahnhof Stellingen. Es gibt aber auch noch diverse weitere Treffpunkte, die genannt

werden. Das sind, glaube ich, sechs an der Zahl, Wilhelmsburg, Veddel und so weiter, aber auch Bahnhof Altona.

Senator Andy Grote: Herr Hieber, ganz kurz. Herr Voß kann da kurz ergänzen.

Torsten Voß: Also um das ganz deutlich zu machen, in dem Camp ... Die Informationen, die wir bekommen haben, sind alles Informationen, die wir aus dem Camp generiert haben, und zwar ist es sehr konkret gewesen. Und Sie können es auch ... Ich habe es nicht ganz mit kopiert. Ich meine, es ist Meldung 109. Das ist bei Ihnen in den Ordnern in so einem Verfassungsschutzordner. Also wir haben Hinweise bekommen, dass sich vier Finger nördlich der Elbe und vier Finger südlich der Elbe treffen wollen beziehungsweise da hingehen wollen. Wir haben ganz konkret Hinweise aus dem Camp, dass ein blauer Finger ab Camp Volkspark 5.30 Uhr startet, dass ein grüner Finger um 5.30 Uhr aus dem Camp Volkspark startet, dass 600 Aktivisten, süddeutsche Aktivisten dabei sind. Das Ziel ist hier nördlich der Messehallen. Wir haben ergänzende Informationen, dass ein lila Finger, der queerfeministische Finger, der schon dargestellt wurde und auch da oben Landungsbrücken dazustoßen möchte. Dann haben wir einen zweiten roten Finger. Der Start war Berliner Tor geplant.

(Zuruf)

Das hat Herr Dudde dargestellt. Lauter. Das hat Herr Dudde dargestellt. Dann haben wir den Hinweis auf südlich der Elbe, einen roten Finger, Camp Volkspark, Start 5.30 Uhr. Dann ein grün gekleideter Finger, auch ab Camp Volkspark. Eine weitere Gruppe wollte sich Finkenwerder Straße treffen, eine andere Gruppe Roßberg. Und dann haben wir eben auch der Polizei ... Und eigentlich ist das ganz gut, weil diese Meldungen jetzt spiegelbildlich den Einsatzverlauf der Polizei widerspiegeln. Wenn Sie die Meldungen des Verfassungsschutzes hier von mir hören und Sie sich dann ansehen, wie die Kräfte der Polizei aufgestellt worden sind, dann ist das wirklich spiegelbildlich, so wie man sich das eigentlich schulmäßig vorstellt.

Wir haben Hinweise, dass eben im Camp Altona dann massiv geworben wird, sich morgens früh um 7 Uhr am S-Bahnhof Veddel mit mindestens 1 000 Teilnehmern zu treffen. Und eben – und das ist diese Meldung – der militanteste Teil der Szene wollte sich morgens um 7 am S-Bahnhof Stellingen treffen. Das sind alles Erkenntnisse, die wir aus diesem Camp ganz konkret gewonnen haben und dann dementsprechend die Polizei in die Lage versetzt haben, sich da taktisch darauf einzustellen.

Senator Andy Grote: Dann mit der Frage, ob Sie es noch weiter dann ausführen und ergänzen können, Herr Hieber.

Jan Hieber: Vielen Dank für diese Ausführungen. Ich habe mittlerweile den Zettel auch gefunden. Genau wie Herr Voß sagte, dann gibt es dort diesen Hinweis, der auch Eingang in die EPSweb-Protokolle der Polizei, also die polizeiliche Lagebewertung, gefunden hat. Der militanteste Teil der Szene trifft sich am 7. Juli 2017 um 7 Uhr am S-Bahnhof Stellingen. Und darunter direkt schließlich wurden in dem Zusammenhang folgende Treffpunkte genannt: Veddel, Altona und Hammerbrook, Wilhelmsburg, Hafen-Volxküche.

Wie gesagt, ich bin jetzt noch einmal bei dieser Hypothese. Wenn die also feststellen auf der Schnackenburgallee nach Stellingen dort, Uwe-Seeler-Weg, das geht nicht, da ist alles voll mit USK Bayern – das kennen die auch ganz gut und sagen sich wahrscheinlich, das hilft jetzt nichts, da werden wir nicht erfolgreich –, dann kann ich mir gut vorstellen, dass es diese Durchsage gegeben hat, nach der wir in der Tat noch den Urheber suchen, ein ganz normaler Vorgang im Übrigen. Das versuchen wir. Das ist ein Zeuge im Strafverfahren und so weiter. Und dann wäre der weitere Weg eigentlich plausibel in Richtung Süden runter

Richtung Altona über die Schnackenburgallee Richtung Holstenkamp, Bornkampsweg. Das vielleicht zu Ihrer Frage noch einmal, S-Bahnhof Stellingen. Aber ich komme noch einmal dazu und möchte es unterstreichen, wir wissen es nicht, wo der schwarze Finger wirklich hinwollte. Das ist eine Hypothese.

Vorsitzender: Vielen Dank. Frau Schneider? Ach so, ja, Herr Schumacher. Eine Nachfrage.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Ich möchte mich anfangs vergewissern ...

Vorsitzender: Nein, nein, Frau Schneider. Entschuldigung. Herr Schumacher hat noch eine Nachfrage. Dann sind Sie gleich dran.

Abg. Sören Schumacher: Zwei kurze, naja eine Nachfrage. Nicht dass es bei mir zu Missverständnissen kommt, hier war vorhin die Frage in dem Raum, ob am Rondenbarg die Polizei noch die Gruppe angesprochen hat, bevor es dann zum Einsatz kam, sag ich 'mal so, oder nicht. Herr Meyer sagte – das hatte ich so verstanden, vielleicht können wir das einfach noch einmal klären –, gab es jetzt eine Ansprache also quasi nach dem Anliegen der Schutzausrüstung und dem Zulaufen auf den schwarzen Finger oder setzte – so hatte ich es eigentlich erst verstanden – sofort der Steinwurf ein, sodass es überhaupt auch gar keine Möglichkeit der wie auch immer gearteten Ansprache gab. Nicht dass es hier zu Missverständnissen käme.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Dazu noch einmal Herr Hieber.

Jan Hieber: So wie Sie es gerade eben auch in den Raum gestellt haben, war es am Ende, nämlich, es setzte sofort der Bewurf ein und entsprechend war das, wie man polizeilich sagt, konkludentes Handeln, dass nicht mehr gesprochen werden konnte, sondern gehandelt wurde.

Vorsitzender: Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Vielen Dank. Ich hatte ja schon begonnen. Ich will mich gern vergewissern, weil, ich war bisher der Auffassung, dass in der Bundesrepublik Deutschland Richter die Schuld feststellen und dass man bis dahin von Beschuldigten spricht und nicht von Straftätern. Wenn ich jetzt irre, korrigieren Sie mich bitte, aber, Herr Meyer, Sie hatten ja schon auf der Pressekonferenz im Dezember, glaube ich, ständig von Tätern gesprochen und Sie sprechen jetzt ständig von Straftätern, aber Straftäter ist man erst, wenn man verurteilt wird, wenn das als Recht erkannt wird, dass sozusagen jemand eine Straftat begangen hat. Und das stellt nicht die Polizei fest. Sie können mich gern korrigieren, aber das war bisher meine Meinung.

Zweitens. Also wir haben ja relativ viel EPSweb gelesen. Und jetzt haben Sie eben berichtet – und es ist ja klar, es ist dermaßen viel, man kann leicht was überlesen –, aber Sie haben eben berichtet von dem Angriff. Ich glaube, vor Abbiegen in den Rondenbarg auf die BFE, ich glaube, Eutin ... Die haben wir nirgendwo im EPSweb gefunden. Können Sie uns die Quelle sagen? Also ich unterstelle einmal, wir können das übersehen haben, aber wir haben es auf jeden Fall nicht gefunden, während alles andere ja sehr ausführlich und wir eine sehr ausführliche Zeitlinie uns auch gemacht haben, zusammengestellt haben, um sozusagen den Weg dieses schwarzen Fingers zu verfolgen. Also da wäre ich für die Quelle dankbar.

Dann – Sie haben es ja, glaube ich, schon kurz angedeutet – will ich aber einfach nur sagen, es ist ja durchaus strittig, auch vor Gericht strittig – und das ist ja Gegenstand doch von Verfahren –, ob es sich um eine Versammlung handelt oder ob es sich nicht um eine Versammlung handelt. Ich würde einmal sagen, zum Beispiel hat ein geladener

Bundespolizist als Zeuge am 13. Februar ausgesagt, also wörtlich gesagt: "Ich hatte das Gefühl, grundsätzlich stufen wir das als Versammlung ein." Und auch Strafrechtler oder beziehungsweise Verfassungsrechtler, so der Hamburger Anwalt Herr Strate hat gesagt, dass es sich seines Erachtens bei den Geschehnissen am Rondenbarg ohne Zweifel um eine Demonstration gehandelt habe. Und der emeritierte Verfassungsrechtler Ulrich Karpen, CDU, spricht im Zusammenhang mit den Geschehnissen am Rondenbarg ebenfalls von einer Demonstration. Das will ich einfach nur sagen, dass es umstritten ist. Und da wird ja natürlich immer wieder – wie soll ich einmal sagen? – auch ein bisschen Einfluss genommen auf Verfahren.

Eine Frage habe ich, weil, es gab ja Zeuginnen-, Zeugen- und Zeuginnenaussagen auch in dem Verfahren gegen Fabio – wie heißt der? – Vettorel. Und zwei Zeugen haben dort zum Beispiel geschildert, also erstens haben von verschiedenen Sprechchören, auch Parolen, kurdischen Parolen, Forderungen, enteignet Vattenfall, und so weiter gesprochen und sie haben einen Vorfall mit einer bunt angezogenen seltsamen, mit einem blauen Tuch verummten Person, die auf dem Weg zwischen Volkspark und Rondenbarg etwas gegen eine Bushaltestelle geworfen habe, und es sei sofort eine Gruppe von Demonstrantinnen und Demonstranten dort hingelaufen, hätten auf ihn eingewirkt und gesagt, hör das auf, das machen wir nicht, und seien dann weggegangen. Und andere Zeuginnen haben gesagt, dass sie in dieser Situation über Megafon eine Ansage gemacht hat, dass der Sinn der Demonstration nicht Gewalt gegen Sachen oder die Polizei sei. Das sind Zeugenaussagen. Ich weiß nicht, ob Sie sich dazu äußern können. Vielleicht hat die Polizei das ja nicht gehört, aber vielleicht hat sie es ja doch gehört. Deswegen ist meine Frage, haben Sie das gehört und wie bewerten Sie das dann.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Zu den unterschiedlichen Fragen zunächst die Information, woher stammt die Information über die Einheit, mit der es vorher zu einem Zusammenstoß kam. Ich weiß nicht, ob wir jetzt was dazu sagen können, ob es eine EPSweb-Meldung gibt, aber die Ermittlungen, die kriminalpolizeilichen Ermittlungen stützen sich natürlich nicht nur auf EPSweb-Einträge, sondern die ziehen natürlich wesentlich mehr Material ran und können die Geschehensabläufe – das wäre ja auch erstaunlich, wenn nicht – natürlich noch ein bisschen präziser und konkreter und fundierter dann beschreiben, als es sich jetzt unmittelbar aus dem EPSweb ergibt. Aber vielleicht können wir dazu noch Konkretes sagen. Herr Hieber.

Jan Hieber: Ich kann das ja vielleicht noch einmal darstellen. Also mir ist natürlich klar, dass ich hier in dem Ausschuss versuchen muss, jetzt diesen Spagat hinzubekommen, auf der einen Seite natürlich das Verfahren zu respektieren und auch die Sachleitungsbefugnis der Staatsanwalt, aber auf der anderen Seite es auch ein Anspruchs-, ein Auskunftsinteresse sozusagen natürlich hier gibt und ich dann versuchen muss, dementsprechend dann auch Informationen zu geben.

Insofern kann ich Ihnen dazu Folgendes mitteilen: In meiner Vorbereitung auf diese Sitzung habe ich mich mit den Ermittlern unterhalten, die in diesem Fall arbeiten und sozusagen ja auch, genau wie der Senator sagte, weitergehende Erkenntnisse über das haben hinaus, was während des Einsatzes dokumentiert wurde. Soweit ich das beurteilen kann, gibt es keine Einträge über diesen Angriff auf die Einheit aus Eutin. Das, könnte ich mir vorstellen, liegt daran, weil das ungefähr ein oder zwei Minuten vorgelagert dem Ereignis ist, was dann stattfand im Rondenbarg. Und es sind recht dynamische Ereignisse. Also wir betrachten das ja hier immer im wahrsten Sinne des Wortes vom Grünen Tisch aus. Also das ist für mich jetzt nichts Ungewöhnliches. Wir erleben das bei unseren Ermittlungen immer wieder, dass EPSweb-Einträge ungenau sind. Das ist tatsächlich auch der Situation geschuldet.

Und Sie müssen sich das vorstellen, es waren Tausende Polizeibeamte im Einsatz. Es werden Meldungen aufgenommen in verschiedenen Unterabschnitten. Das geht in die Einsatzabschnitte. Das geht dann zur Einsatzleitung und immer wieder gibt es dort Informationsbrüche und ähnliche Dinge. Also EPSweb ist für den Einsatz gemacht, für die Dokumentation, ist aber für unsere Ermittlungen keine verlässliche Grundlage. Und insofern weiß ich von den Ermittlern, dass es entsprechende Aussagen von Zeugen gibt, die betroffen waren von diesem Steinwurf aus dieser Einsatzhundertschaft in Eutin. Nach meinem Wissen sind die auch schon geladen gewesen in der Hauptversammlung und haben ausgesagt. Und insofern ist das dann einfach Ermittlungsstand, den ich hier versucht habe darzustellen und von dem ich dann auch davon ausgehe, dass er in der öffentlichen Verhandlung schon jetzt dargestellt wurde.

Vorsitzender: Vielen Dank.

Senator Andy Grote: Zur zweiten Frage, Einordnung als Versammlung ja oder nein und ist das nicht eigentlich streitig, will ich schon noch einmal sagen, wir haben ja nicht in Abrede gestellt oder wir haben nicht behauptet, dass es innerhalb dieser Gruppe möglicherweise auch unterschiedliche Intentionen oder unterschiedliche Bewertungen des Verlaufs dann gegeben hat und auch Menschen, die das unterschiedlich gut gefunden haben.

Maßgeblich ist für uns aber der tatsächliche Verlauf, was ist real passiert. Und da müssen wir eben feststellen, dass es von Anfang an nach allen objektiven Erkenntnissen, die wir haben, Auftreten, Vermummung, Aufnahme von Bewaffnung, Straftaten, Sachbeschädigung, Angriff auf Polizeieinheiten, Mitführen von einer großen Zahl von Bewaffnungen und Gegenständen, wie wir sie hier gesehen haben, die nicht für einen friedlichen Protest geeignet sind, sodass die Gesamtprägung des Auftretens dieses Blocks unzweifelhaft nicht friedlich ist und deswegen auch nicht unter den Schutz des Versammlungsgrundrechts fällt.

Und es ist zutreffend, dass es zwar grundsätzlich so ist, dass Juristen sich eigentlich zu einem Sachverhalt mit einer rechtlichen Bewertung erst äußern, wenn sie wirklich eine profunde umfangreiche Kenntnis des Sachverhalts haben. Es ist aber auch richtig, dass es in Hamburg auch ein, zwei Juristen gibt, die auf Medienanfragen immer gern auch ohne vertiefte Kenntnis sofort sehr klare Rechtsmeinungen äußern. Das heißt aber nicht automatisch, dass es ernsthaft umstritten ist.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Oetzel.

Abg. Christiane Schneider: Meine erste Frage. Also ich will das einfach wissen, ob ich recht habe, dass man, bevor nicht jemand verurteilt ist, er Beschuldigter ist. Ich erinnere an die Innenausschusssitzung am Dienstag. Das fand ich wirklich sehr wohltuend.

Vorsitzender: Also Sie sind Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren. Sie sind Angeschuldigter, sobald eine Anklageschrift erhoben ist. Und Sie sind Angeklagter, sobald das Verfahren eröffnet ist. Das so zum strafprozessualen Hintergrund. Das habe ich noch aus Erinnerungen aus meiner Ausbildung, aber das ist lange her. Herr Senator, können Sie das bestätigen?

Senator Andy Grote: Ja. Das wird hier nicht in Abrede gestellt. Und wenn der Sprachgebrauch da möglicherweise ein bisschen verkürzt war, wir halten diese Menschen für Straftäter. Die endgültige Entscheidung darüber treffen Gerichte. Völlig zutreffend selbstverständlich.

Vorsitzender: Herr Oetzel.

Abg. Daniel Oetzel: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe noch drei Fragen. Die ersten beiden beziehen sich auf Ihre Vorbemerkungen, die letzte konkret auf die Situation

am Rondenbarg bei Ihnen. Sie haben in Ihrer Vorbemerkung gesagt, dass Sie bei der Platzierung der Einheiten in der Stadt vor allem darauf geachtet haben, Reizobjekte zu sichern und sich daran zu orientieren. Mich würde interessieren, nach welchen Kriterien Sie diese Reizobjekte definiert haben und ob Sie möglicherweise jetzt nach den Ereignissen zukünftig andere Kriterien anlegen würden. Das ist meine erste Frage.

Dann hatten Sie zwischenzeitlich mitgeteilt, dass es im Camp keine Ermittler gab, nun aber gerade auch gesagt, dass die Information für die Stoßrichtung der verschiedenen Finger Ihnen direkt aus dem Camp zugeleitet worden sei. Das würde mich noch einmal interessieren, dass Sie das noch einmal aufklären könnten.

Außerdem hatten Sie zu der konkreten Situation am Rondenbarg gesagt oder hatten grundsätzlich erklärt, dass Sie die verschiedenen Gruppen an strategisch sinnvollen Orten gestellt haben. Nun ist es ja so, dass gerade am Rondenbarg es so gewesen ist – wir hatten es eben schon angesprochen –, dass einige Teilnehmer eben über diesen Zaun entfliehen konnten. Inwiefern hat denn dieser Ort, an dem diese Konfrontation stattgefunden hat, Ihren Kriterien genügt, dass das ein strategisch sinnvoller Ort sei, wenn es dann offensichtlich doch gelungen ist, für einige der Teilnehmer dort, über diese Bezäunung den Ort, wo sie gestellt worden sind, wieder zu verlassen? – Danke.

Vorsitzender: Herr Senator?

Senator Andy Grote: Okay. Drei Fragen. Was verstehen wir unter Reizobjekten und wie sind die Kriterien dafür? Das beantwortet der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ich habe ja versucht, eben einige Reizobjekte zu nennen. Großkonzerne war eine Benennung, aber es gibt sehr, sehr viele Reizobjekte aus Sicht der linken Militanten. Also die Stadt ist voll davon. Wenn Sie allein ... Man hätte wahrscheinlich allein die Kräfte so verteilen können, wenn man das gewollt hätte, dass sie dann weg gewesen wären. Das ist nicht vorgesehen in der Konzeption, dass man an jedem Reizobjekt Polizei hat. Das nennt man ... Also die konzeptionelle Taktik dazu heißt Raumschutz. Und diese Raumschutztaktik ist auch hier im Einsatz gewählt worden. Es ist eine Taktik, die in ganz Deutschland in jeder Polizei gewählt wird. Reizobjekte sind Polizeiwachen, sind Bundeswehrstandorte, alles, was antimilitaristisch angegangen wird, antikapitalistisch. Also stellen Sie sich die ganze Stadt Hamburg einfach vor, dann haben Sie einen guten Blick für Reizobjekte. Aber hier hatten wir es zu dem, also ergänzend zu dem hatten wir es eben mit dieser Tagung zu tun. Und alle Objekte, die mit dieser Tagung zu tun hatten, jedes Hotel, insbesondere die Tagungsteilnehmer, die Messe, die GeSa Neuland, die Elbphilharmonie und Ähnliches gehörte noch dazu. Das heißt, es war eine Unsumme von Reizobjekten und ich glaube, insgesamt stellt sich die Frage nicht neu, sondern man würde bei einer gleichen Tagung wieder von der gleichen Art und Weise oder Zählung der Reizobjekte ausgehen.

Senator Andy Grote: Im Blick auf die zweite Frage, Informationen aus dem Camp, muss man, glaube ich, unterscheiden. Verdeckte Ermittler der Polizei sind eine Möglichkeit zur verdeckten Informationsgewinnung. Wenn solche sich nicht im Camp aufgehalten haben, heißt das nicht, dass wir keine Informationen aus dem Camp erlangen, sondern es gibt weitere Erkenntnismöglichkeiten, insbesondere im Kontext der nachrichtendienstlichen Arbeit.

Abg. Daniel Oetzel: Und meine dritte Frage bezog sich auf die Situation am Rondenbarg mit der Bezäunung und der strategischen Position.

Senator Andy Grote: Ja, das beantwortet Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Also, der elementare Unterschied zwischen Rondenbarg und blauem Finger und grünem Finger war ja das Verhalten. Bei dem Verhalten des schwarzen Fingers mit

den Angriffen ist es uns ja nicht mehr möglich zu sagen, jetzt warten wir einmal auf eine günstige Gelegenheit, sondern die Straftaten sind da zu beenden, wo sie stattfinden. Insofern haben wir da gar keine andere Möglichkeit gehabt, als gegen die Täter vorzugehen, weil, den Fingern, die bis dahin keine Straftaten gezeigt hatten, kann man ja mitgehen und so lange warten, bis man sagt, so, jetzt, hier ist es günstig. Das ist, sobald Straftaten passieren, uns aus der Hand genommen. Dann wird reagiert.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Trepoll.

Abg. André Trepoll: Ich möchte gern von Ihnen wissen, wann die politische Führungsebene über diese Eskalation der Gewalt zum ersten Mal informiert wurde, speziell der Innensenator und der Erste Bürgermeister, denn da waren ja dann massive Angriffe auf Polizeibeamte, dann auch im ganzen Stadtgebiet an Stellen, wo sie es nicht erwartet haben, 14 zum Teil schwer verletzte Personen. Und es ist ja dann auch im weiteren Aufklärungsinteresse, weil es ja auch in der politischen Diskussion ist, dass Herr Scholz sich erst sehr, sehr spät am Freitagabend oder in der Freitagnacht erst einmal dazu geäußert hat. Also wann hat er von Ihnen davon erfahren?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Die politische Führung war seit den, ich kann jetzt nicht genau die Stunde oder die Uhrzeit sagen, aber schon seit den früheren Morgenstunden des Freitags, indem ja dann auch sehr schnell, ehrlich gesagt, schon im Fernsehen Bilder von Rauchsäulen über der Stadt zu sehen waren, selbstverständlich über die Entwicklung der Lage informiert.

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. André Trepoll: Das heißt, Sie haben Herrn Scholz informiert? Wer hat Herrn Scholz informiert? Wer hat Sie informiert? Was haben Sie daraufhin getan? Sind Sie ins Lagezentrum gefahren? Waren Sie schon dort? Was hat Herr Scholz getan?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Es hat eine sehr enge Information auf verschiedenen Ebenen unter den Beteiligten gegeben, die dann fortlaufend das Geschehen weiter verfolgt haben, sich haben unterrichten lassen an unterschiedlichen Orten in der Stadt durch unterschiedliche Beteiligte, sehr intensiv und sehr umfangreich.

Vorsitzender: Ja, noch einmal die Frage, ob Sie ins Lagezentrum gefahren sind, die Frage, erinnern Sie sich noch, wo Sie waren da?

Senator Andy Grote: Die ersten Informationen haben mich erreicht am frühen Morgen, als ich noch zu Hause war. Dann war ich in der Behörde, auch relativ lange. Dort sind die Informationsstränge zusammengelaufen. Es ist nicht üblich, sich im Führungsstab oder in der Einsatzzentrale die ganze Zeit aufzuhalten. Das bringt auch keinen sozusagen Erkenntnisgewinn, führt eher zu dem Eindruck, der Senator wolle sich in die operative Einsatzführung einmischen. Und es hat dann bekanntermaßen ja aber auch noch den Zeitpunkt gegeben, an dem wir alle, also sowohl der Bürgermeister als auch ich, am Freitagabend dann im Polizeipräsidium waren.

Abg. André Trepoll: Also noch einmal, haben Sie Herrn Scholz informiert oder von wem wurde Herr Scholz informiert oder hat Herr Scholz das aus dem Fernsehen erfahren, habe ich Sie soeben richtig verstanden?

Senator Andy Grote: Ich kann Ihnen nicht mehr präzise sagen, von wo die erste Information Herrn Scholz erreicht hat, aber wir waren ständig miteinander im Kontakt auf unterschiedlichen Ebenen. Herr Scholz ist gut informiert gewesen, selbstverständlich.

Vorsitzender: Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, ich möchte noch einmal zu dem Punkt zurückkommen, sozusagen zu dem, was Sie an Gegenständen festgestellt haben. Also Sie haben dazu ... schon im Innenausschuss hatten Sie schon dieses Bild gezeigt. Ich würde einmal nachfragen wollen, ob es tatsächlich so etwas wie eine Liste gibt, also der gefährlichen Gegenstände. Die müssen jetzt mir nicht alle aufgezählt werden, sondern ich würde gern wissen, ob es da eine konkrete Liste gibt der gefährlichen Gegenstände, die Sie gefunden haben. Und genauso auch die Frage nach den ganzen Sachbeschädigungen, die ja so sich in den Schilderungen finden, sind die so konkret erfasst, dass man auch da quasi eine Liste vorlegen könnte?

Ich frage das, weil ja in dem Gerichtsverfahren gegen Fabio V., glaube ich, wurde ja etwas ganz konkret von 14 Steinen und 4 Böllern, die sozusagen als massiver Bewurf beschrieben wurden, geredet. Also da ist es sehr konkret formuliert gewesen, so hat man es jedenfalls öffentlich lesen können, ich war nicht in der Verhandlung. Und gibt es sozusagen ein Gesamtergebnis, was Sie uns vielleicht zu Protokoll oder doch hier mitteilen können, um das insgesamt einzuordnen?

Ich frage das auch, weil ich glaube, dass das notwendig ist, weil wir uns ja immer wieder um diesen Punkt drehen, also wie heterogen war diese Gruppe, wie sehr hat sie sich von anderen Fingern unterschieden. Und der Zweck sozusagen, der damit verbunden war, so, wie es jetzt dargestellt ist, diente nach Ihrer Schilderung Gewalttaten oder gewalttätige Auseinandersetzungen an einem Ort, der relativ unbestimmt ist, weil Sie sie aufgestockt haben an einer Stelle, die Sie entschieden haben, halte ich das aber ... also interessiert es mich zumindest, was denn also konkret in der Quantität, in der Qualität haben Sie es ja beschrieben, dort aufgefunden wurde.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, zwei Dinge sind angesprochen, einmal möglichst präzise Auflistung noch einmal der sichergestellten Gegenstände. Da würde ich Herrn Hieber bitten, ob wir es noch etwas detaillierter machen können. Und wenn es über das, was wir jetzt sagen können, hinaus noch eine Detaillierungsmöglichkeit gibt, würden wir die zu Protokoll geben. Das Zweite ist die Frage, mit wie viel Wurfgegenständen oder ... Ja, da haben wir es tatsächlich zu tun gehabt, das, was wir an präziser Auswertung ja auf jeden Fall haben, ist ja dieser besagte Videoausschnitt, der einmal ausgewertet wurde, wo man jetzt sagen ... wo ich glaube, meine, es ein Ergebnis gibt, wie viel Steine und wie viel Pyrotechnik da ja innerhalb ja sehr kurzer Zeit da in der Luft war. Ich meine, dass Herr Hieber das auch sozusagen in näheren Einzelzahlen gesagt hat. Vielleicht können wir das noch einmal zusammenfassen, Herr Hieber. Und als dritten Punkt vielleicht noch einmal die Zahl der Sachbeschädigungen.

Jan Hieber: Ja, ich würde vorschlagen, wenn Sie damit einverstanden wären, dass ich dann nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft noch einmal das zu **Protokoll** geben würde entsprechend als Liste. Ich kann jetzt sagen, dass aus diesem Videoausschnitt und dieser ... Das zeigt ja auch nur einen Ausschnitt dieses Schwarzen Blocks, also es gibt ja da noch weitere Bereiche, die von dieser Kamera nicht erfasst sind. Erkennbar sind viermal die Pyrotechnik, die ich erwähnt hatte, die mit zusammen 8 überwiegend faustgroßen Steinen innerhalb von 15 Sekunden geworfen wurden, und dann folgten noch 6 weitere Steine, also zusammen haben wir dann 20 Gegenstände, die geworfen wurden.

Jetzt ist mir auch bewusst, dass es diese Diskussion darum gab, ist das jetzt ein massiver Bewurf. Ich denke immer, es hat ja auch Leute gegeben, die haben das Video geguckt und gar nicht gesehen, dass überhaupt was geworfen wurde. Das liegt in der Natur der Sache manchmal, es ist ja nicht Hollywood, sondern es ist die Realität. Aber ich glaube, dass, wenn man vielleicht auf der Straße steht und danach einen Bericht schreibt, ein paar Stunden später, dann hat man das vielleicht auch als massiven Bewurf empfunden, obwohl eben der eine oder andere sagt, na ja, also 20 Würfe auf sich, das kann man schon einmal aushalten. Also das ist, glaube ich, auch dann natürlich eine subjektive Geschichte, wie das dann eingeschätzt wurde. Aber um das dann objektiv zu machen, wie gesagt, das Angebot zu Protokoll.

Redaktionelle Anmerkung:

Die Behörde für Inneres und Sport erklärte am 6. Juni 2018 Folgendes zu Protokoll:

„Kräfte Bundespolizei am Freitagmorgen in Altona

Bezüglich der Stärke der Bundespolizei am Revier Altona wurde der Polizei Hamburg folgendes mitgeteilt: Insgesamt waren acht Beamte/innen zum besagten Zeitpunkt im Dienst. Sechs Beamte/innen haben Streifentätigkeiten wahrgenommen, darüber hinaus waren ein Wachhabender und ein Gruppenleiter anwesend. Weiterhin befanden sich zu dem Zeitpunkt keine geschlossenen Einheiten der Bundespolizei vor Ort.

Herausgabe Liste sichergestellte Beweismittel Rondenborg nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft

Nach erfolgter Rücksprache hat die Staatsanwaltschaft Hamburg keine Einwände, die Asservatenaufstellung dem Sonderausschuss zur Verfügung zu stellen, auf der diejenigen Asservate aufgeführt sind, die am 7.7.2017 am Tatort Rondenborg sichergestellt worden sind und die keinem konkreten Beschuldigten zugeordnet werden können (Verfahren 7120 UJs 91/17).“

Die Liste ist dem Protokoll als Anlage 2 angehängt.

Vorsitzender: Ja, das nehmen wir gern an. Frau Schneider.

Senator Andy Grote: Noch einmal ergänzend ...

Vorsitzender: Ach so, ja.

Senator Andy Grote: ... Herr Meyer.

Ralf Martin Meyer: Ich will es nur noch einmal, weil ich glaube, man muss es in der Gänze so sehen, wie man es jetzt, wenn man die verschiedene Aspekte zusammen sieht, da geht ein schwarz gekleideter, eine schwarz gekleidete große Gruppe los, fast marschierend, aus dem Camp, begeht dann diese von Zeugen festgestellten Sachbeschädigungen – Bushaltestellen, Nebeltöpfe werden gezündet – und bewirft dann eine Einheit aus Schleswig-Holstein, die sich gerade umzieht, die das nicht meldet in EPSweb, deswegen taucht das erst später in der Berichtslage auf. Dann kommt es zu diesem Aufeinandertreffen, wo sofort geworfen wird. Es ist auch die Frage, ob man das sieht oder nicht, befindet, hat sich ja sogar das Bundesverfassungsgericht damit beschäftigt und eine Missbrauchsgebühr verhängt bei der Auswertung. Dann sieht man diese sichergestellten Dinge.

Ich glaube, man muss einfach sehen, Polizei muss objektiv das, was sie als Beweis sieht, durch diesen Gesamtgeschehensablauf werten. Und da kann man wirklich nur zu dem Ergebnis kommen, Drahtseile, Feuerlöscher, Latthammer und alles das, was man da hat, dass das insgesamt, bei allen Restzweifeln, die es noch gibt, dass es insgesamt hier um eine

Gruppe von vermutlich insgesamt, die dem Landfriedensbruch unterfällt, darum geht es ja jetzt gerade, aber man muss einfach diese Gesamtheit sehen und nicht an einzelnen Punkten, glaube ich, sich festmachen. Und diese Gesamtheit spricht eigentlich für den Polizeibeamten vor Ort eine objektiv klare Sprache, wo er klar von dringendem Tatverdacht ausgehen muss.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich würde da auch noch einmal gern nachfragen. Können Sie die Gegenstände Personen zuordnen oder wurden die allgemein so gefunden, also wurden die so gefunden, auf dem Boden, also 14 lagen ja auf dem Boden, zwischen der ersten Reihe und dem Polizeiwagen, aber Sie haben, glaube ich, 37 gesagt. Wo wurden die gefunden? Und auch die anderen Gegenstände?

Senator Andy Grote: Also ich glaube, es wäre etwas lebensfremd anzunehmen, dass jeder das alles noch in der Tasche hatte, als es dann so weit war. Das wissen Sie, glaube ich, auch. Insofern ist, glaube ich, die unmittelbare persönliche Zuordnung, wäre jetzt für eine Mehrzahl der Gegenstände eher ungewöhnlich. Aber vielleicht ist es ja im Einzelfall möglich. Herr Hieber.

Jan Hieber: Also ich kann so viel dazu sagen, wir ordnen diese Gegenstände dieser Personengruppe zu und das ist Gegenstand im Augenblick der gerichtlichen Prüfung.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Dann sind wir ja mit den Fragen zu dem Komplex Rondenbarg am Ende. Dann würde ich vorschlagen, bevor wir mit dem Komplex Elbchaussee weitermachen, dass wir jetzt eine kurze Pause machen und dann sehen wir uns in 15 Minuten wieder.

(Sitzungsunterbrechung von 18.42 Uhr bis 19.06 Uhr)

Vorsitzender: So, wir würden dann jetzt gleich weitermachen mit der Sitzung.

So. Senator Grote, Herr Senator Grote.

Ja, prima. Bevor wir mit dem nächsten Tagesordnungspunkt weitermachen, hatte Herr Warnholz mich gebeten, ihm einmal kurz das Wort zu erteilen. Ich glaube, Herr Warnholz hatte eine Frage, die ich einmal unter Aktuelles so verstehe. Herr Warnholz bitte.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ja, vielen Dank.

Vorsitzender: Sie müssen das Mikrofon anmachen, Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Was war jetzt los?

Vorsitzender: Das Mikrofon müssen Sie anmachen.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ach so. Okay. Die Öffentlichkeitsfahndung der Polizei seit heute Morgen mit etwa 105 Bildern hat ja große Beachtung gefunden. Könnten Sie darüber, Herr Vorsitzender beziehungsweise Herr Senator, Auskunft geben, welchen Erfolg diese bisher gehabt hat?

Vorsitzender: Ja, einmal ganz kurz, gibt es dazu irgendetwas, irgendeine Zahl, die Sie uns nennen können? Und dann würden wir gleich weitermachen bitte.

Senator Andy Grote: Bisher acht Identifizierungen.

Vorsitzender: Vielen Dank.

So, dann kommen wir jetzt zum Tagesordnungspunkt 1 a) weiter und dann sind wir bei der Elbchaussee angelangt. Das hatten wir vorhin schon einmal ein bisschen gestriffen und ist

natürlich ein Thema, das uns alle bewegt hat. Die Bilder, die damals morgens über die sozialen Medien verbreitet worden sind, haben wir alle noch. Vielleicht können Sie uns einmal erläutern, wie es aus polizeilicher Sicht dazu gekommen ist und welche Erkenntnisse wir jetzt dort aktuell haben?

Senator Andy Grote: Ja, das tun wir gern. Hier würde auch zunächst vielleicht einmal Herr Hieber darstellen, wie ist nach dem jetzigen Ermittlungsstand der Soko der genaue Geschehensablauf gewesen, was ist da eigentlich passiert. Und dann würde Herr Dudde anschließen und sagen, wie war eigentlich die polizeiliche Reaktion darauf, wie sind wir damit umgegangen und warum ist es in der polizeilichen Reaktion so abgelaufen, wie es abgelaufen ist. Herr Hieber bitte.

Vorsitzender: Ganz kurz. Können wir das auch im Zusammenhang mit der Großen Bergstraße sagen und erzählen oder ist das nicht sinnvoll? Doch.

Senator Andy Grote: Wir würden den gesamten Geschehensablauf, wie sich diese Gruppe bewegt hat, vom Startpunkt bis zum Endpunkt, das umfasst auch die Große Bergstraße, würden wir in einem kontinuierlichen Geschehensablauf darstellen.

Vorsitzender: Ja, sehr gut. Bitte.

Jan Hieber: Ja, dann muss ich hier auch noch einmal ganz kurz zur Vorrede sozusagen bemerken, laufendes Ermittlungsverfahren, es gilt das Gleiche, was beim Rondenberg natürlich auch gilt, hier allerdings haben wir noch keine Hauptverhandlung in der Öffentlichkeit gehabt. Das heißt, es ist noch ein bisschen vielleicht an der einen oder anderen Stelle problematischer, auf Fragen zu antworten. Aber ich kann Ihnen hier auch einen Gesamtüberblick geben.

Am 7. Juli haben unsere Ermittlungsergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt ... zeigen, dass schon um 6.30 Uhr die ersten, und ich sage hier bewusst, mutmaßlichen Straftäter der Tätergruppierung, die dann am Ende aus 220 Personen bestand, sich im Donners Park an der Elbchaussee, Höhe Große Brunnenstraße, getroffen haben. Das war ein offenbar sehr lange vorbereiteter Treffpunkt. Bereits die Anreise ist nach unseren Erkenntnissen sehr akribisch geplant gewesen und es wurde auch ganz genau so durch geführt, nämlich, dass das Eintreffen der mutmaßlichen Straftäter im Park zwar von Bürgern wahrgenommen wurde, wie wir jetzt wissen, aber niemanden veranlasst hat, die Polizei zu rufen oder zu informieren.

Die Straftäter, die mutmaßlichen Straftäter des schwarzen Mobs kamen als Einzelpersonen, sie kamen als Pärchen oder in Kleinstgruppen, sodass sie keine größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Sie trugen unauffällige Alltagskleidung, keinesfalls szenetypische Bekleidungsstücke. Sie verhielten sich sehr diszipliniert nach unseren Erkenntnissen, um nicht aufzufallen. Sie bewegten sich auffallend ruhig. Sie ließen in Einzelfällen nicht einmal sich in Gespräche verwickeln durch andere Passanten und sind einfach, ich sage einmal, mehr oder weniger schweigend ihres Weges gegangen.

In dem Park haben sich dann diese mutmaßlichen Straftäter wie auf Kommando umgezogen, vermutlich hatten sie einen Teil der schwarzen Bekleidungsgegenstände – es war sehr auffällig dabei, häufig Regenoberbekleidung – mitgebracht gehabt und ein Teil ist dort auch schon deponiert gewesen im Park. Am Ende ergab das für die ganze Gruppe ein fast ausnahmslos schwarz gekleidetes und mit Kapuzen und Sonnenbrillen und Schals vor dem Gesicht verummtes, also vollständig maskiertes Erscheinungsbild.

Außerdem bewaffneten die mutmaßlichen Straftäter sich mit Molotowcocktails, Pyrotechnik, Leuchtmunition und Hämmern, und um 7.27 Uhr trat diese Gruppierung dann ganz unvermittelt als geschlossener, voll maskierter, bewaffneter schwarzer Mob auf die Elbchaussee. Es

wurde zunächst ein massiver Brandsatz auf der Elbchaussee gezündet, wodurch es eine ganz erhebliche Rauchentwicklung gab, und damit war eine rückwärtige Absicherung der Gruppe gegen auflaufenden Fahrzeugverkehr und möglicherweise auch gegen Polizeikräfte gegeben. Wir haben später in diesem Bereich auch sogenannte Krähenfüße gefunden.

Gleich zu Beginn des Marschweges wurden die ersten Autos entzündet und der schwarze Mob bewegte sich in einer vollständig paramilitärischen Anmutung über die Elbchaussee in Richtung der Max-Brauer-Allee. Hierbei wurde an der Spitze ein Transparent mit einer englischsprachigen Aufschrift getragen. Alle Straftäter hielten sich sehr diszipliniert hinter diesem Transparent, das sozusagen die Richtung und auch die Geschwindigkeit dieses schwarzen Mobs vorgab.

Schon auf den ersten Metern des Marsches begingen die Teilnehmer, wie geschildert, schwerste Straftaten, indem sie zielgerichtet und arbeitsteilig am Straßenrand und in Seitenstraßen geparkte Fahrzeuge zunächst angriffen, zunächst also mutmaßliche Straftäter die Fensterscheiben der Fahrzeuge einschlugen und dann weitere mutmaßliche Täter eine oder mehrere Leuchtfackeln in das Innere der Fahrzeuge warfen und diese dann anschließend abbrannten.

Für mich und meine Kollegen besonders schockierend war dann zu sehen, dass auf Videoaufnahmen auch zu sehen ist, dass die mutmaßlichen Täter versuchten, ein Ladengeschäft in einem Wohnhaus mit einer Leuchtfackel abzubrennen, nachdem zuvor die Scheibe des Geschäfts eingeschlagen worden war, und nur durch einen glücklichen Zufall kam es da nicht zu einem verheerenden Brandausbruch.

Es ließ sich sehr gut erkennen für uns, dass einzelnen Personen ganz fest Aufgaben zugeordnet waren, die dann auch diszipliniert durchgehalten wurden. Als Beispiel, einige Personen trugen Molotowcocktails mit sich, die sie über den gesamten Marsch bei sich hatten und dann ganz am Ende erst, am Endpunkt der Aktion, auch eingesetzt haben. Das zeigt eigentlich noch einmal sehr deutlich, welchen hohen Grad von Planung, Organisation und Disziplin diese Tätergruppierung aufgewiesen hat.

Nach erfolgter Tatbegehung schlossen sich die mutmaßlichen Täter dann jeweils wieder diesem schwarzen Mob an und setzten ihren Weg fort, wobei fortwährend weitere Straftaten begangen wurden. Auffällig war auf Videoaufnahmen immer wieder die Tatsache, dass sich diese Leute zwar sehr zügig bewegten, aber nie hektisch, oder eine aufgeregte Körpersprache zeigten. Das wirkte insgesamt im Ablauf fast routiniert. Und die mutmaßlichen Täter schreckten auch vor Gewalt gegen Personen nicht zurück. Eine Anwohnerin filmte die Täter von einer Einfahrt aus mit ihrem Smartphone, und als dies einer der mutmaßlichen Straftäter wahrgenommen hat, griff er die Frau an, versuchte, das zu unterbinden. Die legte sofort das Smartphone weg und wurde aber mehrfach getreten von den ... mit Stiefeln.

Weiterhin schossen die Täter in diesem schwarzen Mob auch mehrfach mit Einstern-Leuchtmunition in die Luft, wodurch ein Polizeihubschrauber gefährdet wurde, ebenso wurde eine unbeteiligte Radfahrerin beinahe von den herabfallenden Resten dieser sehr, sehr heiß abbrennenden Munition getroffen.

Im Bereich des Bahnhofs Altona stürmte ein kleiner Teil dieses schwarzen Mobs zu drei dort geparkten Dienstfahrzeugen der Bundespolizei. In einem der Fahrzeuge saß zu diesem Zeitpunkt noch ein Polizeibeamter, der gerade seinen Wagen abgestellt hatte. Die Täter warfen einen Molotowcocktail in Richtung der Streifenwagen, der an einer Mauer unmittelbar neben einem Streifenwagen aufprallte und sich dort entzündete, und ein Täter schlug dann die Scheiben der Dienstfahrzeuge mit einem Zimmermannshammer ein. Der Polizeibeamte, der in dem Fahrzeug direkt hinter dem durch den Brandsatz fast getroffenen Fahrzeug saß,

musste jetzt also natürlich davon ausgehen, dass er in absoluter Lebensgefahr ist, er wurde auch durch die Glassplitter beim Einschlagen der Scheibe leicht verletzt, und hatte sicherlich im Kopf, dass möglicherweise auch in sein Auto ein Brandsatz geworfen werden würde. Insofern zog er im Auto noch seine Dienstwaffe, machte sich dann bereit zum Aussteigen, und als er rauskam, sah er nur noch die Tätergruppe von etwa 10 bis 15 Personen wieder zurückflüchten, ich denke einmal, so in dem Verhalten, wie wir es ja auch vorher kannten, immer wieder aus den Seitenstraßen zurückkehren in den Schutz dieses schwarzen Mobs, und er entschloss sich dann, keine Verfolgung aufzunehmen.

Ich glaube, diese Situation zeigt noch einmal, wie haarscharf diese Ausschreitungen an einer lebensbedrohlichen Eskalation vorbeigeschrammt sind und dass auch Polizeibeamte aus dem Streifen- und Einzeldienst der Kommissariate, wenn sie sich dann diesem schwarzen Mob entgegengestellt hätten, ja wahrscheinlich gar keine andere Möglichkeit gehabt hätten, als von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Insofern, die Gefahr von schwersten Verletzungen, nicht nur für andere Menschen, sondern auch für die mutmaßlichen Täter selbst, war schon sehr enorm. Und das Ganze hätte auch, wie man, denke ich, an der Situation sieht, auch mit Toten enden können.

Im Bereich des Bahnhofs Altona trennte sich ein großer Teil der mutmaßlichen Täter von dem schwarzen Mob und flüchtete in Kleingruppen in unterschiedliche Richtungen, während circa 100 bis 120 Straftäter sich im schnellen Schritt vom Bahnhof Altona über die Neue Große Bergstraße zu dem IKEA-Gebäude begaben. In der Neuen Großen Bergstraße scherten wiederum diverse Täter nach rechts und nach links aus und schlugen Scheiben von Geschäften und Banken ein.

Bei dem IKEA-Gebäude angekommen, versuchten die Täter jetzt mit mindestens vier Molotowcocktails, das Gebäude in Brand zu setzen, was jedoch misslang. Die Brandsätze setzten jeweils an der Fassade um und brannten dort ab. Ich möchte anmerken, dass zu diesem Zeitpunkt sich bereits Angestellte von IKEA in dem Gebäude befunden haben.

Um 7.46 Uhr, also gerade einmal 19 Minuten nach Beginn dieser Verwüstungen in der Elbchaussee, und für die 1,2 Kilometer lange Strecke hatte man also nicht lange gebraucht, flüchteten die übrigen Teilnehmer des Mobs als Einzelpersonen oder in Kleinstgruppen in unterschiedliche Richtungen. Uns wurde erst in der Nachbetrachtung eigentlich richtig deutlich, wie genau geplant und wirklich gut organisiert dieses Fluchtverhalten auch gewesen ist. Die Täter begaben sich auf verschiedenen Routen in sichtgeschützte Bereiche, zogen sich dort um, wobei sie dann die Tatkleidung entweder zum Teil in ganz entlegenen Gebüsch versteckten oder nicht mehr sichtbar am Körper mit sich trugen. Man nutzte dabei Sichtschutz nach oben, also zum Beispiel gegen den Polizeihubschrauber, aber auch zur Seite gegen andere Zeugen wie zum Beispiel Anwohner.

Auch die weiteren Wege, die dann von den Tätern genutzt wurden zur Flucht, also das ging schon auf sehr abenteuerlichen, entlegenen Routen, zum Teil zwischen Gebäudeübergängen und Gärten, über Zäune, also das sind alles Wege gewesen, die man ohne genaueste Ortskenntnisse oder wirklich genaues vorheriges Auskundschaften nicht kennen kann. Das wäre meine Einschätzung dazu.

Auch sehr bemerkenswert, die Täter wechselten dann sofort, nachdem sie sich umgezogen hatten, vom Laufschrift in einen ganz normalen Spaziergang und verhielten sich absolut unauffällig. Es waren ja viele weibliche Personen bei diesem schwarzen Mob dabei und es gab eine Pärchenbildung beispielsweise, und auch sehr außergewöhnlich finde ich, dass die Täter auch wieder zum Teil die Max-Brauer-Allee beschritten. Höher, also weiter nördlich, als die Zerstörungen lagen, aber immerhin doch die Straße, auf der sie ganz kurz vorher noch marodierend unterwegs waren. Das übliche Verhalten ist ja eigentlich, direkt vom Tatort, ich

sage einmal, kopflos zu flüchten. Aber in dem Fall wusste man offensichtlich, man wirkt so unauffällig wieder, und das ist auch tatsächlich so gewesen, dass wir davon ausgegangen wären, dass jeder Streifenwagen, der denen begegnet wäre, in der Anfahrt nach diesen Taten und in dieser Situation überhaupt nichts gesehen hätte, was augenfällig gewesen wäre, was sie mit dem schwarzen Mob in Verbindung gebracht hätte.

Ja, bisher beläuft sich der Sachschaden, den wir verzeichnen, auf 1,5 Millionen Euro, aber wir beschäftigen uns bei den Ermittlungen natürlich auch nicht nur mit den materiellen, sondern auch mit den psychischen Folgen, die diese Taten bei den Betroffenen hinterlassen haben, und das ist im Einzelfall schon sehr einschneidend. Also ich spreche hier von traumatisierten Kindern, ich spreche hier von langfristiger Arbeitsunfähigkeit bei Erwachsenen, und wir stellen das fest, auch wenn lange nach diesen Taten diese Gespräche dann geführt werden und das Ganze wieder hochkommt, dann ist das, ich möchte das einmal so umschreiben, äußerst emotional und sehr belastend für die Betroffenen.

Gegen die Täter wird zurzeit wegen des Verdachts des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs gemäß Paragraf 125 StGB in Tateinheit mit Brandstiftung gemäß Paragraf 306 StGB fortfolgende ermittelt. Bislang sind 133 Einzelstrafverfahren bekannt. Gegen alle Täter wird sozusagen ein Sammelverfahren geführt auch. Neben den zahlreichen Sachbeschädigungen gibt es unter anderem vollendete und versuchte Brandstiftung an 19 Kraftfahrzeugen, die 2 versuchten Brandstiftungen in einem besonders schweren Fall und den gefährlichen Eingriff in den Luftverkehr sowie den strafbaren Umgang mit explosiven Stoffen.

Soweit die Darstellung.

Senator Andy Grote: Dann würde ich jetzt im Anschluss noch einmal Herrn Dudde vielleicht direkt bitten, dass man sagt, wie hat sich da ... wie war die Reaktion der Einsatzkräfte und wie ist man damit umgegangen.

Hartmut Dudde: Ja, sehr gern. Wie Sie sich sicherlich vorstellen können, hätten wir mit dem Mob in der Elbchaussee uns genauso gern entgegengeworfen wie im Rondenberg. Also da Kräfte angebracht und dann dafür gesorgt, dass diese massiven Straftaten beendet werden.

Wir haben einmal eine Karte gemacht, die die Einsatzsituation zwischen grob 6 Uhr und 9 Uhr darstellt. Wir reden jetzt ja über den Zeitraum 7.27 Uhr, die Finger sind unterwegs, die Maßnahmen des Aufstoppens und sie in geordnete Bahnen zu lenken, laufen derzeit, und dann um 7.27 Uhr die ersten Hinweise auf die Straftäter, die im Bereich Elbchaussee unterwegs sind.

Wir hatten schon um 7 Uhr nach Hinweisen vom LfV auf massive Störungen im Innenstadtbereich die komplette Landesbereitschaftspolizei aus dem Hafen zurückgeholt in den Innenstadtbereich, damit sie im engeren Bereich präsenter sind, weil im Hafen zwar auch Vermummte waren, auch dunkle, aber sich die Lage dann nicht so entwickelt hat, wie man es uns avisiert hatte, und wir deutlich flexibler im Innenstadtbereich waren.

Wenn Sie auf die Karte gucken, dann können Sie sehen, wir haben im Bereich Außenalster einen so einen roten ... so einen Angriff auf Polizeibeamte, also mit diesem roten Blitzsymbol markiert, das waren Kräfte der Landesbereitschaftspolizei, die eigentlich in die Innenstadt zurück sollten und im Bereich der Sechslingspforte sofort von Störern angegriffen wurden und es dort zu Auseinandersetzungen kam.

Ansonsten können Sie sehen, wo sich überall Störer bewegten, und wir hatten um 7.30 Uhr, also sozusagen zu Einsatzbeginn der Situation in Altona, auf der Sechslingspforte 300 Personen, Helgoländer Allee 500 Personen, Landungsbrücken 1 000 Personen, Ludwig-

Erhardt-Straße 800 bis 1 000 Personen, Zirkusweg 500 Personen, Schwanenwik/Schöne Aussicht 500 Personen, Berliner Tor 200 Personen, Klaus-Groth-Straße 250 Personen und Holstenkamp/Rondenborg 150 Personen und im Rondenborg die noch andauernde Lage, Abarbeitung der Festnahmen in der Situation.

Dazu immer noch die Anfahrt von Gästen zum G20-Gipfel, die noch nicht abgeschlossen war, und den Hinweis, dass es in diesem Bereich auch zu Streckenblockaden kommen sollte. Wir haben uns trotz allem entschieden, auch Kräfte – und ich hatte ja vorhin schon gesagt, wir hatten extra die ganzen BFUen und die Hamburger Bereitschaftspolizei im Einsatz, weil das eigentlich die sind, die am schnellsten und am flexibelsten in Hamburg verlegen können, einfach die einen durch Ortskenntnis, die anderen durch ständige Übung.

Im Endeffekt ist es uns nicht gelungen, zeitgerecht, zeitnah geschlossene Einheiten in einer Größenordnung nach Altona zu bringen, die hätten helfen können, sich diesem Schwarzen Block gegenüberzustellen. Wir hatten die Notrufe, also eine ganz normale Abwicklung von 110er-Einsätzen, und wir hatten ja, aber das hatten wir schon mehrmals erwähnt, diese Silvesterregelung, aber natürlich sind vier Streifenwagen aus Altona und vier Streifenwagen aus Bahrenfeld nicht dazu geeignet, sich diesen Personen gegenüberzustellen, vor allem nicht bei dem gezeigten Verhalten gegenüber den Beamten der BuPol in Altona. Im Endeffekt hätte das neue Gefahrensituationen hervorgerufen, hätte im Nachhinein jetzt, wenn man hinterhergefahren wäre, vielleicht dafür gesorgt, dass die Bürger nicht das Gefühl gehabt hätten, dass man 15 Minuten scheinbar in einem polizeifreien Bereich ist. Man hätte die Bereiche ja sozusagen im Nachhinein besetzen können. Aber das sind natürlich auch erst Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben.

Der Versuch, das könnte Herr Grossmann noch beschreiben, Festnahmehundertschaften durch die Innenstadt nach Altona zu verlegen, ist in Teilen gescheitert, weil zum Beispiel eine niedersächsische Festnahmehundertschaft ständig in Auseinandersetzungen auf der gesamten Strecke hineingezogen wurde, also es zu keiner Zeit möglich war, durch die Innenstadt Polizeieinheiten zu verlegen, um zeitnah in Altona zu sein.

Wir haben im Endeffekt dann Kräfte aus dem Bereich Stellingen nach Altona geschickt, die aber erst ab 8 Uhr ungefähr eintrafen und dann eigentlich die Nahbereichsfahndung übernehmen sollten, die aber vor dem Hintergrund des uns jetzt bekannten Verhaltens der Störer in der Abmarschphase zu überhaupt keinem Erfolg geführt haben.

Vielleicht erst einmal soweit zur Rahmenlage im Bereich Altona.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Mein Eindruck ist ja, dass wir es hier fast mit einem terroristisch geplanten Vorgehen zu tun haben. Ich weiß nicht, ob die Wortwahl angemessen ist, wie Sie das beurteilen würden, aber es erinnert doch irgendwie auch an terroristische Übergriffe, das so geplant ist und die dann irgendwo zuschlagen. In Anbetracht der Tatsache haben Sie ja jetzt schon ein, zwei Sachen gesagt, was man vielleicht anders machen könnte oder wie man damit umgeht. Die Frage ist natürlich immer wieder, war so etwas nicht vorhersehbar, war so etwas für Sie unvorhergesehen und was kann man vielleicht doch daraus lernen. Das ist ja die alles entscheidende Frage immer wieder.

Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich würde vielleicht noch einmal, weil das ins Bild passt, noch einmal die Frage Hinweisaufkommen, weil wir ja gehört haben, in dem Komplex Finger und was hatten wir zu erwarten und so weiter hat es eine ganze Reihe von Hinweisen gegeben, dass Herr Voß vielleicht noch einmal etwas dazu sagt, ob es irgendwelche Erkenntnisse auf diese Aktion hin gegeben hat.

Torsten Voß: Ja, vielen Dank. Wie ja die letzten Ausschüsse gezeigt haben, haben wir ja als LfV eine Vielzahl von Hinweisen der Polizei geben können, die auch soweit umgesetzt worden sind. Tatsächlich hatten wir innerhalb unseres Hinweisaufkommens keine Hinweise bezüglich des geschilderten Vorgehens an der Elbchaussee. Wir bewerten das im Nachhinein auch noch einmal für uns aus. Sie sagten, an der Grenze zu terroristischen Strukturen. Das mag ein Grund sein, dass es wirklich eine klandestine, sehr geschlossene Gruppe gewesen ist, in die auch das LfV Hamburg oder andere, möglicherweise nachrichtendienstliche Möglichkeiten nicht hineingekommen sind. Um die Frage zu beantworten, wir konnten leider keine Hinweise bezüglich der Elbchaussee generieren, die wir dann auch dementsprechend hätten weitergeben können.

Senator Andy Grote: Einordnung auch gegenüber anderen Phänomenen, die wir kennen. Es ist nicht völlig fernliegend zu sagen, da erinnert das eine oder andere auch an eine terroristische Begehungsform, weil wir dieses hohe Maß an konspirativer Vorbereitung, hohe Planungsintensität, hoher Organisationsgrad über eine lange Zeit, ein gewisser Trainingsstand ganz offenbar, sehr diszipliniertes Zusammenwirken, hohe Entschlossenheit, hohe Gewaltbereitschaft, Bereitschaft eben auch im Zweifel, Gefährdung von Menschenleben in Kauf zu nehmen, wenn ich Wohnhäuser anzünde, das ist schon etwas, was wir nicht vergleichen können mit Ausschreitungen anderer Gruppen. Auch die Durchplanung bis hin zum Fluchtweg und so weiter, das ist schon eine kriminelle Kommandoaktion gewesen, die ja schon in der Begehungsform sich Szenarien annähert, die wir ansonsten mit terroristischer Vorgehensweise umschreiben würden.

Bei der Frage Konsequenzen und was sagen wir eigentlich den Leuten, die jetzt sagen, was macht man denn jetzt damit, glaube ich, zwei Dinge wichtig, zwei Ebenen wichtig, derer wir uns auch sehr bewusst sind. Das eine ist, was ist das ganz Faktische, was kann man tun, um in einer so kurzen Zeit darauf zu reagieren und mit einem solchen Auftreten einer solchen Gruppe, um damit umzugehen. Es ist ja deutlich geworden, dass es also ein extrem kurzer Reaktionszeitraum war. 7.27 Uhr, war es, glaube ich, sind die auf die Straße getreten, um 7.32 Uhr war der erste Notruf. Dann gab es faktisch 14 Minuten bis zur Auflösung, wo man hätte sich dem entgegenstellen müssen, extrem herausfordernd, da mit geschlossenen Einheiten heranzukommen. Das ist das eine.

Die andere Seite ist natürlich sozusagen die Psychologie, die Bewohnerinnen und Bewohner oder die Anwohnerinnen, die da betroffen waren, die haben das ja ... nicht nur das wahrgenommen, sondern haben wahrgenommen, dass über einen zum Teil ja noch längeren Zeitraum man Polizei gerufen hat und Polizei nicht kam, also diese psychologische Komponente, mit der wir auch umgehen müssen. Selbst, wenn man sich den Tätern vielleicht nicht mit Aussicht auf Erfolg entgegenstellen kann oder die nicht mehr kriegt, ist es nicht trotzdem gut, sehr schnell da zu sein, um zu signalisieren, Polizei ist vor Ort. Das ist sicherlich eine Frage, um die es da geht.

Bei der Einordnung, wie können wir dem in Zukunft begegnen oder haben wir Ideen, wie wir damit umgehen, muss man, glaube ich, schon auf zwei Komponenten hinweisen. Das eine ist, bei diesem hohen Planungsgrad und diesem sehr schnellen Zuschlagen und sehr schnellen Verschwinden ist natürlich ... wird ein Großteil der Schlacht im Vorfeld geschlagen. Wenn ich keine Informationen, keinen Hinweis, nichts habe, sondern das uns quasi überraschend trifft, dann ist es extrem schwer, in der Geschwindigkeit zu reagieren. Deswegen hat das Ganze auch schon mit der Frage Erkenntnismöglichkeiten auf Ebene von Polizei und Nachrichtendienst zu tun, welche Instrumente haben wir da, wie weit kommen wir rein, auch in so konspirative Strukturen, was, welche Instrumente sind uns auch da in die Hand ge-

ben und welche Instrumente sind uns vielleicht auch nicht mehr in die Hand gegeben. Das ist etwas, was man schon wird betrachten müssen.

Es findet auf sämtlichen Arbeitsebenen, auch natürlich der Innenministerkonferenz, bundesweit eine genaue Analyse statt und wird geguckt, was kann man tun in Zukunft mit solchen Szenarien. Wir müssen damit rechnen. Selbstverständlich wird man sich nach Hamburg und G20 bei vergleichbaren Veranstaltungen als Polizei konzeptionell da noch einmal anders aufstellen. Jeder wird ahnen, dass das was mit Reaktionsgeschwindigkeit zu tun hat. Wir werden aber auch, diese Überlegungen sind noch nicht zu Ende und wir werden wahrscheinlich auch nicht eine Situation haben, wo wir, wenn man eine kluge Idee hat, was man da macht, dann wird es auch nicht so sein, dass man das öffentlich erläutern wird, weil wir schon die Gegenseite auch nicht vorab informieren wollen. Das vielleicht einmal zur allgemeinen Einordnung. Und dann würde ich aber auch den Polizeipräsidenten und auch Herrn Dudde noch einmal bitten, die angesprochenen Fragen noch einmal aus polizeilicher Sicht zu bewerten.

Ralf Martin Meyer: Ja, vielen Dank. Der Senator hat schon vieles erwähnt, was jetzt kommt in der fachlichen Diskussion und der Frage, wie kann man dem entgegenreten, zukünftig entgegenreten. Ich glaube, wir sind heute weiter als vorher, können jetzt sagen, dass man uns mit dieser Aktion düpiert hat, diese klandestine Gruppe, die ich nicht dem Terrorismus zuordnen würde, aber nicht weit davon entfernt, eine sicherlich hoch militante, von besonders kriegerischer Haltung geprägte Gruppe mit einer hohen Bereitschaft, körperliche Gewalt anzuwenden, ist sicherlich so doch sehr überraschend gewesen und ich glaube, man wird sich an einigen Schnittstellen damit befassen können und auch mit der Frage der Streifenwagen, die ja ab 7.32 Uhr bereitgestanden haben – 7.27 Uhr war die erste Tat beziehungsweise Meldung –, die dann aber nicht hingefahren sind, erst nach Abstimmung dann gegen 7.50 Uhr dort hingefahren sind. Möglicherweise kann die Abstimmung noch schneller erfolgen, damit die Bürger sehen, dass Polizei da ist, dass Polizei sozusagen auch in den Fahrzeugen sitzt und agieren kann. Und als jemand, der für die Polizeiarbeit in Hamburg zuständig ist, ist sicherlich das der Teil, an dem ich die Hamburgerinnen und Hamburger, nachdem ich nun so viel weiß darüber, trotzdem um Verzeihung bitte, dass die Polizei da eine so lange Zeit gebraucht hat, bis sie ihnen wieder zur Seite stehen konnte. Vielen Dank.

Hartmut Dudde: Sie hatten ja eben noch einmal die Fragestellung der Vorhersehbarkeit von so einer Situation, immer mit dem Wissen von jetzt. Wir hatten ja mit Kleingruppen gerechnet, also wir haben ja hier polizeiliche Lagen nicht neu erfunden, aber nicht so. Also dass man vorher ganz offen sich in Parkanlagen Depots anlegt, dass man sich verabredet, extrem konspirativ, weil, wie gesagt, es gab ja nicht eine Erkenntnisquelle, die uns das gesagt hätte. Dass es auch so gut läuft, dass nicht einmal Anwohner, Passanten, Bürger zeitgerecht anrufen und sagen Mensch, hier stehen komische Typen, und dann so schlagartig auf die Fahrbahn tritt in der Größenordnung, haben wir ... kann ich mich polizeilich nicht daran erinnern, das in Deutschland schon einmal erlebt zu haben. Wir gehen auch fest davon aus, dass das insofern koordiniert war, weil, sie haben eine Zeit gewählt, 7.30 Uhr, wo alle Finger und auch der Innenstadtbereich ... also es waren alle bis fast alle Kräfte gebunden durch Maßnahmen. Mit anderen Worten, die haben offensichtlich auf Kommando die Zeit genutzt, wo sie wussten, jetzt ist genau richtig, jetzt können wir losgehen, jetzt wird es schwierig für die Polizei.

Und natürlich überlegen wir uns, muss man sich ja überlegen, wie man damit demnächst umgehen kann, wenn man es gewusst hätte. Das Problem ist bloß, wir können natürlich die Kräfte auch nicht irgendwo im Hinterland immer lagern. Also wir haben es ja in Teilen nicht geschafft, die Innenstadt zu durchqueren, ohne angegriffen zu werden. Das hat uns gehindert, denn wenn man jetzt das immer vorher weiß, hätte man gesagt, na klar, ich kann die

LBP über den Elbtunnel verlegen lassen, dann wären sie im Westen der Stadt gewesen. Wir hatten aber zu dem Zeitpunkt Hinweise auf Störungen im Bereich der Sechslingspforte. Deshalb müsste man beim nächsten Mal überlegen, wenn man denn genug Kräfte hat, ob man sie, um Örtlichkeiten zu erreichen, anders aufstellt, was aber immer dann nicht ganz ausschließt, wenn das dann in Bergedorf gewesen wäre, dann wären wir mit unserem Latein auch wieder am Ende gewesen, weil, so konspirativ haben wir es noch nicht erlebt.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank, ist nachvollziehbar. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Das Ganze macht ja zwei Dinge deutlich. Zum einen, mit welcher Aggression und Gewalttätigkeit – und ich finde, man kann es Linksterrorismus nennen – diejenigen vorgegangen sind. Deswegen würde mich da zum einen interessieren, Sie haben den Ablauf jetzt sehr, sehr genau beschrieben, wie ist das rekonstruiert, weil Sie ja gesagt haben, von Anfang mitbekommen haben Sie es nicht. Worauf fußt diese sehr detaillierte Rekonstruktion und haben Sie Erkenntnisse, es ist mehrfach gesagt worden, nicht nur über die Täter, sondern auch über die Frage, wer das koordiniert hat? Gab es Zusammenhang zu den anderen Fingern, zum Camp, gibt es da Erkenntnisse, einmal plump gesagt, wer dahintersteckt, wer das mitorganisiert und koordiniert hat?

Und das Zweite, was es deutlich macht, ist ja tatsächlich, und, Herr Senator, Sie haben diesen Kontrollverlust ja eben selbst sehr dramatisch beschrieben, dass über eine gewisse Zeit hier tatsächlich der Mob nicht nur Angst verbreitet hat, sondern auch massiven Schaden angerichtet hat, die zweite Komponente, dass der Staat eben nicht da war. Deswegen würde mich in dem Bereich interessieren und es ist auch mehrfach in den vorherigen Sitzungen thematisiert worden, die Schwierigkeiten der Verlagerung der Kräfte, ob das, was vorher gesagt wurde, dass man überall in der Stadt die Sicherheit im Griff hat, mit dem Personal so zu gewährleisten war, gerade weil, und das ist auch noch ein Punkt, Altona ja als besonderer Punkt durchaus bekannt war. Ich erinnere an diese Karte, die es im Internet gab, wo ja Altona nicht nur als Ausflugsziel markiert war, sondern auch als Ziel für mögliche Straftaten. Das als Erstes, die Fragen.

Und an Sie, Herr Senator, die Frage, als Sie gemerkt haben, dass es diesen Kontrollverlust gab, dass die Polizei nicht in der Lage war, da die Bürger zu schützen, wann haben Sie das mitbekommen und was haben Sie tatsächlich dabei empfunden. Und dabei würde ich es erst einmal bewenden lassen mit der Schlussbemerkung, ich glaube, weil über Konsequenzen geredet wurde, eine Konsequenz, die man spätestens jetzt haben könnte, ist, dass man den Linksextremismus nicht weiter so verharmlosen darf, sondern die Gefahren durchaus ernst nehmen muss, und darüber werden wir sicherlich auch noch trefflich hier diskutieren müssen.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, ich versuche das einmal in sinnvolle Einzelfragen aufzuteilen. Würden wir starten mit der Frage, wie es der SOKO gelungen ist, so detailliert den Ablauf jetzt zu rekonstruieren, das ist in der Tat sehr beeindruckend vom Ergebnis und von der Qualität der Ermittlungsarbeit. Und vielleicht können wir auch dann im gleichen Zug etwas sagen zu der Frage, lassen sich schon Aussagen treffen über die Herkunft der Täter, wobei ich das noch einmal unterstreichen möchte, was Herr Hieber gesagt hat, wir sind mitten in den laufenden Ermittlungen. Wir haben den festen Willen, diese Ermittlungen auch zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und das bedeutet aber auch, dass wir sehr zurückhaltend sind mit der Information über Ermittlungszwischenstände. Mit der Vorbemerkung zunächst an Herrn Hieber.

Jan Hieber: Ja, das, was ich Ihnen geschildert habe, ist sozusagen eine Zusammenfassung, ein Ergebnis aus ganz, ganz vielen Ermittlungsschritten, die wir machen. Ich will jetzt hier nur einmal ein paar Beispiele nennen. Das ist ja wie ein Puzzle, das sind einzelne Zeugenaussagen, das ist aber auch in vielen Teilen Videomaterial, was uns von der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wurde, einiges ist ja auch frei verfügbar im Netz. Einige Dinge konnten wir sozusagen auch mehr oder weniger exklusiv bekommen und entsprechend auswerten. Und all das zusammen ergibt dann diesen Ablauf, den ich jetzt geschildert habe, den wir als sehr gesichert so sehen können. Der steht so fest.

Zu den weiteren Fragen, wer steckt dahinter, würde ich auf das verweisen, was der Senator gesagt hat, und kann da keine Ausführungen machen.

Senator Andy Grote: Zu den weiteren Fragen, Kontrollverlust und hätte man das nicht doch irgendwie verhindern können: Wir haben ja festgestellt, wir sprechen über 19 Minuten, nimmt man noch einmal die Zeit vom Auf-die-Straße-Treten bis zur ersten Meldung, die für 7.32 Uhr, glaube ich, notiert ist, sind wir nur noch bei 14 Minuten. Das macht es ein bisschen verständlicher. Gefühlt für die Menschen war das wesentlich länger und war verbunden mit einer schwerwiegenden Verunsicherung und dem Gefühl, Polizei kommt nicht. Damit müssen wir umgehen und das müssen wir in zukünftigen Fällen besser machen. Das ist nicht unser Anspruch, sozusagen wie wir wahrgenommen werden wollen und wie wir auch für Sicherheit in der Stadt sorgen wollen. Gleichwohl bleibt es eben so schwierig, wie es sich jetzt aus der Darstellung auch ergibt.

Hätten wir Kenntnisse haben können, gab es nicht irgendwelche Karten, in denen was eingemalt war? Wir hatten natürlich, wie das nicht unüblich ist bei solchen Ereignissen, gab es so Material, wo dann irgendwie einmal hier ein Geldsack und da irgendwas anderes eingemalt war, so nach dem Motto, da sind Reichterviertel und da sind große Konzerne und da ist dies und da ist das. Die hatten wir allerdings in großer Zahl und in ganz unterschiedlichen Teilen der Stadt. Und wir haben ja vorhin gehört, dass wir durchaus aber auch dezentrale Aktionen, auch Angriffe auf Reizobjekte und eben auch auf Aktionen in solchen Stadtteilen, aber auch in anderen Stadtteilen vorbereitet waren. Der konzeptionelle Ansatz war, das läuft gemeinhin unter der Überschrift Kleingruppentaktik, der konzeptionelle Ansatz war, dort mit den Kräften der PKs diese Lage dann schnell in den Griff zu bekommen. Wenn wir an jedem dieser Orte, die da eingezeichnet waren, Hundertschaften postiert hätten, hätten wir ein Problem bekommen. Wir müssen immer davon ausgehen, dass solche Karten auch produziert werden, um Polizeikräfte zu verteilen in der Stadt. An fast keinem dieser Orte, die da eingezeichnet waren, ist es zu irgendetwas gekommen, das muss man auch immer wissen bei all diesen Hinweisaufkommen. Es gibt immer auch ganz viele Hinweise, wo dann anschließend auch gar nichts passiert.

Insofern hat man sich konzentriert auf die Orte, wo wir eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit hatten, dass es zu Angriffen kommen würde, das sind die beschriebenen, für den Gipfel bedeutenden, für den Ablauf des Gipfels symbolischen und bedeutenden Orte plus Hafen, das waren die hauptsächlichen Ziele, und eben die Protokollstrecken oder die Transferstrecken. Darauf waren wir vorbereitet. All diese Angriffe haben auch stattgefunden. Die sind alle auch polizeilich abgearbeitet und abgewehrt worden. Das ist ja nicht so, dass das nicht passiert wäre. Die Karte gibt es ein bisschen wieder. Wir wissen, dass im weiteren Tagesverlauf es praktisch überall in diesem Bereich schwerste Auseinandersetzungen fortlaufend gegeben hat, weil genau diese Aktionen ja auch verfolgt worden sind.

Und das, noch einmal, der Teil, der nicht erwartet werden konnte nach allen Erkenntnissen, die wir hatten, war die Größe dieser Gruppe und ihr Organisationsgrad, ihre Entschlossenheit, sozusagen das Ausmaß an, sagen wir einmal, verbrecherischer Konsequenz, die in

dem Vorgehen lag, und die praktische, ich will nicht sagen Unmöglichkeit, aber fast, das fast praktische Ausgeschlossenensein, da auch schnell genug zu reagieren.

Wie habe ich mich dabei gefühlt? Das ist ein furchtbares Gefühl, wie Sie sich vorstellen können, weil man das ... man hat ja auch nicht sofort alle Erkenntnisse. Man weiß aber, da ist was schiefgelaufen. Das hat, glaube ich, jeder gefühlt, der die Bilder gesehen hat. Es waren ja sehr schnell, gab ja sehr schnell auch Videos von der Situation auf der Elbchaussee. Und alle Meldungen, die dann reinkamen, haben ja sozusagen dieses Bild bestätigt, dass da an einer Stelle eine Situation nicht unter Kontrolle war und auch nicht schnell genug unter Kontrolle gebracht werden konnte. Und das ist etwas, was wir uns vorgenommen hatten, was nicht passieren sollte.

Insofern ist das ein schreckliches Gefühl, wenn man dem eigenen Anspruch nicht gerecht wird, es ist aber auch ein gewisses Entsetzen darüber, dass eben etwas geschieht, was das für möglich Gehaltende noch einmal ein Stück weit überschreitet. Und ehrlicherweise, wenn man jetzt die Details hört, wie diese Gruppe vorgegangen ist, dann, finde ich, verstärkt sich dieses Erschrecken und dieses Entsetzen noch einmal. Und dann gibt es natürlich auch ein Gefühl von Ohnmacht und auch von dem Gefühl, dass man auch der eigenen Verantwortung an dieser Stelle oder der Verantwortung, die wir als Sicherheitskräfte in der Stadt haben, eben nicht voll entsprechen konnten. Das ist ein furchtbares Gefühl.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Eine Nachfrage von Herrn Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Ganz konkret zu der Frage, vor dem Hintergrund, dass es dieses politische Versprechen gab und vor dem Hintergrund dessen, was angekündigt war, wo es Hinweise gab, war die Polizei personell in der Lage, das Versprechen, das politisch gegeben wurde, überhaupt umsetzen zu können?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also ich denke, wir haben dargestellt, dass wir konzeptionell von der Gesamtaufstellung auf alles, was überhaupt erwartbar war, eingestellt waren und auch mit fast praktisch allem, was an Lagen entstanden ist, auch umgehen konnten, auch umgegangen sind, mit dieser einen Ausnahme, die aber nicht mit Kräften zu tun gehabt hat, weil, so viele Kräfte hätte man in der ganzen Stadt gar nicht aufstellen können. Sie hätten ja überall, das hätte praktisch überall passieren können oder an vielen Stellen der Stadt. Und wir hätten, also die Zahl an Kräften ist kaum vorstellbar, die man braucht, um das zu unterbinden. Aber zu dem Punkt noch einmal der Polizeipräsident.

Ralf Martin Meyer: Ja, mein Bedauern darüber, dass uns das im Vorfeld nicht gelungen ist, diese Erkenntnisse zu gewinnen, weder im Ausland noch im Inland, habe ich zum Ausdruck gebracht. Aber, Herr Gladiator, Sie haben gefragt, ob es was mit Polizeikräften zu tun hat und dazu würde ich Ihnen gern das Beispiel geben, dass man den Wohnsitz unseres ehemaligen Bürgermeisters mit einer klandestinen, ähnlich operierenden Gruppe aufgesucht hat, während vor dem Haus ein Container mit Polizisten war, und man auch dort so vorgegangen ist, also nicht in der Größenordnung, in einer kleineren Gruppe, aber so, dass diejenigen, die zum Personenschutz dort eingeteilt waren, sich nur in ihren Container zurückziehen konnten, um nicht lebensgefährlichen Schaden zu nehmen. Man hat sich den Rückzug gesichert mit Krähenfüßen, also in einer ähnlichen Art und Weise, wie wir das hier hatten. Und es ist auch damals nicht gelungen, Festnahmen zu machen, einzig ein Fahrrad eines der beteiligten Täter konnte man durch einen Zivilfahnder, der sich, ich sage einmal, in der Nähe befand, dass er dieses Fahrrad dann ergreifen konnte, die Gruppe ist auch so entkommen.

Also diese Gruppen, wenn wir das im Vorfeld nicht wissen, wenn sie sich sehr, sehr geheim, klandestin vorbereiten an einem Punkt, an dem sie nur ganz kurz, und das ist eben bei die-

sem Großeinsatz auch, nur einige Minuten agieren, dem ist so nicht beizukommen, außer Sie würden im Vorfeld die Erkenntnis haben und sammeln können, wer so was plant. Aber genau das ist die Schwierigkeit.

Vorsitzender: Wann war das, was Sie jetzt eben gesagt haben?

Ralf Martin Meyer: Da muss ich jetzt Vermutungen anstellen, 2000..., ich guck einmal den damaligen Staatsschutzchef an.

Vorsitzender: Ja, ja, es war nicht im Zusammenhang mit dem ...

Ralf Martin Meyer: Nein, nein, nein, das war in Hamburg 2016, '15, irgend so was.

Vorsitzender: Alles klar, danke. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Ich habe mir ja die öffentlich zugänglichen Videos auch angesehen und kann das vollständig bestätigen, was Sie sagen. Das war eine paramilitärische Aktion. Das war eine sehr große Gruppe, das war eingeübt, das war abgestimmt, wer an welches Auto geht, welche Scheibe einschlägt. Das fand ich sehr erschütternd und sehr erschreckend und ich konnte mir bis dahin so was nicht vorstellen, aber es ist vorgefallen. Ich habe natürlich einige Fragen an Sie, will die aber angesichts dessen, dass Sie ja auch sehr, wie soll ich einmal sagen, schon mit einer gewissen selbstkritischen Haltung rangegangen sind, will ich die auch zurückhaltend stellen.

Es ist ja im Vorfeld und auch ... gesagt worden, man konnte sich das so nicht vorstellen. Jetzt haben wir uns immer ... ich hatte es mir auch nicht vorstellen könnten, also um es zu sagen, aber wir haben uns dann noch einmal angeguckt die Ereignisse bei der EZB-Eröffnung. Und bei der EZB-Eröffnung gab es eine Gruppe von Tausend, wenn ich das gesehen habe, die über die Zeil gezogen ist, also die Polizei war darauf ausgerichtet, war schon darauf eingestellt, dass an verschiedenen Orten was stattfinden kann, war aber im Wesentlichen darauf eingestellt, die EZB zu schützen und die Wege dorthin. Und dann hat es diese Aktion, und ich habe mir das Polizeivideo angesehen, das ist ähnlich. Das ist auch so geübt, so paramilitärisch, so, wo die Leute sich aufeinander verlassen. Und deshalb frage ich, jetzt nicht, ob Sie sich vorstellen konnten, in der Elbchaussee, weil ich glaube, den Ort konnte man überhaupt nicht. Das hätten auch ganz andere Orte sein können, aber ob Sie sich nicht vorstellen hatten können oder sich vorgestellt haben, dass eine solche ähnliche Aktion an irgendeinem nicht bekannten Ort in Hamburg stattfindet und ob man sich nicht doch in gewisser Weise so darauf vorbereitet, dass man, wie soll ich einmal sagen, freie Kräfte hat, also Kräfte, wo man sagt, die verschiebt man schnell da hin.

Jetzt weiß ich um die Schwierigkeiten, aber es ist uns ja aufgefallen, der erste Hubschrauber war um 7.44 Uhr da. Der war vorher in der, wie heißt die Straße noch, Schützenstraße. Der war über der Schützenstraße, ist um 7.33 Uhr, sollte er irgendwie woanders hin und ist dann später, 7.44 Uhr, als erster Hubschrauber, soweit ich weiß, dann über der ... also da waren die sich ja am Auflösen, also da gewesen, vor Ort gewesen. Aber meine Frage ist schon, warum hat das trotzdem so lange gedauert? Ich meine, ein Hubschrauber ist, ich bin jetzt keine Hubschrauberpilotin, aber ich denke einmal, in zwei, drei Minuten, wenn der schon sowieso irgendwie aufgestiegen ist, in der Stadt kreist, das hätte natürlich auch nichts an den Taten geändert, aber vielleicht hätte es ermöglicht, dass man Bilder macht oder irgendwie so was.

Dann wird ja aus dem EPS auch deutlich, dass die – wie heißt die jetzt, Augenblick, ich muss einmal eben gucken –, genau, aus dem Erfahrungsbericht der EA Aufklärung, nein, nicht aus dem EPS, sondern aus dem Erfahrungsbericht, dass die von ja ... Da heißt es, dass die diversen Fahrzeugbrände am Morgen des 7. Juli sehr ... relativ lückenlos, aber eben auch

zunehmend hilflos gemeldet worden sind, weil über einen langen Zeitraum keine Einsatzkräfte zur Verfügung waren. Jetzt war ja irgendwie die EA Aufklärung offensichtlich da und meine Frage ist schon, würden Sie im Nachhinein sagen, dass es irgendeine Möglichkeit gegeben hätte, diese durch freie Kräfte oder was weiß ich, die doch zum Einsatz dort richtig zu bringen, weil das, ich meine, was das bedeutet, ich glaube, für alle Beteiligten, ist, das war, also auch für mich, sagen wir einmal, das war ein riesiges Desaster. Diese Elbchaussee war, also ich kann es gar nicht anders ausdrücken, war ein Desaster. Das war für mich jetzt ein Desaster und es war ja, Sie haben es ja angedeutet, auch für die Polizei natürlich ein Desaster.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Zu diesen beiden Fragen, Vergleichbarkeit mit Vorgängen rund um die EZB-Eröffnung und auch zu der Frage, gab es konkrete Möglichkeiten, vielleicht auch Einsatzkräfte heranzuführen, zunächst Herr Dudde, der das dann vielleicht für Ergänzungen weitergibt.

Hartmut Dudde: Also zum Thema EZB-Einsatz in Frankfurt müsste man jetzt das ganze Konzept einmal ausbreiten, warum auch nur sehr schwer schnell Kräfte dorthin verlegt werden konnten. Die hatten eine ganz andere Transportlogistik für Kräfte. Also deshalb hat es da länger gedauert. Zur Lagebewertung, also wieweit musste man sich auf Frankfurt hier in Hamburg einstellen, würde Herr Hieber gleich noch eine Kleinigkeit sagen. Und ich würde Ihnen gern noch einmal was sagen zum Thema, weil wir auch über Zeiten reden, also ohne jetzt hier lange Abhandlungen über, wie läuft so ein Einsatz.

Also wenn Sie im Führungsstab sitzen und um 7.30 Uhr, sage ich einmal, damit wir eine glatte Zahl haben, sagt einer, da brennt ein Auto in Altona. Ja, brennt ein Auto in Altona. Die Dimension, also jetzt kommen wir aus der Kirche und sagen, ja, genau, weil Sie ... was Sie sagen, hätten wir uns ja gar nicht vorstellen können, was da für eine Dimen ... Also die Dimension zu erkennen, weil es ist natürlich nicht so, dass Sie in Echtzeit dann sagen, ah, jetzt brennt ein Auto, das werden wahrscheinlich 200 konspirative Typen sein, die weiter brandschatzend durch Altona ziehen, sondern Sie brauchen ja auch sozusagen, sagen wir einmal, drei, vier Minuten in der Bewertung, zu sagen, oha, da platzt jetzt grad ein richtiges Problem auf. Das sehen Sie auch an der Zeit Rondenbarg, da war ja auch nicht irgendwie, die gehen los und zack ist Polizei da, sondern man muss gucken, oh, entwickelt sich, Kräfte hin entsenden dauert ein paar Minuten.

Ich will also sagen, vier bis fünf Minuten gehen wirklich flöten durch Lagebewertungen. Also nach dem Motto Und dann habe ich Ihnen das Bild ja aufgezeigt, damit man nicht vergisst, was doch drum rum alles war. Da muss man sich entscheiden, wo setze ich jetzt die Lücke. Es war ja nicht so, dass jetzt Kräfte im Raume standen, die sagten, vielleicht haben Sie ja einmal einen Auftrag für uns, sondern die waren alle gebunden. Also es waren alle eigentlich im Gefecht oder gebunden. So, dann musst du den Kräften sagen, das ist auch in der LBP so dann teilweise umgesetzt worden, keine Personen mehr aufstoppen, anhalten, nur Lagebereinigung und sofort weiter Richtung Altona. Nur, wie gesagt, wenn man dann, wie auch die Festnahmehundertschaft aus Niedersachsen, ständig angehalten wird, weil man einfach nicht mehr durchkommt und immer wieder in Auseinandersetzung ist, dann zieht sich das.

Es ist auch gar nicht das Problem mit dem Hubschrauber. Es ist ja nicht so, dass wir polizeilich sagen würden, wir haben das gar nicht mitgekriegt. Wir haben ja ab 7.29 Uhr gewusst, was da passiert. Also das war bei ... steht ja nie in Rede, dass wir irgendwie was vergessen hätten, sondern wir wussten alles. Ob ich dann noch die Bilder aus dem Hubschrauber dazukriege, das ist dann nice to have, die lösen mir die Lage unten aber leider nicht. Und inso-

fern, da können Sie sicher sein, dass wir alles versucht haben, um dort schnell Kräfte hin zu kriegen. Und ich hatte das vorhin ja gesagt, wir haben in Deutschland nichts Besseres, Schnelleres als Festnahmehundertschaften und, das sage ich auch für Hamburg immer ganz deutlich, unsere eigene Landesbereitschaftspolizei, die zumindest die Ortskenntnis hat. Und selbst mit denen ist es uns nicht gelungen, und das ist ärgerlich, das können Sie sich ja vorstellen. Wir holen ja nicht alle Festnahmehundertschaften hier nach Hamburg, um dann tatenlos zuzusehen, wie zehn Minuten lang, ohne dass wir reagieren können, da Autos angezündet werden. Also schlimmer geht es nicht. Aber es hat nicht funktioniert.

Vorsitzender: Ja, bitte.

Abg. Christiane Schneider: Ich hätte noch die Nachfrage, Sie hatten ja gesagt, Sie haben versucht, die niedersächsische Einheit, Einheiten ranzuholen, aber in der relativen Nähe war ja die WEGA und die USK Bayern in der Schützenstraße und haben sich dort mit dem grünen und blauen Finger angelegt, sage ich einmal. Und die sind um 8 Uhr losgeschickt worden in Richtung Elbchaussee. Da war es natürlich zu spät. Warum sind die nicht zum Beispiel eher losgeschickt worden?

Senator Andy Grote: Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Na ja, das ist ja das, was ich eben sagte. Dieser Mob in Altona, der wird sich nicht abgestimmt haben mit den anderen, was die machen. Aber das USK und WEGA war gebunden, mit dem grünen Finger den neuen Marschweg zu kooperieren. Und da muss man eben, das ist ja dann die Führungsstabentscheidung zu sagen, lasst die jetzt gehen, ist mir egal wie, und wenn die unbekleidet weitergehen. Ihr müsst euch von denen lösen und dann in Richtung Altona verlegen. Aber das hört sich auch immer so schön einfach an, einfach einmal weggehen, lösen. Also Autos holen, gucken, wo ist das, aufsitzen, Türen zu, neuer Auftrag, losfahren. Da geht Zeit ins Land. Und die sind alle schon schnell, das ist ja kein ... da braucht man ja keinen zum Jagen tragen, die wollen ja alle, aber es ist faktisch, es dauert einen Moment. Wir haben ja auch gleich die ... wir hatten noch ... BFUen entlang der Transportstrecken, da lief ja immer noch, die Anfahrt der Staatsgäste. Wir hatten Hinweise auf Sengelmannstraße. Die haben wir da oben abgezogen, gesagt, die Lücke ist egal. Aber wenn Sie aus dem Bereich Sengelmannstraße versuchen, nach Altona zu fahren, an dem Tag, also, ich sage einmal, selbst bei günstigen Bedingungen, unter 10, 15 Minuten ist da nichts zu machen. Setzt voraus, dass Sie wissen, wo Sie hinwollen und dann auch schnell ankommen. Und das waren eben die Probleme, die wir an dem Morgen da hatten.

Und zum Thema Aufklärung, weil Sie sagten, es waren ja irgendwann Aufklärungskräfte da, ja, genau, aber das ist dann ja der normale Weg. Die waren halt nur schneller. Die sind in der Nähe gewesen, auch auf Fahrrädern, die fahren mit der Bahn dahin, mit dem Pkw und wir hatten nach, wenn ich auf den Zeitplan gucke, so nach ungefähr zehn Minuten Aufklärung hinten dran, also hinter dem Aufzug, die das bestätigten, was wir sozusagen über die Notrufe bekommen hätten.

Vorsitzender: Frau Möller. So, die Fragen sind beantwortet, ja? Frau Möller.

Abg. Antje Möller: Ja, im Grunde würde ich gern so eine Karte mit der Einsatzsituation, die Sie da in diesen drei oder vier Stunden beschrieben haben, hätte ich gern sozusagen das andere Modell dazu, um besser erkennen zu können, wo Sie Ihre Leute stehen hatten. Weil, dieses ist ja teilweise etwas ... Also, wir haben ja eben lange genug drüber geredet, da, wo Sie eingreifen mussten, die Situationen, die waren ja teilweise schon eine Stunde vorbei zum Beispiel eben am Rondenberg. Oder in Stellingen hat sich herausgestellt, dass eben nicht tausend Leute gekommen sind, sondern da steht jetzt die Zahl 120 und so. Also, ich ... Sie sagen das sehr deutlich ja selbst, es ist, es hätte anders sein müssen, aber ich finde es im-

mer noch sehr schwer nachvollziehbar, wie Sie sich dann aufgestellt hatten, um möglichst breit auch agieren zu können. Und ich weiß nicht, ob es das als ein ähnliches Bild gibt?

Und ganz konkret will ich noch einmal fragen wollen, also, Sie haben so, wie man es im EPS nachvollziehen konnte, um 7.50 Uhr dann also Kräfte aus dem Hafen geholt. So, da war dann ja scheinbar die Situation am ehesten so, dass Sie gesagt haben, da kann man jemanden abziehen, aber ... also, das war natürlich auch der schwierigste Weg zum Hinkommen. Und die Frage ... auf dem ersten Bild konnte man, glaube ich, sehen, dass Sie hoch bis zum Flughafen auch noch verschiedene Leute stehen hatten. Ist das so rum auch überlegt worden, von da abzuziehen? Also, vielleicht kriegen wir das Gesamtbild nie zusammen, aber es wäre ganz schön, wenn man einmal neben den Einsatzorten, die Sie hier oder Einsatzsituationen, die Sie hier beschrieben haben, auch einmal sehen kann, wie Sie denn die Kräfte verteilt hätten über die Stadt.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Wir haben uns im Vorfeld natürlich überlegt, wie wir das darstellen und auch, ob man das übereinanderlegen kann so eine Darstellung mit, wo stehen die Kräfte. Wir haben uns dagegen entschieden, weil es komplett unübersichtlich wird, weil sich in dem Zeitraum, der hier abgedeckt ist, die Kräfte natürlich alle bewegt haben, die sind ja nicht statisch gewesen. Wir haben die Grund..., die Startaufstellung gezeigt um 6 Uhr und ab dann war Bewegung. Da haben sich die Stärken verändert, da haben sich die Positionen verändert, da hatte ich alle zehn Minuten eine andere Situation. Das heißt, wenn man da heute so draufguckt und sagt, hätte man nicht die von da nach da und die anderen von da nach da, ganz so ... das spiegelt nicht das wider, wie sich so ein Gesamtgeschehen und so ein Einsatzverlauf dann entwickelt. Dazu würde ich aber noch einmal, um das ein bisschen verständlicher oder verstehbarer zu machen, den Polizeipräsidenten noch einmal bitten, das ein bisschen genereller einzuordnen. Und zu den einzelnen konkreten Fragen, hätte man nicht doch vom Flughafen oder von hier oder von da, welche schneller ranführen können, noch einmal Herrn Dudde. Aber vielleicht zu diesem Gesamtbild, wie hat man sich so einen Einsatz vorzustellen und, ja, noch einmal den Polizeipräsidenten.

Ralf Martin Meyer: Wir haben mit der ersten Darstellung, die ich ja gemacht habe, und vielleicht können wir die noch einmal zeigen, ja die Grundaufstellung gezeigt, um damit auch jetzt vielleicht doch noch einmal mit den Schmerzen der Elbchaussee, diese Grundaufstellung deutlich zu machen, dass überall in der Fläche Polizei war und wir uns so eben in Erwartung der Erkenntnisse, die wir hatten, aufgestellt haben. Also, wo soll es hingehen, abwartend und dann Kleingruppen in den Revieren. Das Problem ist ja nicht in so einer Situation, wenn man plötzlich überrascht wird von so einer Situation wie in der Elbchaussee, das nennt man ja Krise, dann braucht man da eine Adaptionszeit, bis man diese Phase bewältigt. Und es ist ja, das, was Zeit kostet, ist ja die Situation festzustellen, dass das nur was für Hundertschaften ist. Die Streifenwagen hält man noch einen Moment zurück, die bleiben also auf dem Hof stehen, das heißt, PK21 ist ja direkt um die Ecke, aber die haben halt abgewartet, weil man ihnen gesagt hat, das ist eine Großgruppe, da könnt ihr nicht ran, da müsst ihr zurückbleiben. Und nun ergibt es sich ja erst, und jetzt darf man sich das wirklich nicht so vorstellen, dass Herr Dudde da im Führungsstab sitzt, und klickt jetzt auf die Einheiten und schiebt die rüber, sondern der schickt jetzt Hundertschaften hin, die plötzlich nicht ankommen, weil sie irgendwo auf der Strecke durch Bewurf oder Ähnliches gebunden werden. Bis sich diese Erkenntnis in so einer Phase, in so einer Krisenphase dann durchsetzt und die nächste Entscheidung getroffen werden kann, dauert es eine Zeit. Und diese Minuten, die da vergehen, die haben natürlich auch damit zu tun, dass diese verschiedenen Erkenntnisse erst einmal wieder ankommen müssen und dann muss man wieder reagieren.

Und am Ende war es ja sogar bei den Streifenwagen so, dass man irgendwann 7.50 Uhr gesagt hat, jetzt fahrt hin, jetzt könnt auch ihr hinfahren, da brennen jetzt nur noch Autos, jetzt könnt ihr der Feuerwehr helfen und den Menschen gegenüberstehen. Also man muss sich das einfach so vorstellen, dass das sehr, sehr beweglich ist das Ganze, viele Dinge auf einmal passieren und so passieren, wie sie im Rahmen dieser Auftragstaktik. Deswegen hatte ich das noch einmal erwähnt, eben durch den zentralen Steuerer erst nach einer gewissen Zeit erkennbar werden und er dann reagieren kann. Und deswegen gehen da sehr schnell bei einer Gruppe, die so vorgeht, also so geordnet und relativ zügig in nicht einmal 20 Minuten, ist es dann zu schnell, um darauf reagieren zu können. Da brennen noch die letzten oder die ersten Autos brennen immer noch und die sind aber eigentlich schon viel, viel weiter und man läuft denen dann in gewisser Weise hinterher.

Hartmut Dudde: Und für die, wie wir Kräfte umgestellt haben, also, wir können die natürlich benennen, wo die standen, also das ist ja klar. Wir haben nicht um 7 Uhr oder kurz vor 8 Uhr die Landesbereitschaft aus dem Hafen geholt, sondern schon um 7.07 Uhr, das war 20 Minuten, bevor überhaupt in Altona was passierte, weil man ja schon merkte, dass der Hauptpunkt wohl die Innenstadt sein wird. Also die waren schon auf dem Weg. Und wenn es deshalb ... das konnte man auf der anderen Karte ja sehen, habe ich ja gesagt, um 7.23 Uhr geraten die in der Sechslingspforte auch in Störung. Das waren zwei Hundertschaften ... Herr Ferk kann es besser beschreiben, er war da ja unterwegs mit der LWP. Auf der Ludwig-Erhard-Straße, indirekt Richtung Altona, geraten die in den lila Finger und es gibt Auseinandersetzungen. Wir hatten die BFUen in der Innenstadt, Lombardsbrücke, Steinstraße, Heiligengeistfeld, Stephansplatz, Kennedybrücke, Sengelmannstraße, anfangs auch in der Alsterkrugchaussee wegen Anfahrsstrecke der Dings.

Alsterkrugchaussee, das sind die Kräfte, die in der Schützenstraße sich dann um den grünen Finger kümmern, die hatten wir schon zeitgerecht da wegegeholt, weil wir gesagt hatten, dann geben wir die Strecke da oben eben auf oder stoppen die Anfahrt der Staatsgäste. Also wir haben an allen Ecken versucht zu gucken, wo kann man ein Risiko eingehen, wo kann man sagen, wo kann ich den Bereich aufgeben. Weil, eins ist auch klar, wenn dann in dem Bereich was passiert wäre, hätte jeder zu Recht gesagt, das hatte euch aber jemand gemeldet, dass es da passiert. Und der Bereich Hafen war jetzt nicht so eine Option, da könnte was passieren, sondern das waren eben die Reizobjekte, die Infrastruktur, das wissen wir ja alle, wenn man die Köhlbrandbrücke bei uns blockiert, den Hafen und sich auf die Elbbrücke setzt, dann kriegen wir ein massives Problem hier in Hamburg. Und das war ... den konnte man nicht aufgeben, deshalb sind auch noch zwei Festnahmehundertschaften erst einmal im Hafen geblieben, da waren ja auch Demonstranten. Es ist ja nicht so, dass der Raum, dass da gar keiner war, die auch verumumt auch da unterwegs waren. Nur im Enddefekt ist da dann nicht passiert.

Und ich weiß nicht, ob wir noch einmal über die Aufstellung der Kräfte ... Wir haben die beiden ja hier ...

Senator Andy Grote: Ich würde jetzt erst einmal den Staatsrat noch einmal bitten um eine Ergänzung.

Staatsrat Bernd Krösser: Ich glaube, es ist so ein bisschen die Frage, die nach meinem Eindruck bei allen so ein bisschen mitschwingt, warum hat man keine freien Kräfte verfügbar, die man extra für unvorhergesehene Vorfälle einsetzen kann. Das ist, glaube ich, so eine zentrale Frage, die im Moment noch im Raum steht. Und da bitte ich Sie einfach noch einmal, auf diese Startaufstellung zu gucken und dann sehen Sie, dass wir eigentlich 13 Hundertschaften ungebundene Kräfte hatten, nämlich die Eingreifkräfte. Eingreifkräfte sind eigentlich so vorgesehen, dass man sagt, die haben jetzt noch keinen festen Auftrag,

sondern die sollen dahin gehen, wo es dann anfängt, Probleme zu geben, und dann an den entsprechenden Problemstellen die dort vorhandenen Einsatzkräfte zu unterstützen. Das heißt, sie haben Kräfte, die Sie an einen bestimmten Ort stellen und sagen, da hast du einen festen Auftrag, eine Sperrung einzunehmen, Verkehrsmaßnahmen zu treffen, Objektschutz zu machen oder sonst etwas zum Beispiel an einem Hotel Objektschutz zu machen, die sollen das erst einmal selbstständig erledigen. So, jetzt kommen die aber irgendwie in Probleme, weil größere Störergruppen dort hinkommen, dann müssen Sie irgendwie Kräfte haben, die Sie da hinschicken können. Dafür haben Sie solche Kräfte wie diese Eingreifkräfte, die haben zu Anfang noch keinen Auftrag. Wenn sich die Lage dann entwickelt – und das ist, glaube ich, die Situation, in der wir dann um 7.30 Uhr so etwa waren –, wenn sich die Situation dann entwickelt, dann sind diese bisher ungebundenen Eingreifkräfte aber zunehmend in Einsätzen gebunden, in Unterstützungseinsätzen für die eigentlich mit festen Aufträgen versehenen Kräften an Absperrpunkten, an Objektschutzstrecken, an Protokollstrecken überall da, wo wir dann eben feststellen, es gibt Aufgaben, die die eigentlich mit festen Aufträgen versehenen Kräfte nicht alleine erledigen können, Störergruppen, die an Punkten auftauchen, die man eigentlich so nicht vorgesehen hat. Hätten wir eine Situation gehabt, wo wir gesagt hätten, diese 13 Einsatzhundertschaften wären alle noch ungebunden gewesen, dann wäre es Herrn Dudde mit Sicherheit sehr schnell gelungen, eine dieser Hundertschaften zu verlegen. Wenn dann aber diese Kräfte alle mit eingebunden sind in Einsätzen, dann ist auch nicht immer unbedingt die nächstgelegene Einsatzhundertschaft am schnellsten rauszulösen und an einen anderen Ort zu bringen, sondern dann muss man gucken, in welcher Einsatzsituation stecken die gerade. Was bedeutet das eigentlich, diese Einheit abziehen? Wie lange braucht die dann eigentlich, bis sie sich aus dieser Situation herausgelöst hat? Manchmal muss sie dann auch über längere Umwege fahren, damit sie überhaupt aus der Situation rauskommt, sodass der Polizeiführer oder der Leiter Eingreifkräfte dann tatsächlich gezwungen ist, sich die Gesamtsituation anzugucken und zu sagen, nicht immer die nächststehende Einheit ist am schnellsten da, sondern manchmal auch eine Einheit, die etwas weiter weg steht, aber sich besonders gut aus einer Situation herauslösen kann. Dass die dann das Pech hat, auf dem Weg zu dem neuen Einsatzort ständig in neue Konflikte hineingezogen zu werden, das ist dann etwas, das eben schwer kalkulierbar ist. So aber, ich glaube, daraus wird noch einmal deutlich, wir waren sehr wohl aufgestellt, mit 13 Hundertschaften nämlich im Grunde genommen auf unvorhergesehene Situationen reagieren zu können. Nur als diese Situation an der Elbchaussee eintrat, waren wir eben mit all diesen 13 Hundertschaften eigentlich schon einsatzmäßig gebunden.

Senator Andy Grote: Vielleicht auch noch einmal zum Verständnis, Sie haben ja ... wir haben ja immer einen kleinen Zeitversatz sozusagen von dem tatsächlichen Losmarschieren bis zum ersten Notruf, bis zu dann dem Umgang damit, der Einschätzung, was ist das eigentlich. Dann, dem sich darum kümmern, wo haben wir jetzt welche Kräfte, um darauf zu reagieren. Mit denen kommunizieren, die Rückmeldung und, und, und. Jedes Mal vergeht ein bisschen Zeit und dann ist einfach, dann schmilzt dieser Reaktionszeitraum am Ende auf wenige Minuten zusammen, die Sie alleine ... in der Sie dann die Wegstrecke einfach nicht mehr bewältigen können. Das ist sehr unbefriedigend, wenn man sich das jetzt anguckt und sagt, da war doch so viel Polizei, aber es ist eben zu dem Zeitpunkt einfach auch sehr, sehr viel passiert. Es war ja nicht schlagartig so, dass alle sich jetzt hätten konzentrieren können auf Altona, sondern die Einordnung auch, Altona im Kontext dessen, was insgesamt in der Stadt passiert ist, hat natürlich auch eine Weile gebraucht und es gab hohes Einsatzaufkommen, hohes Kommunikationsaufkommen und dann musste man diese Situation versuchen, da einzufädeln, das war sehr, sehr schwierig. Vielleicht hilft es auch noch, wenn man einmal darauf hinweist, dass unser Eindruck, unser Bild jetzt schon ist, dass die anderen Beteiligten an verschiedenen Aktionen, die anderen Finger, auch die, die am Rondenbarg

waren, zwar nicht wussten, was die Gruppe Altona macht und plant und dass das überhaupt stattfinden würde, dass aber die Gruppe Altona umgekehrt sehr genau wusste, welche Planung es bei den anderen Beteiligten gab. Also dass man schon sehr genau sich da, sage ich einmal, rein zeitlich und örtlich reinorchestriert hat und auch, sagen wir einmal, gewisse Erkenntnisse darüber hatte, welche Polizeikräfte stehen wo, wie läuft Polizeitaktik, mit welchem polizeilichen Verhalten und Reaktionsmöglichkeiten ist zu rechnen und welchen Zeitraum haben wir, um zu agieren. Das war schon ein sehr, auch in dieser Hinsicht, ein sehr, sehr gut vorbereitetes Vorgehen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Jarchow, bitte.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Ich habe gerade spontan gedacht, als ich mir das angeguckt habe, dann können wir ja wirklich froh sein, dass die Staatsgäste nicht, wie von Ihnen angenommen, am Freitagmorgen angekommen sind hier bei uns, ich weiß nicht, was dann passiert wäre.

Ich habe zwei Fragen. Zum einen eine Frage nach der Bundespolizei, die meines Wissens nach ja am Bahnhof Altona stationiert war, mit wie vielen Kräften, würde ich gern wissen. Gab es da keine Möglichkeit, die zur Hilfe zu rufen? Das ist das eine.

Und das Zweite wäre meine Bitte, dass Sie – Sie haben das zwar am Anfang schon kurz erwähnt – dass Sie vielleicht doch noch einmal uns hier schildern, was es mit dieser in der Presse lancierten Meldung von 6.17 Uhr am Freitagmorgen auf sich hat. Dafür wäre ich dankbar. Danke schön.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ja, vielen Dank. Dann zur Situation Bundespolizei in Altona, würde ich sagen, Herr Dudde, der das dann aber wahrscheinlich weitergeben wird, entweder ... Herr Hieber hat ja ein bisschen was zu Altona gesagt, wie da das Zusammentreffen war, aber dann kann vielleicht Herr Grossmann das noch ergänzen. Also zunächst Herr Dudde und dann mit der Möglichkeit, das direkt weiterzugeben.

Hartmut Dudde: Ja genau, zu den Maßnahmen der Bundespolizei würde ich das gern an Herrn Grossmann übergeben.

Norman Grossmann: Das war die Übergabe, okay. Ja, Herr Jarchow, für die Bundespolizei am Bundespolizeirevier Altona galt eigentlich das Gleiche wie für alle schon genannten PKs, also es standen keine geschlossenen Einheiten an dem Revier, sondern es waren Einzeldienstkräfte, die zwar verstärkt waren, wie auch die Polizeikommissariate der Polizei Hamburg. Wir hatten abgeordnete Streifenbeamte, Einzeldienstkräfte für die G20-Zeit bei uns, damit haben wir die Schichten verstärkt, aber es gab keine geschlossenen Einheiten der Bundespolizei zu dieser Uhrzeit, weil auch wir oder der Einzeldienst, der Streifendienst der Bundespolizei genauso überrascht war von dieser Gruppe wie auch der Streifendienst der Polizei Hamburg im PK21 oder irgendwo anders.

Senator Andy Grote: Also keine ... Sie hatten den Eindruck gewonnen, geschlossene Einheiten der Bundespolizei waren am Bahnhof Altona stationiert?

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Wie viele Kräfte der Bundespolizei waren am Bahnhof?

Senator Andy Grote: Wie viele Kräfte waren da, Herr Grossmann?

Norman Grossmann: Ja, das kann ich Ihnen jetzt aus dem Ärmel so nicht beantworten, aber ich würde einmal auf eine Zahl von vier bis sechs Streifen tippen, also vier bis sechs Streifen heißt, acht bis zwölf Beamte. Ob die jetzt zu dem Zeitpunkt des Angriffs auch alle

am Revier waren oder vielleicht irgendwo im Einsatzraum Aufträge abgearbeitet haben, das kann ich Ihnen jetzt so aus dem Ärmel nicht beantworten.

Senator Andy Grote: Also jedenfalls keine unmittelbare Reaktionsfähigkeit in so einer Situation, wie die Streifen an den Polizeikommissariaten, keine geschlossenen Einheiten. Zu der zweiten Frage, dieser Meldung, Herr Hieber.

Jan Hieber: Ja, ich gehe davon aus, dass Sie auch das meinen, was jetzt medial Anklang gefunden hat. Also, dazu kann ich Folgendes sagen, es ist ja unsere Aufgabe, das machen wir ja in der SoKo auch, dass wir im Rahmen der Ermittlungen natürlich immer wieder draufschauen auf EPS-Webprotokolle, auf alle verfügbaren Informationen und versuchen, unsere Hypothesen, Ermittlungsergebnisse zu überprüfen. In dem Zusammenhang hat es eine Besprechung gegeben vor einigen Wochen, in der ein Kollege diese EPS-Webmeldung von 6.18 Uhr erwähnte, aus vermummter Gruppe Mega... Bitte?

(Abg. Christiane Schneider: 6.17 Uhr)

– Gut, ich will mich nicht str... Das ist ja völlig egal. Also diese Meldung, aus vermummter Gruppe eine Megafondurchsage Treffpunkt Bahnhof Altona, wenn ich das jetzt richtig auf den Punkt bringe, und diese Information, die wollten wir natürlich klären, wir wollten wissen, worum ging es da, wo genau war der Standort, wer hat diese Meldung abgegeben. Insofern hat ein Mitarbeiter sozusagen in meinem Auftrag eine Anfrage gestellt beim EA Aufklärung, denn aus diesem Bereich kam dieser Funkspruch, der dort dokumentiert war. Und wenn ich das richtig nachvollziehen kann jetzt, ich bin ja auch erst am Dienstag sozusagen mit dieser Information so konfrontiert worden, dass das seinen Weg in die Medien gefunden hat, gab es dann eine Abfrage, nachdem man festgestellt hat, im Hamburger Bereich kann man den Kollegen nicht finden, gab es eine Abfrage auch in einem weiteren Kreis von Menschen, die dort im EA Aufklärung gearbeitet haben. Ich gehe davon aus über Hamburg hinaus, wenn ich das in den Medien richtig wahrgenommen habe. Man muss dazu sagen, der Kollege, der das dann gesteuert hat, diese Mel..., der hat also eine Diktion gewählt, eine Dringlichkeit reingebracht, die die faktisch nicht hat. Wobei, das muss man sagen, wir natürlich auch immer gucken in solche Termine, wie auskunftsfähig sind wir zu einem Thema. Wir wussten, Rondenbarg wird hier besprochen, Altona wird hier besprochen, war natürlich klar, dass wir gern dann das auch geklärt hätten schon im Vorwege, und offensichtlich hat das dann, wie gesagt, seinen Weg in die Medien gefunden. Ich will Ihnen einfach jetzt einmal vielleicht sagen, wie unser Stand ist. Wir haben diese Person, die diesen Funkspruch abgegeben hat, nicht namhaft machen können auf diesem Wege bisher, das ist ein Fakt. Wir müssen also davon ausgehen, dass um 6.17 Uhr das dokumentiert wurde und kurz vorher hat es diesen Funkspruch gegeben. Wenn wir uns jetzt die Situation noch einmal anschauen – ich klicke jetzt noch einmal zu den Fingern zurück, ups, das war falsch, da –, dann hatte ich Ihnen ja schon dargestellt, dann gab es eine vermummte Gruppe zu dem Zeitpunkt. Sagen wir einmal, das Ganze ist um 6.15 Uhr passiert vielleicht, als es dann auch entsprechend gemeldet wurde, eingetragen wurde, das war der schwarze Finger vom Rondenbarg, da hatten wir die entsprechenden Vermummungen. Insofern ordnen wir das in der Systematik der ganzen Funksprüche, dem Rondenbarg zu, ohne jetzt eben einen Zeugen zu haben, auf den wir das im Augenblick sicher stützen können. Wir würden uns freuen, wenn wir den noch finden, das ist ja auch ein Zeuge im Strafverfahren, das ist für unsere Ermittlungen natürlich auch von Bedeutung. Aber so würden wir es derzeit einschätzen. Ich hatte Ihnen dann ja gesagt, dass die Hypothese ist, für die wir eine ganze Reihe von Anhaltspunkten haben, dass man ursprünglich vielleicht zum Bahnhof Stellingen wollte – das entspricht ja auch den Meldungen des LfV, das hatten wir gerade eben auch schon dargestellt –, dass man sich aber dann entschlossen hat aufgrund der dort befindlichen USK Polizeikräfte, den Bahnhof Altona als Ziel

zu wählen und entsprechend der Weg dann so auch nach Süden zur Elbe runter ging. Das, was jetzt daraus konstruiert wird, die Fragestellung nämlich, ja, hätte die Polizei nicht dort eigentlich reagieren müssen, um Altona zu verhindern. Also erst einmal ist mir noch einmal der Klarheit willen ganz wichtig, der Schwarze Block am Rondenbarg traf um 6.30 Uhr mit den Blumbergern zusammen, mit den Polizeikräften und es kam zu dieser Festnahmesituation. Um 6.30 Uhr haben wir gesicherte Erkenntnisse, dass bereits die ersten Teilnehmer des späteren schwarzen Mobs im Donners Park eintrafen, das ist eine Entfernung von 3,8 km, und wir können also schon rein physisch nach den Naturgesetzen davon ausgehen, dass es nicht möglich war, dass diese Gruppe gleichzeitig dort gewesen ist.

Nachdem was Sie jetzt gehört haben über diese beiden Blöcke, gehe ich fest davon aus nach meiner kriminalistischen Erfahrung, dass die Situation, wie sie die Aktion, diese Kommandoaktion, wie sie durchgeführt wurde in Altona, auf keinen Fall bestückt wurde aus flüchtenden Tätern, die irgendwie noch einmal Anschluss suchten, um irgendwas Tolles zu machen. Ich gehe fest davon aus, die wussten nichts von der Aktion in Altona. Die Leute, die von der Aktion in Altona wussten, waren alle dort und sonst wusste das keiner. Das wäre meine feste Überzeugung. Insofern bleibt einfach noch die Frage übrig, ob es sinnvoll gewesen wäre, zum Zeitpunkt der Megafondurchsage Kräfte nach Altona zu verlegen. Jetzt haben wir schon mehrfach darüber gesprochen, dass dieser Schwarze Block sich ja so verhalten hat mit seinen Straftaten, dass das ja eigentlich auch schon ein bisschen kritisch gestellt wurde, dass man eigentlich so lange sozusagen an den möglichen Endpunkten gewartet hat. Insofern erklärt sich, glaube ich, auch, dass es völlig richtig war, denn um 6.18 Uhr wurden ja die Blumberger beauftragt, Fühlung aufzunehmen zu diesem schwarzen Finger Rondenbarg und weitere Gefahren zu beenden, die von dieser Personengruppe ausgehen. Insofern hätte es aus meiner Einschätzung, jetzt bin ich ja erst einmal Kriminalbeamter aber, hätte es keinen großen Sinn gemacht, Polizeibeamte sozusagen vorzuschicken zum Bahnhof Altona. Das wäre zunächst einmal, hoffe ich, eine Antwort auf Ihre Frage.

Vorsitzender: Herr Jarchow.

Abg. Carl-Edgar Jarchow: Entschuldigung, natürlich ist das eine Antwort auf meine Frage. Was mich ja umtreibt, ist ja die Frage, wie man herauskriegen kann, wer wirklich diese Meldung abgesetzt hat und welchen Hintergrund diese Meldung hatte. Bezog sie sich wirklich auf die Elbchaussee, in Richtung Elbchaussee strebende Leute oder wirklich auf den schwarzen Finger, wie Sie eben sagten? Das ist mir nicht klar.

Senator Andy Grote: Herr Hieber.

Jan Hieber: Also, dann würde ich das noch einmal in aller Klarheit sagen. Ich halte es für völlig abwegig, dass Leute, die in Richtung Elbchaussee strebten, also an der Aktion teilnehmen wollten an der Kommandoaktion Altona, verumumt waren auf ihrem Weg dorthin, wir haben ganz klare Ermittlungserkenntnisse, dass es völlig gegenteilig gewesen ist, die sind absolut unauffällig dort eingesickert. Und zweitens halte ich es für völlig abwegig, dass sie das mittels einer Megafondurchsage in der Nähe von polizeilichen Aufklärern kundgetan hätten, dass sie in diese Richtung streben, um ihre Kommandoaktion durchzuführen. Ich glaube, nach den Ausführungen, die ich bisher zum Modus Operandi gemacht habe, der Kommandoaktion Altona, ist das relativ eindeutig.

Vorsitzender: Gut, vielen Dank. Herr Tjarks.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Ja, vielen Dank, ich glaube, das war auch noch einmal gut, dass Sie das so deutlich gemacht haben, weil ja gerade in Bezug auf den schwarzen Finger da manchmal Informationen im Raum standen, die Sie jetzt aber deutlich, ja, verklärt haben, sodass wir hier da ein klares Bild haben. Ich wollte eigentlich auch noch einmal grundsätzlich

sagen, dass ich das gut finde, dass Sie hier auch gesagt haben, dass das natürlich nicht besonders gut gelaufen ist. Und auch als Anwohner hatte ich das Gefühl so, der Hauptpunkt war ja nicht nur, dass man die Bedrohung gefühlt hat, als sie da war, sondern dass man das Gefühl hatte, dass man nicht weiß, wann die Bedrohung zu Ende war. Ja, und das ist sozusagen so ein bisschen diese Frage, dass Sie ja gesagt haben, Sie waren früh im Bild, aber für die Anwohner, die nicht, sage ich einmal, den Draufblick gehabt haben, die wussten ja nicht, wann das zu Ende war und dass das insgesamt nur 19 Minuten gedauert hat und dass danach eigentlich keine weitere Gefahr mehr war. Und insofern kann ich nur sagen, weil ich mich auch zu dem Zeitpunkt in Altona aufgehalten habe, da ich da wohne, dass ich glaube, für die Anwohner wäre es gut gewesen hinterher, sage ich einmal, durch sichtbare Polizeipräsenz zu merken, dass diese Gefahr vorbei gewesen wäre. Weil, das hat meine Situation, die vielleicht an einzelnen Stellen aufgetaucht ist, aber nicht in dem größeren Bereich, also in Altona-Altstadt in diesem Fall, und das hätte, glaube ich, so ein bisschen was von der Bedrohungslage runtergenommen, wenn einzelne Streifenwagen dort langgefahren wären, das hätte ja auch signalisiert, dass dieses große Thema nicht mehr war.

Ich würde gern, weil, wir haben jetzt viel über Aufstellung gesprochen, ich würde gern noch ein bisschen was über die Täter oder über die Menschen sprechen. Sie haben, Herr Hieber, eine sehr klare Aussage getroffen zu dem schwarzen Finger. Die Frage ist, ob Sie erstens, weil Sie sagen, die Täter sind in diesen Bereich eingesickert, ob Sie ein bisschen deutlicher schon machen können, woher die Täter eigentlich gekommen sind. Und vielleicht auch in diesem Fall, ob Sie eine Aussage zu dem Thema Camps treffen können in diesem Zusammenhang. Zu dem Thema Finger haben Sie ja was sehr Deutliches gesagt.

Die zweite Frage ist, die Frage, wenn wir jetzt in unserer Ausschussarbeit nach vorne schauen, dann haben wir ja noch eine zweite Situation, die zwar anders, aber dann doch ähnlich war, die Bedrohungssituation, das war das Thema Schanze, ob Sie dort Verbindungen sehen.

Dann habe ich die Frage, Sie hatten vorhin gesagt, es wären 133 Strafverfahren, wenn ich Sie, glaube ich, richtig wiedergebe, geführt. Ich würde gern wissen, Sie haben gesagt, es gibt ein Sammelstrafverfahren, weswegen werden, also aufgrund welches Straftatbestandes wird dieses Sammelstrafverfahren geführt?

Und dann würde ich gern noch ein bisschen mehr wissen, weil, was mich und was Sie ja wahrscheinlich auch umtreibt, das ist ja, dass es ja scheinbar überhaupt keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse im Vorwege zumindest von dieser Gruppe gab, und das war jetzt ja keine Kleingruppe, ich meine, das waren 200 Leute. Und der Senator hat gesagt, dass die Gruppe aber durchaus mit relativ guten Erkenntnissen über die Polizeiaufstellung ausgestattet war. Also sprich, ich meine, wenn man sich die Karte anguckt, jetzt nicht die, sondern die Karte, wo man die Aufstellung sieht, dann sieht man, Sie haben eine Grundaufstellung gewählt, die ja relativ viele Kräfte am Flughafen beispielsweise bereitgehalten hat, keine Kräfte, jedenfalls freie Kräfte, wie Herr Krösser das erläutert hat, im Raum Altona. Und da stellt sich natürlich so ein bisschen umgekehrt auch die Frage, wie konnten die eigentlich, sage ich einmal, so eine Grundaufstellung rausbekommen? Also wie, ich meine, ich finde es schon überraschend zum einen zu sagen, na ja, was Sie ausgeführt haben, wahrscheinlich wussten die Leute, die diese Fingertaktik gemacht haben, nichts von der Gruppe, aber die Gruppe was von denen, die diese Fingertaktik gemacht haben. Aber dann auch noch zu verstehen, wo genau die Polizeikräfte in diesem Raum aufgestellt sind, dazu braucht man ja eigentlich wirklich gute Ortskenntnisse. Und deswegen ist die letzte Frage, ob Sie wissen oder ob Sie was dazu sagen können, woher diese Gruppe diese guten Kenntnisse hatte.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Wir werden einmal versuchen, zu den Fragen was zu sagen. Ich möchte nur noch einmal diesen Hinweis geben, dass wir mit allem, was wir hier sagen, auch denen, die wir da in der Strafverfolgung noch im Visier haben, auch etwas sagen. Und deswegen sind wir da stärker limitiert als in anderen Beratungsgegenständen hier. Nichtsdestotrotz wird Herr Hieber versuchen, ein bisschen Auskunft zu geben. Einmal Punkt Herkunft, das wird sicher sehr wenig sein, aber Verbindung zu Camps, Verbindungen zum Geschehen Schanze, Strafverfahren, was ist das Sammelverfahren und dieser Komplex woher hatten die ihre Kenntnisse, wenn gleichzeitig andere keine Kenntnisse über sie hatten. Herr Hieber.

Jan Hieber: Ja, ich möchte gleich damit beginnen, dass ich zu den Personen, der Herkunft und ähnliche Dinge, ich habe mir das sehr genau überlegt, was ich hier heute darstelle, darüber hinaus werde ich nichts sagen können.

Zu den Strafverfahren ist zu sagen, es gibt ein Sammelverfahren gegen alle mutmaßlichen Täter dieses schwarzen Mobs wegen schwerem Landfriedensbruch. Und es stellt sich natürlich in jedem Einzelfall dann die Frage, aber da sind wir ja noch nicht, inwiefern das möglicherweise auch die vielen Einzeltaten – das sind Sachbeschädigungen, das sind die Brandstiftungen auch, die ich erwähnt habe – allen in der Gruppe zurechenbar sind, möglicherweise auch als Beihilfe und als Tatbeteiligter sozusagen. Aber das sind strafrechtliche Betrachtungen, die zum jetzigen Zeitpunkt keine Bedeutung haben, glaube ich. Das erklärt sich nur logischerweise im Zusammenhang, beispielsweise mit dem schwarzen Finger Rondenbarg wurden Einzelverfahren gegen diese 59 Personen beziehungsweise diese 14 namhaft gemachten mutmaßlichen Täter eingeleitet. In dem Fall, wie gesagt, ist das von der Staatsanwaltschaft anders angelegt worden als ein Sammelverfahren. Das vielleicht noch einmal, dass Zahlen manchmal auch dann nicht so viel aussagen, sondern man muss eben dahintergucken, hinter die Statistik.

Ja, Sie fragten dann noch nach dem Thema Polizeiaufstellung. Ich war jetzt so ein bisschen am Überlegen, wie ich das mache. Ich würde vielleicht einfach einmal sagen, es gibt tatsächlich eine ganze Reihe von Menschen auf der Seite, die wir so als polizeiliches Gegenüber bezeichnen, die sehr detaillierte tiefe Kenntnisse aufgrund ihrer Erfahrung haben über die Polizei, genauso wie wir das ja auch versuchen, über unser polizeiliches Gegenüber zu erlangen. Ich könnte jetzt hier noch ein bisschen konkreter werden, ich will ..., aber ich glaube, das gibt dem Ganzen vielleicht einen falschen Zungenschlag. Aber noch einmal, es gibt beispielsweise im Bereich des Linksextremismus – ich habe jetzt eine Person vor Augen – Leute, die so genaue Kenntnisse haben. Ich habe das selbst in einem, glaube ich, auch frei im Netz verfügbaren Vortrag hören können, der in Berlin gehalten wurde, wo ich sagen würde, das wäre jemand, der sehr gut geeignet wäre, um als Einsatzlehredoziert bei uns zu arbeiten, der, glaube ich, dann einige in die Tasche würde. Der konnte fast auf den Mann genau ausrechnen, dort vor Publikum, wie viele freie Kräfte wir tatsächlich haben werden. Weil, natürlich eins muss man ehrlicherweise auch sagen, die Zahl der Polizeibeamten ist endlich und Herr Dudde hat das ja auch beschrieben, natürlich hätte man sich viel mehr gewünscht, das ist gar keine Frage. Ich erinnere mich da noch an viele Diskussionen, die es ja auch mit den Einsatzführern gab. Das galt im Übrigen auch für mich. Ich habe ja auch an vielen Stellen mir gewünscht, noch mehr Kräfte zu haben in dem Einsatzabschnitt Kriminalpolizeiliche Maßnahmen, aber das ist dann eben, wie gesagt, endlich. Und dabei würde ich es einfach bewenden lassen. Es ist gar nicht vielleicht so ein großes Kunststück, dann für den einen oder andern Fachmann auch auf dem Gegenüber das tatsächlich ziemlich genau einzuschätzen, was möglich ist.

Senator Andy Grote: Der Staatsrat ergänzt.

Staatsrat Bernd Krösser: Ja, vielleicht auch einfach einmal unabhängig von individuellen Kenntnissen einzelner Personen zum polizeilichen Vorgehen allgemein ist auch ein Standardinstrument des polizeilichen Gegenübers, jedenfalls aus extremistischen Zusammenhängen und insbesondere aus aktionistischen Zusammenhängen, natürlich eine veritable Gegenaufklärung, wie man das so schön nennt. Das heißt, wir können ganz sicher sein, dass die Gruppe, die dort agiert hat, nicht losgeschlagen hat, bevor sie sich nicht durch entsprechende Aufklärungskräfte selbst versichert hatte, dass die Polizei dort aktuell nicht mehr in nennenswerten Kräftekonstellationen vor Ort ist, sondern an anderen Stellen zurzeit im Einsatz ist.

Es ist ja auch nicht so, dass es zwischen verschiedenen Beteiligten dort keine Gruppen gibt oder keine Kontakte gibt, man darf sicherlich davon ausgehen, dass das Konzept der Finger auch mit den entsprechenden Losgehzeiten und den entsprechenden Aktionsformen zu bestimmten Zeiten bekannt war und daraus eine ungefähre Einschätzung war, wann wie viele Polizeikräfte so in anderen Räumen gebunden sein könnten. Und wenn dann noch die eigene Gegenaufklärung eben meldet, Altona, im Moment nur Ortskräfte, nenne ich sie jetzt einmal, dann ist das eben das Signal für die Gruppe, jetzt kannst du loslegen, jetzt ist das Risiko ..., also ein Risiko bleibt immer, aber das Risiko ist überschaubar und gering. So, das ist auch nicht auf diese Gruppe beschränkt, auch die anderen Aktionsgruppen haben mit Sicherheit Gegenaufklärung laufen gehabt. Das wissen wir aus den Ergebnissen der Polizei, die uns über Fahrradaufklärer, über Motorradaufklärer und Ähnliches ständig informiert hat.

Senator Andy Grote: Man darf sich über den Organisationsgrad der Gegenseite da keine Illusionen machen. Und was natürlich eine Besonderheit ist, ist, dass, weil ja noch einmal die Frage war, wie kann das sein, die haben Kenntnisse und wir haben keine Kenntnisse über die, das gehört schon zu dem Ungewöhnlichen an dieser Konstellation, dass es einer so großen Gruppe gelungen ist, so konspirativ zu arbeiten. Üblicherweise sind diese Gruppen kleiner, weil natürlich mit jeder zusätzlichen Person das Risiko steigt, dass ..., die Aktion wird größer, sie wird auffälliger in der Vorbereitung, es sind mehr Menschen beteiligt, man hinterlässt Spuren, das Risiko, dass etwas weitergetragen wird, dass Informationen am Ende doch bei Sicherheitskräften landen wird, wird größer. Und insofern ist das schon ungewöhnlich, dass eine so große Gruppe, ohne dass irgendeine Information über die geplante Aktion nach außen gelangt ist, das vorbereiten konnte. Das gelingt bisher üblicherweise eigentlich eher fast nur in kleineren Gruppen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Friederichs.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Darf ich noch einmal kurz?

Vorsitzender: Ja.

Abg. Dr. Anjes Tjarks: Die Verbindung zur Schanze war noch offen. Also ob es sozusagen Erkenntnisse gibt, dass das auch Personen waren, die am nächsten Tag entsprechend aktiv waren.

Senator Andy Grote: Wir würden zum jetzigen Zeitpunkt weder über die Herkunft der Personen, und dazu gehört auch die Frage Einbindung in andere Aktionen oder zu wem gab es Kontakt und so weiter oder sind die woanders noch einmal aufgetaucht, würden wir, sofern wir Erkenntnisse dazu hätten, sie jetzt hier nicht sagen können. Wir können gern ... Also möglicherweise besteht zu einem späteren Zeitpunkt, wenn wir weiter sind, noch einmal die Möglichkeit, aber der Stand der Ermittlungen lässt es zu diesem Zeitpunkt nicht zu. Wir verstehen das Informationsbedürfnis, aber das würde akut sozusagen den weiteren Verlauf der Ermittlungen gefährden.

Vorsitzender: Ja, es haben ja auch schon andere Abgeordnetenkollegen danach gefragt. Also für einen Hinweis, so lange dieser Ausschuss noch arbeitet, wenn etwas berichtet werden kann, dass das dann vielleicht auch eingeschoben werden kann, wären wir natürlich dankbar. Frau Friederichs, bitte.

Abg. Martina Friederichs: Ja, vielen Dank. Ich möchte mich auch noch einmal bedanken für die Offenheit und die Eingeständnisse, die vom Senat kamen, was den Einsatz in Altona betrifft. Ich hätte vielmehr auch noch einmal Fragen gehabt, was die Personen betrifft, dabei habe ich jetzt auch mitgenommen, dass da die Auskunftsfähigkeit begrenzt ist durch die laufenden Ermittlungsverfahren. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Personen, die dort im Schwarzen Block waren, durchaus Kenntnisse hatten von den anderen Störaktionen, sage ich einmal, durch die Finger und dass diese durchaus benutzt wurden, aber die Täterkreise eben nicht überschneidend sind – so habe ich das jetzt mitgenommen – und die Gruppe, der Schwarze Block in Altona, also ihre Aktionen so durchführen konnte, wie es geplant war, das heißt, IKEA noch einmal am Schluss als Reizobjekt und dann ein bewusstes Zerstreuen, sage ich einmal. Aber Sie können jetzt zu den einzelnen Personen, auch ob die Personen Teil der Öffentlichkeitsfahndung sind, die gestern eingeleitet wurde, dazu können Sie keine sie keine Angaben machen.

Senator Andy Grote: Nein.

Vorsitzender: Okay. Herr Lenders, bitte.

Abg. Joachim Lenders: Ja, ich will nur noch einmal daran anknüpfen, dass ich glaube, dass das, was vorhin der Staatsrat ausgeführt hat, diese 19 Minuten des, ich will es einmal so formulieren, gefühlten Kontrollverlustes der Bürger in dieser Stadt, die sind natürlich schon mehr als eine Krise. Der Polizeipräsident hat eben einmal von Krise gesprochen und ich glaube einfach, dieser Krise ..., Krise kann ja ein produktiver Zustand sein, man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. Und ich glaube, dieses Gefühl von Katastrophe haben viele Bürger so empfunden. Auf der anderen Seite muss man einfach sehen, und deswegen fand ich Ihre Ausführungen, Herr Staatsrat, auch zielführend, auch was Herr Dudde vorher gesagt hat, Polizei muss auf ein bestimmtes Handeln agieren können. Sie muss auch in die Lage versetzt werden zu agieren. Und das ist natürlich nicht so, dass der Polizeiführer Herr Dudde aufgrund von bestimmten Lageerkenntnissen, die sich ja dann auch über mehrere Minuten erst hinziehen, bis sie dann vollendet sind, einfach Truppen verschieben kann. Auf der anderen Seite muss man einfach, ich glaube, auch Verständnis, und ich glaube, das ist auch Aufgabe dieses Ausschusses, Verständnis dafür empfinden, dass der Bürger da draußen eben nicht ein Polizeiführer ist. Und aus dem polizeilichen Alltag heraus weiß man einfach, dass es gar nicht anders zu bewältigen ist, eine derartige Situation. Und als Herr Hieber vorhin sagte, mehr wäre noch schöner gewesen, ich glaube, das sagen im Nachhinein viele Polizeiführer, die sagen, hätten wir noch mehr Personal gehabt, wäre es vielleicht an der einen oder anderen Stelle besser gelaufen. Ich will einfach nur noch einmal feststellen, dass es offensichtlich ja zu diesem Zeitpunkt, in diesen besagten 19 Minuten in Altona, keine verfügbaren geschlossenen Einheiten gab, um gegen diese schweren Straftäter, diese brutalen Gewalttäter agieren zu können. Das, glaube ich, muss man dann letztendlich auch an dieser Stelle einmal so feststellen. Das soll jetzt auch keine Kritik sein frei nach dem Motto, hinterher am grünen Tisch sind wir alle schlauer und wir hätten mehr Personal, mehr Einheiten von den 13 Hundertschaften, von denen der Staatsrat sprach, die wir als Einsatzinterventionsteams, nenne ich es einmal, hätten haben müssen, die dort auch agieren konnten.

Für mich stellen sich nur noch einmal zwei Fragen. Erstens die Frage, hat es nach dem Einsatzgeschehen der 19 Minuten dort anschließend noch eine Nachalarmierung gegeben. Und

wenn, zu welchem Ergebnis ist man gekommen? Was hat es an nachalarmierten Kräften nach diesem Einsatzgeschehen der 19 Minuten gegeben? Und eine Frage, vielleicht kann das Herr Hieber noch einmal ein bisschen näher definieren: Gab es qualifizierte Festnahmen aus dem Einsatzgeschehen dieser, ich nenne es einmal, 19 Minuten, damit meine ich halt Elbchaussee, Große Bergstraße und was sich da herum dargestellt hat?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Ich glaube, der erste Teil war ja mehr eine Feststellung. Da sind wir, glaube ich, nicht auseinander, dass es schmerzhaft ist und dass wir auch wissen, dass es der Bevölkerung kaum vermittelbar ist, auch wenn wir jetzt sagen können, aus den und den Gründen war es so und aus der polizeilichen Einsatzsituation erklärt sich das. Aber diese Verunsicherung, die daraus resultiert, dass man bei einer solch gravierenden Situation kein unmittelbares polizeiliches Einschreiten wahrnimmt, ist ein wirkliches Problem. Und psychologisch war es in Wahrheit ja mehr als 19 Minuten, auch das hat ja noch einmal dazu beigetragen.

Zu der Frage Nachalarmierung und Festnahmen. Ich glaube Festnahmen, das hätte Herr Hieber berichtet, wenn wir welche gehabt hätten. Die gab es im unmittelbaren Bereich dort nicht. Zur Frage Nachalarmierung Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Nur vielleicht noch einmal für den Rahmen, immer mit mehr Polizeikräften, was hier eben wieder angesprochen war: Einmal angenommen, es hätte nicht diese strukturierte ..., diesen Kommandotrupp gegeben, der in der Elbchaussee sein Unwesen getrieben hätte, dann hat Rondenborg genauso geklappt, wie wir das wollten. Und wir haben eine Situation gehabt, wo uns ... Ich sage es einmal ... Also einmal die Blumberger noch einmal geklont in der Nähe, hätte diese Lage dort gelöst. Also darüber reden wir. Und das ist manchmal eben auch Glück, stehen wir in der Nähe oder nicht. Wir haben aber schon ab ...

Also, und Nachalarmierungen, muss ich noch einmal vielleicht in den Kontext setzen. Wir hatten bei der Anforderung der auswärtigen Kräfte, weil wir auch über Alarmierung schon geredet hatten, immer gesagt, der Dienst wird bei uns so abgerechnet, ihr fahrt in eurem Heimatland los und ihr seid die ganze Zeit im Dienst. Wenn wir sagen, ihr habt Pause, dann könnt ihr ins Hotel fahren und stellt eure Erreichbarkeit aber sicher und ein sofortiges Ausrücken. So, wir nennen das dann umgangssprachlich alarmieren. Wir haben ab 6 Uhr morgens, weil wir mit den Fingern also vom Gespür gesagt haben, ja, okay, wird dicker, die ersten vier Hundertschaften nicht alarmiert, aber gebeten, aus ihrem Hotel wieder zurückzukommen und sie wieder in den Dienst versetzt. Das ist dann sozusagen ..., deshalb habe ich ja ..., hatten wir auch in der Vorbereitung gesagt, diese Variante Raumschutz, eine Hundertschaft, ist ein Minutenwert, der sich, keine Ahnung, nach zehn Minuten schon wieder komplett verändert, weil dann die Kräfte ... Wir haben aus Lübeck Kräfte zurückgeholt, also gesagt, aufstehen, wir brauchen euch in Hamburg. Und wir haben ab 7.59 Uhr, also Ende Altona, begonnen, die Bundesreserve zu alarmieren und dann das Fernschreiben initiiert insgesamt im Bundesgebiet, wir würden gern noch Unterstützung kriegen. Nicht im Sinne von, uns fehlen noch neun Hundertschaften, sondern, dann einfach nur, das hatte ich aber, glaube ich, schon ausgeführt, im Sinne, die Arbeitszeiten für die betroffenen Kollegen werden langsam ein bisschen lang, irgendwann müssen wir die einmal in Ruhe schicken, weil die, auch die, die wir um 6 Uhr geholt haben, hatten sich ja auch erst um 4 Uhr hingelegt. Wir haben um 7 Uhr zwei Abteilungen aus Bayern zurück in den Dienst geholt, die hatten sich um 6 Uhr hingelegt. Also wir haben dann wirklich wieder alles zurückgeholt, was vertretbar ging, und dazu eben im Bund und im Land noch einmal angefragt, könnt ihr uns noch was schicken, weil, wir müssen irgendwann die Kollegen nach Hause schicken.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Gladiator.

Abg. Dennis Gladiator: Nur noch einmal ganz kurz zu dem 6.17-Uhr-Funkspruch, den Sie ja zur Vorbereitung für heute ein bisschen interpretiert und eingeordnet haben, was Sie noch nicht genau sagen können. Hätte aber nicht mit dem Hinweis, da ist eine Truppe unterwegs zum Bahnhof Altona, dazu führen müssen, dass man zumindest in diesem Gebiet mehr Kräfte vorhält, wenn man sagt, Bahnhof Altona ist ein Ziel? Hätte das dazu führen können? Und wenn nein, warum nicht, weil, in der bisherigen Logik haben Sie das immer gesagt?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Also noch einmal, die Gruppe, auf die sich diese Verabredung bezog, konnte man sinnvoll, wenn man diesen Hinweis eingeordnet hat, dann konnte sinnvoll das nur der Gruppe Rondenborg zugeordnet werden und das als Ansage innerhalb dieser Gruppe für die Beteiligten der Gruppe qualifiziert werden und nicht als Teil einer konspirativen Verabredung, mit der wir es dann unten zu tun hatten. Im Übrigen ist es natürlich ... Und mit der Gruppe Rondenborg sind wir ja umgegangen. Im Übrigen hat das natürlich ganz viele Meldungen und Hinweise zu Treffpunkten gegeben. Und der Bahnhof Altona ist jetzt auch sozusagen, wenn man sich einmal das ÖPNV-Netz der Stadt ansieht, jetzt auch nicht total fernliegend als Treffpunkt, wenn man sich in der Stadt dann weiter in so einem Geschehen bewegen will. Also das ist dann sehr naheliegend, dass es darum geht, von dort aus dann gemeinsam woanders hinzukommen. Daraus abzuleiten, dass man dann anschließend in der Elbchaussee oder im unmittelbaren Nahfeld eine Aktion starten will, ist jetzt erst einmal nicht naheliegend. Und, wie gesagt, eine echte Verbindung zwischen diesen beiden Geschehen lässt sich nach allem, was wir heute wissen, nicht herstellen. Das hatten wir versucht darzustellen. Aber noch einmal vielleicht ... Oder dann Herr Dudde noch einmal.

Hartmut Dudde: Vielleicht noch einmal Abwicklung eines solchen Einsatzes. Der EA Aufklärung setzt von mir aus 250 Beamte ein. Die melden alle so was Ähnliches wie jetzt da, dahinten sind es 70, dahinten ... Also das sind ja aber alles immer unbewertete Meldungen. Ich rechne diesen Funkspruch eindeutig der Gruppe Rondenborg zu. Wenn dieser Funkspruch kommt, wird es durch den EA-Führer bewertet, ist das wichtig für den Einsatz. Dann klärt man das ab, und das hat Herr Voß ja vorhin auch schon gesagt, mit anderen Erkenntnissen, die man hat. Altona hatten wir auch vorher schon einmal gehört, dass da was sein kann. Stellingen war aber viel mehr. Das heißt also, wir kriegen im Führungsstab irgendwann nur noch einen bewerteten Fakt, der durch einen Funkspruch also keinen Wahrheitsgehalt erfährt. Also die Bewertung wäre gewesen, ja, Altona, klar, spielt immer eine Rolle, genau wie Wilhelmsburg, die Innenstadt. Und wir haben nur deutlich mehr Erkenntnisse Richtung Innenstadt. Wir haben auch gesagt, es bleibt dabei, das war der Funkspruch, den wir der Gruppe Rondenborg zugeordnet haben.

Senator Andy Grote: Noch einmal Herr Hieber ergänzend.

Jan Hieber: Ich kann das nur bestätigen. Aber vielleicht noch einmal, um eine letzte Sicherheit zu haben, stellen wir uns einfach einmal als Gedankenexperiment vor, es hätte eine verummte Gruppe gegeben, und das bezog sich nicht auf die Gruppe Rondenborg, die ist nie angekommen am Bahnhof Altona. Es gibt keine Erkenntnisse darüber. Und es waren Aufklärer dran. Also das ist eigentlich, sage ich einmal, auszuschließen.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Frau Schneider.

Abg. Christiane Schneider: Also Sie haben ja gesagt, und da habe ich auch Verständnis dafür, dass Sie bestimmte Fragen nicht beantworten. Ich hatte mich ja schon vor längerer Zeit gemeldet und ich möchte sie trotzdem stellen und mit der Frage verbinden, ob Sie eigentlich Antwort geben würden, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde, also sozusagen ohne Öffentlichkeit. Herr Staatsrat schüttelt schon den Kopf.

Meine Frage ist ..., ich stelle sie jetzt trotzdem. Eine Frage bezieht sich noch einmal auf die Beteiligten an dieser Gruppe, weil ja schon einmal ausgesagt worden war, wenn ich das richtig erinnere, dass da eine italienische Gruppe, man wisse aber nicht welche, beteiligt war. Gibt es da ...? Ist das sozusagen ..., hat sich das erledigt? Oder wollen Sie da einfach nicht zu ..., also wollen Sie da nicht zu antworten? Ich meine, es sind ja auch Sprechchöre zum Beispiel zu hören auf dem einen Video zumindest. Und für mich ist sowieso eine interessante Frage, wie sich Leute, die nicht aus demselben Ort kommen oder aus derselben Region kommen, wie die sich eigentlich so formieren können. Also das muss man ja irgendwie üben. Also ich kann mir nicht vorstellen, dass das durch E-Mails oder so klappt. Also gibt es da irgendeine ..., haben Sie irgendeine Möglichkeit, das vielleicht anzudeuten?

Die zweite Frage, da würde mich interessieren, wie gesagt, es kann sein, dass Sie das nicht beantworten können, bei den 133 Einzelverfahren, die Sie genannt haben, sind das UJs- oder Js-Verfahren, also Unbekannt- oder Bekanntsachen? Oder wie viele Bekanntsachen sind dabei, können Sie das sagen?

Und dann will ich noch einmal auf die Pressekonferenz, die Sie gestern gehalten haben ... Bei der ersten Öffentlichkeitsfahndung wurde ja nach Tatkomplexen untergliedert und es wurden fünf Personen gesucht, also in dem Zusammenhang. Mittlerweile sind nur noch drei Bilder online. Bei der neuen Öffentlichkeitsfahndung gab es keine Untergliederung nach Tatkomplexen und auf die Nachfrage, ob unter den jetzt gesuchten Personen auch Tatverdächtige aus der Elbchaussee sind, wurde die Antwort aus ermittlungstaktischen Gründen verweigert, ebenso die Frage, ob aus der letzten Öffentlichkeitsfahndung Tatverdächtige aus der Elbchaussee identifiziert wurden. Es wurde auch gesagt, dass es bisher keine Personen gibt, die fälschlicherweise in die Öffentlichkeitsfahndung geraten sind. Mittlerweile sind aber nur noch drei Leute bei der Elbchaussee gesucht. Welche Erkenntnisse gibt es mittlerweile, die eine Beantwortung aus ermittlungstaktischen Gründen unmöglich machen und was ist mit den beiden identifizierten Personen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Die Dinge, die wir aus einem laufenden Ermittlungsverfahren nicht berichten können, können wir auch in nicht öffentlicher Sitzung nicht berichten. Wenn wir sagen, wir können auch nichts zur Herkunft der Beteiligten dort sagen, gilt das auch sozusagen für die Nationalität. Wir könnten insofern höchstens sagen, ob wir Italiener in anderen Geschehenskomplexen irgendwie in besonderer Weise identifiziert haben. Da müsste ich Herrn Hieber gleich noch einmal vielleicht bitten.

Das Thema, wenn die möglicherweise ..., oder wenn man einmal die Hypothese wagen würde, dass die in großer Zahl auch nicht aus Hamburg vielleicht stammten, woher die die genauen Ortskenntnisse hatten, dann ist das eine sehr berechtigte Frage, weil das einen Informationsfluss nahelegt, der, sagen wir einmal so, schon ..., ja, wo man sich die Frage stellen kann, wer hat die mit Informationen versorgt. Und das ist etwas, was wir möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt auch noch einmal beleuchten sollten. Die Frage ist in der Tat naheliegend und die ist auch wichtig.

Wir werden nichts sagen können zu der Frage, wie viele Bekanntsachen es dort jetzt gibt und wie viele Personen wir identifiziert haben.

Italiener, können wir was Allgemeines zu Italienern sagen, Herr Hieber?

Jan Hieber: Ich weiß nicht, ob Ihnen das hilft, Frau Schneider, aber es ist so, dass mehrere Nationen natürlich hier aufgetreten sind, ganz, ganz viele unterschiedliche. Einige eben deutlicher, mehr, einige weniger. Und Italiener, sage ich, machten schon einen größeren Eindruck insgesamt, sage ich einmal, unter den festgenommenen Personen.

Vorsitzender: Das waren jetzt, glaube ich, alle Fragen, wenn ich aufgepasst habe. Herr Warnholz bitte. Und dann sind wir am Ende der Rednerliste angekommen.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Ja, auf der Elbchaussee, wie wir ja gehört haben, marschierten die Chaoten, plötzlich brannten Kraftfahrzeuge und Brandstiftungen wurden vorgenommen. Mich interessiert einmal, wurde die Polizei nur über den Notruf informiert oder auch von Anwohnern oder haben auch zum Beispiel vorbeifahrende Taxifahrer oder Busfahrer oder zivile Fahrzeuge auch dem Notruf entsprechend über die Geschehnisse dort berichtet? Und wenn ja, konnten daraus Augenzeugen gewonnen werden für die Polizei? Und wenn ja, auch wie viele Notrufe sind insgesamt in dieser bösen, schrecklichen Stunde eingegangen?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Es hat eine sehr hohe Zahl von Anrufen gegeben, also ob man nun sagt, das sind Notrufe oder andere Informationen, wie auch immer. Also es haben Bürger angerufen und haben die Ereignisse gemeldet und ganz unterschiedlicher Art. Also wir können das jetzt nicht aufgliedern nach Passanten, Anwohnern, sondern Menschen haben angerufen und gesagt, hier passiert gerade das und das. Können wir die Zahl noch weiter quantifizieren, wie viele haben sich dort gemeldet? Zum Teil ist das ja Gegenstand von Kleinen Anfragen auch, insofern würden wir darauf hier nur verweisen. Ich weiß nicht, können wir das jetzt noch konkretisieren? Herr Dudde.

Hartmut Dudde: Also mit ganz viel Vorsicht habe ich hier eine Auflistung, die also gegebenenfalls nicht ganz stimmt. Wir haben aber ... Wir würden jetzt von 99 Anrufen ausgehen. Allerdings ist der letzte dann auch um 8.51 Uhr, also eher noch Bürger, die nach Hause oder die an ihr Geschäft kommen und feststellen, meine Scheibe ist kaputt. Und wenn man die Kernzeit nimmt bis, ich sage jetzt einmal, nehmen wir einmal 7.45 Uhr zum Beispiel oder ..., dann haben wir so um die 70, die eben nicht aufgeschlüsselt sind nach Taxi, Vorbeifahrer oder Passant, sondern das sind die eingegangenen 110er-Notrufe.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Sie haben meine Frage nicht ganz beantwortet. Sind das nur Anwohner gewesen oder auch, ich wiederhole noch einmal, vorbeifahrende Taxifahrer oder Busfahrer? Und konnten noch einmal Augenzeugen dadurch gewonnen werden?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Die Frage ist soeben beantwortet worden. Wir haben es nicht aufgeschlüsselt. Wenn jemand anruft und sagt, hier ist eingebrochen, hier brennt es und kommen Sie einmal vorbei, dann fragen wir nicht, ob er Busfahrer oder Taxifahrer oder Anwohner oder irgendwas ist, sondern dann wird dieser Umstand erst einmal aufgenommen. Wir haben die jetzt nicht klassifiziert nach der Frage, was sie da nun gerade genau zu suchen hatten.

Vorsitzender: Ja, Herr Warnholz.

Abg. Karl-Heinz Warnholz: Herr Senator, das habe ich auch nicht beabsichtigt. Für mich ist interessant, sind nur direkte Anwohner betroffen durch die Brände und durch die marschierenden Chaoten oder sind auch ganz bewusst Taxifahrer, die in die Elbchaussee deswegen nicht mehr fahren konnten, weil dort welche marschiert sind, haben die auch darauf hingewiesen, haben die Anteil genommen? Ich brauche keine unbedingte Zahl. Und noch einmal, konnten dadurch Augenzeugen gewonnen werden?

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Andy Grote: Unter den gegebenen Umständen ist davon auszugehen, dass einige der Anrufer auch Insassen von Fahrzeugen waren, die auf der Elbchaussee unterwegs waren und in diese Situation hineingeraten sind. Alles andere wäre nicht besonders lebensnah.

Vorsitzender: Prima. So, dann sind wir mit der Rednerliste durch.

Zu TOP 1b

Wir sind übereingekommen, dass wir den Einstieg in die Aufarbeitung der Ausschreitungen am Freitagabend in der Sternschanze machen, nachdem wir die öffentliche Anhörung durchgeführt haben.

Zu TOP 1c

Insofern kommen wir dann zu Tagesordnungspunkt 1 c), Vorbereitung der nächsten Sitzung des Sonderausschusses am 31. Mai 2018. Das wird eine öffentliche Anhörung sein. Ich schlage vor, dass wir das genaue Prozedere noch einmal unter den Obleuten besprechen. Das ist wohl etwas angemessener. Dann müssen wir aber einen Beschluss über die Durchführung einer solchen öffentlichen Anhörung fassen. Und wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Und vorsorglich, auch wenn es wahrscheinlich nicht in Betracht kommt, für die nächste Sitzung beschließen wir noch einmal die Einladung von Anhörs-personen. Wer das auch so machen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch einstimmig so beschlossen.

Zu TOP 2

Tagesordnungspunkt "Verschiedenes", 2 – ich sehe nichts. Dann danke ich für die Beratung und wünsche allen eine gute Heimreise.

gez.
Milan Pein (SPD)
(Vorsitz)

gez.
Dennis Gladiator (CDU)
(Schriftführung)

gez.
Frauke Bai
(Sachbearbeitung)

-  EA Gegenveranstaltung / 4 HU
-  EA Eingreifkräfte / 13 HU
-  auftragsgebundene Kräfte
-  Polizeikommissariat
-  AV-Gebiet
-  Hotel
-  FuStw
-  Spezialeinheiten
-  Verkehrskräfte

SE SE: 623

FLUGHAFEN

Verkehr: 1758

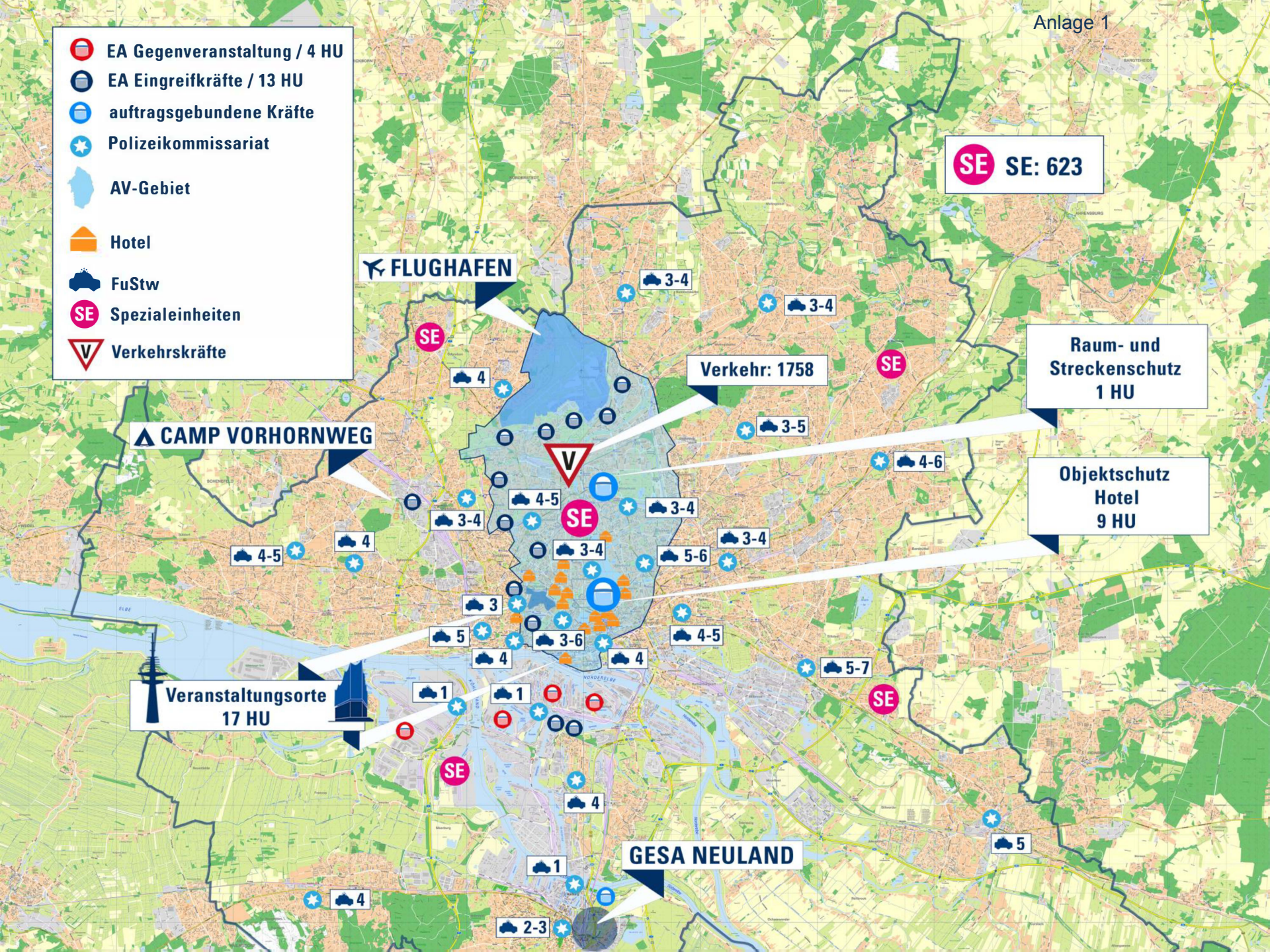
**Raum- und Streckenschutz
1 HU**

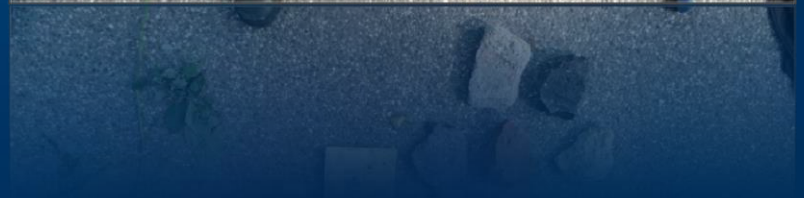
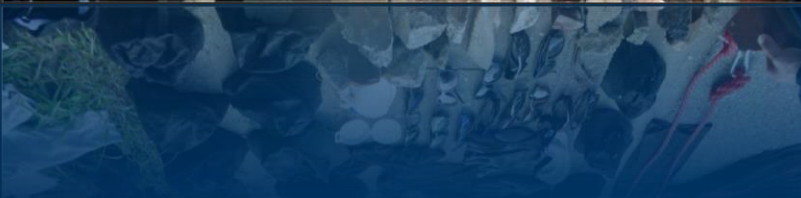
CAMP VORHORNWEG

**Objektschutz
Hotel
9 HU**

**Veranstaltungsorte
17 HU**

GESA NEULAND

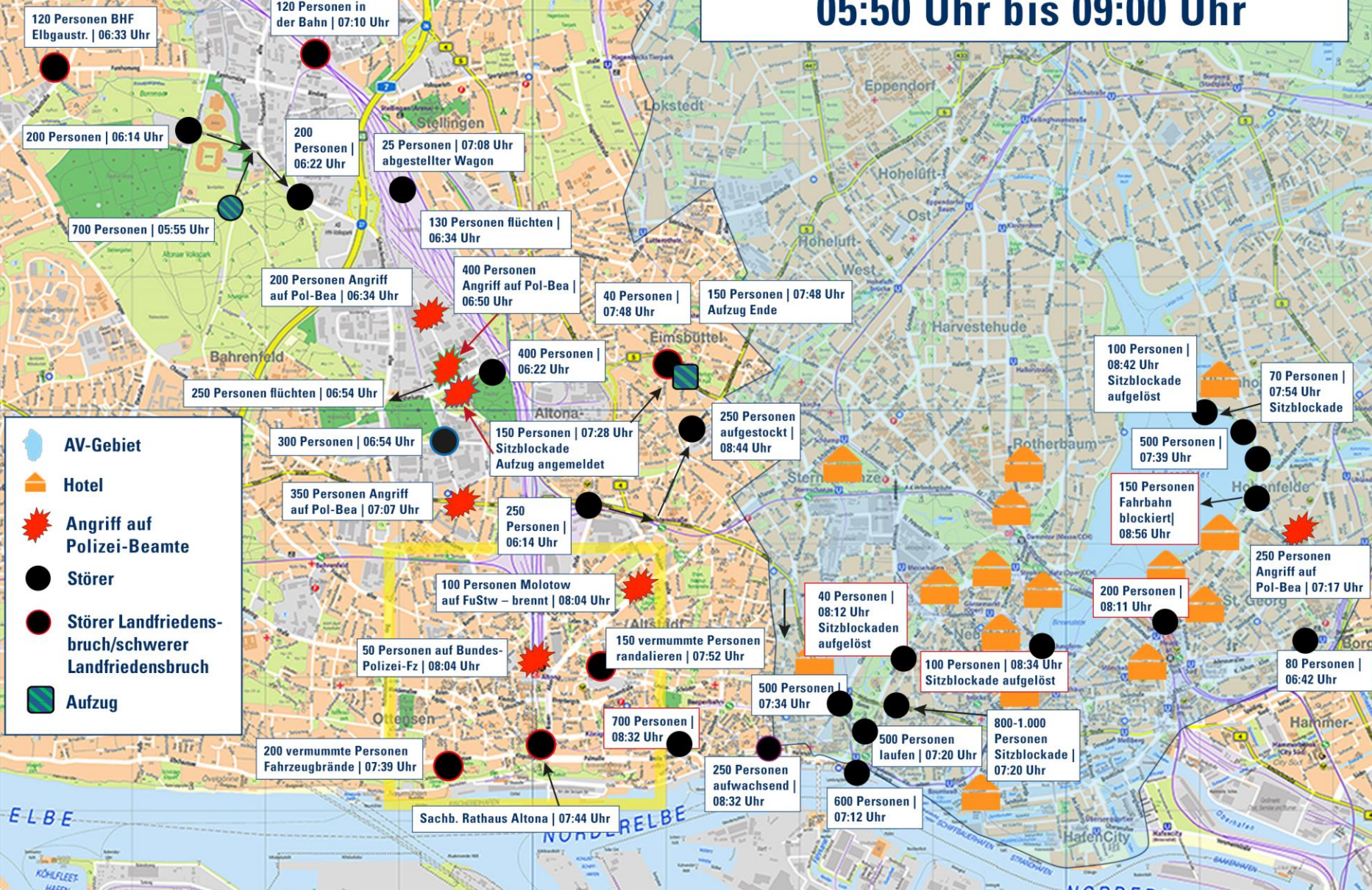


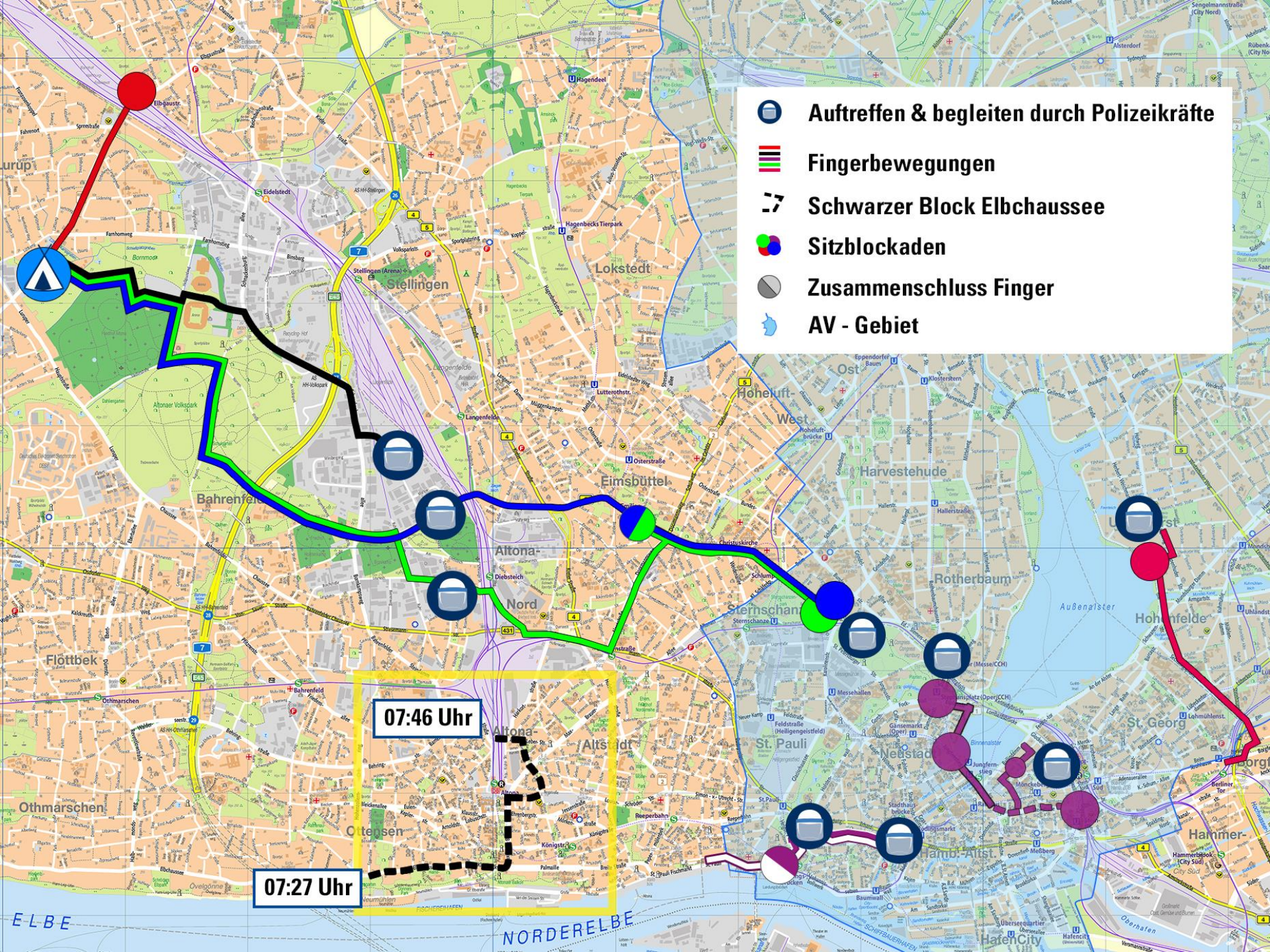








Einsatzsituation | Fr. 07.07.2017

05:50 Uhr bis 09:00 Uhr

-  AV-Gebiet
-  Hotel
-  Angriff auf Polizei-Beamte
-  Störer
-  Störer Landfriedensbruch/schwerer Landfriedensbruch
-  Aufzug





-  **Auftreffen & begleiten durch Polizeikräfte**
-  **Fingerbewegungen**
-  **Schwarzer Block Elbchaussee**
-  **Sitzblockaden**
-  **Zusammenschluss Finger**
-  **AV - Gebiet**

07:46 Uhr

07:27 Uhr

lfd. Nr.	Anzahl	Gegenstand	Anmerkung
1	2	Drahtseile mit 4 bzw. 6 Vorhängeschlössern	in den Vorhängeschlössern steckten passende Schlüssel
2	1	Drahtseil mit 2 Kabelbindern	
3	2	Seile mit Karabinern und Kabelbindern	
4	1	Fahrradzahenschloss	
5	37	Steine unterschiedlichster Größe	
6	1	Megafon MONACOR mit 8 losen Batterien	Schriftzug „ver.di Jugend NRW Süd“
7	5	Rucksäcke	1x schwarz, ohne Marke, Inhalt: mehrere Krähenfüße und Kabelbinder 1x schwarz, Marke „QUECHUA“ 2x schwarz, Marke „newfeel“ 1x blau, Marke „EUROTRAVEL“
8	2	Beutel	1x rosa, Nylon, „Für Gipfelstürmer“ 1x beige/grau, Leinen, „tegut“
9	6	Rote Tücher	
10	5	Schwarze Tücher	
11	8	Basecaps	1x schwarz, Marke „NY“ 1x schwarz, Marke „Nike“, Nike-Schriftzug mit schwarzem Stift übermalt 3x schwarz, Marke „beechfield“ 3x schwarz, ohne Marke
12	1	Wollmütze	Ohne Marke
13	3	Spraydosen	
14	1	Fäustel	
15	1	Seitenschneider	
16	1	Meißel	
17	1	Beißschutz	
18	1	Stadtplan Hamburg	
19	1	Latthammer	
20	1	Schraubendreher	
21	1	Präzisionsschleuder	
22	1	Gesichtsschutz	

lfd. Nr.	Anzahl	Gegenstand	Anmerkung
23	1	Gartenschaufel	
24	2	Feuerzeuge	
25	1	Feuerlöscher	
26	3	Mundschutz	
27	5	Kabelbinder	
28	3	Gesichtsmaske	
29	1	Gummidichtung	
30	2	Zeltunterplane	
31	1	Müllsackrolle	
32	1	Weißer Plane	
33	2	Transparente mit Holzbrettern	1x „Gegenmacht aufbauen, Kapitalismus zerschlagen“, 1x „Kapitalismus zerschlagen, Gegenmacht aufbauen“
34	6	Fahnen	1x Bonner Jugend Bewegung, 2x AKAB, 3x ohne Beschriftung
35	3	Holzbohlen	Abgefallen von Transparenten (laufende Nr. 33)
36	12	Jacken u.a.	4x schwarze Regenjacke, Marke „Mil-Tec“ 1x schwarze Regenjacke, Marke „Asaklitt“ 1x schwarze Trainingsjacke mit roten Streifen und roter Krone, Marke „Kings League“ 4x schwarze Stofffetzen (zur Maskierung) 1x schwarzes T-Shirt 1x schwarzer Kapuzenpullover, Marke „Divided“
37	41	Sturmhauben	Allesamt schwarz
38	52	Hüte	Allesamt schwarz 37x unbekannte Marke 11x Marke „myrtle beach“ 2x herausgetrennte Markenschilder 1x Marke „Pro-X Elements“ 1x Wollmütze

lfd. Nr.	Anzahl	Gegenstand	Anmerkung
39	28	Handschuhe (HS)	<p>3x unbenutztes Paar HS, Marke „Guide“, schwarz mit gelb, Stoff, 1x einzelner HS, Marke „Guide“, schwarz mit gelb, Stoff, 1x Paar HS, marke „Strong Hand“, schwarz mit hellgelb, Stoff</p> <p>2x Paar HS, Marke „Pro Fit), schwarz mit braun, Stoff</p> <p>1x Paar HS, Marke “Guide“, schwarz mit braun, Stoff</p> <p>1x Paar HS, Marke “HansaTec“, schwarz mit blau, Stoff</p> <p>1x Paar HS, Marke “Montana“, schwarz mit grün, Stoff</p> <p>1x Paar HS, ohne Marke, schwarz, Leder</p> <p>1x Paar HS, ohne Marke, schwarz, Strick</p> <p>1x Paar HS, Marke “Quechua“, schwarz, Stoff</p> <p>1x Paar HS, Marke “Montana“, schwarz mit braun, Stoff</p> <p>2x Paar HS, Marke “Nitras“, schwarz, Stoff</p> <p>1x Paar HS, Marke “Montana“, schwarz mit grün, Stoff</p> <p>1x einzelner HS, Marke “Montana“, schwarz mit grün, Stoff, 1x Paar HS, ohne Marke, schwarz mit grün, Stoff</p> <p>5x Paar HS, Marke “Pro Fit“, schwarz mit grau, Stoff</p> <p>1x einzelner HS, Marke “Pro Fit“, schwarz mit grau, Stoff</p> <p>1x einzelner HS, Marke “Guide“, schwarz mit rot, Stoff</p> <p>1x einzelner HS, Marke “Guide“, schwarz mit blau, Stoff</p> <p>1x einzelner HS, Marke “Asatex“, lila-gelb, Stoff</p> <p>1x Paar HS, ohne Marke, schwarz, Stoff</p> <p>1x Paar HS, Marke “Keron“, schwarz, Leder</p> <p>1x Paar HS, Marke “Orossi“, schwarz, Stoff mit Knöchelschutz (für Motorcross denkbar)</p>
40	1	Feuerwerksbatterie	WECO Feuerwerk Aligator
41	1	Stroboskopfackel	Triplex Pirotechnika, PL, Red Strobe Torch TXF 839
42	1	Seenotsignal - Rauchboje	Pains Wessex, BG, Lifesmoke Mk 5
43	1	Handfackel/Handflamme (Bengalo)	Jorge Fireworks, PL, Fonanna Yellow JF48/Y (Export)
44	3	Seenotsignal - Rakete	Drew Marine Signal and Safety (Comet), Fallschirmsignalarakete Rot, Art. 9123800
45	6	Seenotsignal - Handfackel	Pains Wessex, BG, Handfackel Rot / Red Handflare Mk 7
46	1	Seenotsignal - Handfackel	Mugnaioni Pyrotechnic Industry, IT, Segnale Soccorso Rosse DA31
47	6	Knallkörper	Jorge Fireworks, PL, FP 3

lfd. Nr.	Anzahl	Gegenstand	Anmerkung
48	1	Rauchkörper	Hornet s.r.o., CZ, Duhova Vila (rot) Smoke Generator S4065
49	1	Rauchkörper	Hornet s.r.o., CZ, Nadymacek (weiß) Smoke Generator S4063
50	1	Rauchkörper (abgebrannt)	Blackboxx Fireworks, Pyrrauch L55 rot
51	1	verm. Rauch/Stroboskop, Beschriftung fehlt	
52	1	Stroboskopblitzlicht (abgebrannt)	Tropic TW1